



Putschthese revisited

Eine Bestandsaufnahme zum 70. Jahrestag des Oktoberstreiks

MANFRED MUGRAUER

Der gegen das 4. Lohn- und Preis-Abkommen gerichtete „Oktoberstreik“ des Jahres 1950 war die bis dahin größte Streikbewegung der Zweiten Republik. Er war der Höhepunkt der sozialen Auseinandersetzungen der Nachkriegsjahre und stellt den wichtigsten Erfolg der kommunistischen Oppositionspolitik dar, mit der sich die KPÖ als Hauptkraft gegen die kapitalistische Restauration profilieren konnte. Bereits in den Streiktagen stellten Regierung und Gewerkschaftsführung die Protestbewegung als das alleinige Werk kommunistischer AgitatorInnen dar und warnten vor einem Umsturzversuch der KPÖ. In der *Arbeiter-Zeitung*, dem Zentralorgan der SPÖ, war Ende September von „regelrechten Putschversuchen der Kommunisten“ die Rede.¹ Damit wurde noch während der Streiktage ein Interpretationsmuster geschaffen, das in den folgenden Jahren und Jahrzehnten bestimmend blieb.

Zeitgenössisch wurde die Putschlegende maßgeblich von der SPÖ- und ÖGB-Führung getragen. In einer Sitzung des ÖGB-Bundesvorstands unmittelbar nach dem Streik bezeichnete etwa Michael Frühwirth, der Obmann der Gewerkschaft der Textilarbeiter, die kommunistischen Vorstandsmitglieder als „Putschisten und Landesverräter“.² Wenig später veröffentlichte der frühere Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung Alfred Migsch im Auftrag der SPÖ eine Broschüre, mit welcher der „kommunistische Terrorputsch“ dokumentiert werden sollte. Dessen Ziel sei gewesen, den Kommunisten „die Macht im Osten Österreichs in die Hände (zu) spielen und der demokratischen Republik ein Ende (zu) bereiten“.³ Auch der ÖGB brachte nach dem Streik eine von seinem Pressereferenten Fritz Klenner verfasste Publikation über den kommunistischen „Putschversuch“ heraus.⁴

Die Putschlegende war über Jahrzehnte die zentrale Interpretationsvariante der

Ereignisse im September und Oktober 1950, getragen von Parteien, Gewerkschaft und Medien. Sie blieb bis in die 1970er Jahre sowohl in der Geschichtswissenschaft, in ÖGB-nahen Veröffentlichungen als auch in Erinnerungen von PolitikerInnen weitgehend unhinterfragt. Die Behauptung, dass die KPÖ im September und Oktober 1950 einen Versuch zur Machtübernahme gestartet habe, galt bis dahin sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in der öffentlichen Meinung als „common sense“. Eine der ersten zeitgeschichtlichen Auseinandersetzungen mit der Geschichtslgende vom „Kommunistenputsch“ leistete Helmut Konrad, der spätere Rektor der Universität Graz, im Jahr 1977 in der Zeitschrift *Neues Forum*.⁵ Danach wagte es lange Zeit kein namhafter Geschichtswissenschaftler, von einem kommunistischen Putschversuch zu sprechen. Im Gegenteil: Auch sozialdemokratische Historiker und Gewerkschaftspublizisten – darunter Fritz Klenner – grenzten sich in den folgenden Jahren von der Putschthese ab bzw. nahmen sie zurück. Bei einem im Jahr 1990 in Wien veranstalteten Symposium der Volkshochschulen Brigittenau und Floridsdorf über den Oktoberstreik fand sich nicht ein/e Historiker/in, der oder die von einem Putschversuch der KPÖ im Jahr 1950 ausging.⁶ Amerikanische Stimmen wie jene der in Oxford promovierten Historikerin Audrey Kurth Cronin, die in den 1980er Jahren den Oktoberstreik als „the second communist putsch attempt“ nach der Maidemonstration des Jahres 1947 einschätzte, blieben die Ausnahme.⁷

Bizarr-absurde These

Das größte Rätsel der Putschlegende besteht im Grunde darin, wie eine Behauptung, deren mangelnde Plausibilität kaum evident sein könnte, seit Jahrzehnten nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung bewegen

kann. Es sollte der bloße Hinweis auf die Viermächtebesetzung Österreichs ausreichen, um Spekulationen über kommunistische Umsturzpläne ein Ende zu bereiten. Nicht zuletzt angesichts der Präsenz der westlichen Alliierten kann ausgeschlossen werden, dass eine politisch wenig einflussreiche, weitgehend isolierte Kleinpartei wie die KPÖ gewillt war, im vierfach besetzten Österreich eine bewaffnete Konfrontation vom Zaun zu brechen. „Schon die rhetorische Frage, was ein nicht-bewaffneter Kommunistenaufstand gegen drei westliche Militärmächte ausrichten könnte, charakterisiert einen Putschversuch als selbstmörderische Aktion“, zeigte sich Heinz Gärtner in den 1970er Jahren verwundert über die Tatsache, dass ungeachtet dieser einfachen Erkenntnis Spekulationen über kommunistische Putschabsichten kein Ende nehmen.⁸

Fest steht auch, dass zur Realisierung eines Putschplanes die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht notwendig gewesen wäre. Die Sowjetunion war aber zu keinem Zeitpunkt bereit, den in Jalta erzielten Konsens zwischen den Alliierten einseitig aufzukündigen, eine Zerreißung des Landes in Kauf zu nehmen oder gar wegen Österreich die Gefahr eines dritten Weltkriegs zu riskieren. Nach Öffnung der sowjetischen Archive ist auch kein einziges Dokument bekannt geworden, dass die Sowjetunion mit dem Oktoberstreik irgendwelche politischen Absichten verfolgt hätte, geschweige denn ein Eingreifen zu Gunsten der KPÖ geplant gewesen wäre. „Der Krenl konnte nach dem Ausbruch des Korea-Krieges nicht an einem weiteren Krisenherd interessiert sein, der zudem ein Aufreißen des eben erst konsolidierten ‚cordon sanitaires‘ zum ‚Schutz‘ der Sowjetunion zur Folge gehabt haben könnte“, resümiert der Grazer Zeithistoriker Peter Ruggenthaler in einem 2005 erschienenen Beitrag. Es gäbe insgesamt „keine Hinweise auf von der UdSSR ins-



Kundgebung am Wiener Ballhausplatz am 26. September 1950

zenierte oder gesteuerte Umsturzversuche in Österreich“.⁹

Während der Streiktag verhielt sich die sowjetische Besatzungsmacht strikt neutral und übte sich in demonstrativer Zurückhaltung, um keine unkontrollierbare Eskalation und keine Konfrontation mit den Westmächten zu riskieren. Gewiss standen die Sowjets den Streikenden mit Sympathie gegenüber, USIA-Arbeitern wurden Lastwägen zur Verfügung gestellt und in Wien und Niederösterreich wurden Blockaden von Eisenbahnlinien und Straßenbahnen zugelassen. Auch hatten Streikende in den sowjetisch verwalteten USIA- und SMV-Betrieben – im Unterschied zu den verstaatlichten und privaten Betrieben – mit keinerlei Sanktionen zu rechnen. Es wurde aber seitens der sowjetischen Besatzungsmacht nichts getan, „um diese Maßnahmen der Streikenden zu fördern“. Die Sowjets „hüteten sich [...] direkt einzugreifen, genauso wie es die Westmächte peinlich vermieden, gelegentlichen Appellen von Mitgliedern der Bundesregierung [...] Gehör zu schenken“.¹⁰ Eindeutig war auch die Rolle der US-amerikanischen Besatzungsmacht, die ebensowenig an einer Eskalation interessiert war und „auf den Streik mit äußerster Vorsicht (reagierte). Versuche der Bundesregierung [...], die Amerikaner zum Eingreifen zu veranlassen, wurden kühl abgewiesen.“¹¹ Die westlichen Besatzungsmächte stimmten nicht den alarmistischen Äußerungen Figls zu, wonach es der KPÖ um den Sturz der Regierung, die Spaltung Österreichs und um die Provozierung einer amerikanischen Intervention gehe.¹²

„Ein klassischer Staatsstreich hatte in einem Land, in dem die militärische Gewalt ausschließlich bei den Besatzungsmächten lag, freilich auch gar keinen Sinn“,¹³ resümiert der FPÖ-nahe Historiker Lothar Höbelt prägnant jene Rahmenbedingungen, die kommunistische Putschabsichten von vornherein unwahrscheinlich erscheinen lassen. „[...] an einen Staatsstreich konnte wohl nur ein Phantast glauben“, schätzt auch Manfred Rauchensteiner, der frühere Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien, die Lage realistisch ein.¹⁴ Allein der geopolitische Kontext und die Kombination innenpolitischer und internationaler Faktoren machen deutlich, dass ein gewaltsamer Umsturzversuch unter den Bedingungen der Viermächtebesatzung völlig unreal gewesen wäre. Kommunistische Putschpläne wären nichts als Abenteuerium gewesen, bei gleichzeitiger Gefahr der Entfesselung eines Weltenbrands.

Vor diesem Hintergrund lenken marxistisch orientierte Historiker den Blick auf die ideologische Funktion und die Legitimationsinteressen dieser Geschichtslgende, die – gemäß Hans Hautmann – „von einer geradezu bizarren Absurdität“ sei.¹⁵ Angesichts der breiten Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem 4. Lohn- und Preis-Abkommen bestand die zeitgenössische Funktion der Putschlüge vor allem darin, die dagegen gerichteten Proteste im kommunistischen Eck zu isolieren. Der in Österreich vorherrschende Antikommunismus wurde instrumentalisiert, um die sozialdemokratischen und parteilosen ArbeiterInnen und Angestellten von einer Teil-

nahme an den Protesten abzuhalten. Die Putschthese war „das wirkungsvollste Mittel, um die Arbeiterschaft zu verunsichern und die Streikfront auseinander zu dividieren“.¹⁶ Der KPÖ gelang es zwar in den folgenden Jahren, bei den Betriebsratswahlen und Arbeiterkammerwahlen ihre Positionen leicht auszubauen, langfristig betrachtet beförderte der Mythos vom gescheiterten „Putschversuch“ aber die innenpolitische Isolierung der Partei. Die Putschlegende wurde – neben dem Nachweis der „Moskauhörigkeit“ der Partei – zum wirksamsten Instrument des sozialdemokratischen und bürgerlichen Lagers in der politischen Auseinandersetzung mit der KPÖ.

Konservativer „Backlash“

Trotz der seit den 1970er Jahren dominierenden kritischen Stimmen blieb die Putschmetapher bis in die jüngere Vergangenheit herauf ein fixer Bestandteil der gegen die KPÖ gerichteten Argumentation. „Alle vorhandenen Quellen und die beinahe einheitliche Meinung der entsprechenden wissenschaftlichen Analysen schließen eine derartige Planrichtung als unrealistisch aus, doch der ‚Putschversuch‘ von 1950 bleibt ein Mythos, der trotz zahlreicher Studien immer noch präsent ist, ein Mythos, der aus der Österreich-Identität der Nachkriegsgeneration nicht wegzudenken ist“, wie Oliver Rathkolb in seiner Geschichte der Zweiten Republik einschätzt.¹⁷ Ein Blick in die neuere wissenschaftliche Literatur zeigt, dass die Putschlegende auch heute – 70 Jahre nach der Streikbewegung – nicht vollständig überwunden ist, ja sie erlebt in der Historiografie sogar eine gewisse Renaissance.

Die überwiegende Mehrheit der HistorikerInnen lehnt 70 Jahre nach dem Oktoberstreik dessen Charakterisierung als „kommunistischen Umsturzversuch“ ab. Mitunter ist sogar die Einschätzung anzutreffen, dass die Putschthese in der „seriösen Geschichtswissenschaft [...] passé“ sei und sie „auf akademischem Boden und in den Zeitgeschichteinstituten der österreichischen Universitäten“ niemand mehr teile.¹⁸ Nichtsdestoweniger gibt es in den letzten zehn bis 15 Jahren einen bemerkenswerten „Backlash“ nicht weniger, auch jüngerer konservativer Historiker. Nach Öffnung der sowjetischen Archive konnte nachgewiesen werden, dass die Sowjetunion zu keinem Zeitpunkt eine Sowjetisierung Österreichs beabsichtigte und auch in den Tagen des Oktoberstreiks keine weitergehenden politischen Interessen verfolg-

te. Ebenso wenig konnten aus sowjetischen Archiven Hinweise auf Putschpläne der österreichischen KommunistInnen zu Tage befördert werden. Insofern ist es als paradox einzuschätzen, dass die Auseinandersetzung über den Charakter des Oktoberstreiks nicht an Bedeutung verloren hat. Bis heute bewegt die Frage, ob die KPÖ im Herbst 1950 einen Putsch mit dem Ziel der Umwandlung der Republik in eine Volksdemokratie geplant habe, sowohl die akademische Geschichtswissenschaft als auch die politische Öffentlichkeit.

Den Beginn zur „Rehabilitierung“ der Putschlegende in der österreichischen Historiographie markiert ein Beitrag des Salzburger Historikers Ernst Hanisch am Zeitgeschichtetag im Jahr 1997, in dem er der „68er-Geschichtsschreibung“ vorwarf, „die Gefahr der kommunistischen Machtergreifung in Ostösterreich“ unterschätzt zu haben.¹⁹ Ein Jahr später sprach Robert Kriechbaumer von Unruhen mit dem „Charakter eines kommunistischen Putschversuches“ zwecks „Errichtung einer Volksdemokratie in Österreich“.²⁰ Im Stile überholt geglaubter Sowjetisierungsthesen erkennt der Linzer Historiker Roman Sandgruber im „kommunistischen Generalstreikversuch [...] das letzte Aufflammen einer auf eine gewaltsame Machtübernahme gerichteten kommunistischen Aktivität in Österreich“.²¹ Wilhelm Brauneder, ehemaliger Vorstand des Instituts für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Universität Wien und bis 1999 Dritter Nationalratspräsident (FPÖ), sprach noch 2017 ohne Einschränkung vom „Putsch der KPÖ in Ostösterreich“.²²

Die heute „modische“ Variante der Putschlegende präsentiert sich in abgeschwächter Form und verwendet den Terminus Putsch zumeist in einem zusammengesetzten Wort: Das Spektrum reicht von Arbeiterunruhen mit „putschartigen Aktivitäten“ (Felix Butschek 2004),²³ einem Streik mit „putschartigen Zügen“²⁴ und „putschartigen Streikunruhen“²⁵ (Wolfgang Mueller 2005) bis hin zu „der von der KPÖ inszenierten putschartigen Streikbewegung“ (Robert Kriechbaumer 2016).²⁶ Alle Autoren bleiben Erklärungen schuldig, worin sich ein „Putsch“ von einem „putschartigem“ Unternehmen unterscheidet, und weichen der Frage aus, ob ein „putschartiger“ Streik nun als Putsch zu qualifizieren ist oder doch nicht. Gerald Stourzh spricht vom „kommunistischen Generalstreikversuch vom Herbst 1950 [...], der sich möglicherweise zu einem Putschversuch

ausgeweitet hätte“,²⁷ und kommt auch in der Neuauflage seiner Staatsvertragsgeschichte (2005) nicht ohne Hinweis darauf aus, dass dieser „als ‚Putsch‘ oder Putschversuch zu kontroversen Interpretationen geführt hat“.²⁸ Hauptanliegen all dieser Deutungen scheint zu sein, Spekulationen über den Charakter des Streiks zumindest offen zu

halten. Otto Klambauer (2006) platziert den „Oktoberputsch“ zwar in Anführungszeichen, lässt aber keinen Zweifel an seiner affirmativen Sichtweise.²⁹

Einen gewissen Höhepunkt dieser Aufzählung stellt die erstmals 2005 und 2014 bereits in vierter Auflage erschienene, weit verbreitete Geschichte Österreichs von Karl Vocelka in einer populären Reihe des Beck-Verlags dar, ist in dieser doch zu lesen, dass 1950 „ein letzter (in der Forschung umstrittener) Versuch der kommunistischen Machtergreifung in einem Streik und Putschversuch [...] scheiterte“.³⁰ Während in den 1980er und 1990er Jahren davon ausgegangen wurde, dass die Putschthese im wissenschaftlichen Diskurs überwunden sei, ist heute – angesichts dieser neuerdings von konservativer Seite vertretenen Einschätzungen – vielerorts die Sprachregelung präsent, dass die HistorikerInnen in der Einschätzung des Oktoberstreiks zumindest uneins und „geteilter Ansicht“ seien.³¹ Die Frage nach dem kommunistischen Putschversuch werde „nach wie vor unterschiedlich beantwortet“³² und sei „bis heute nicht letztgültig geklärt“,³³ so Erwin Schmidl (2000), Robert Kriechbaumer (2016) bzw. Maximilian Graf (2016). Auch wenn in Veröffentlichungen wie diesen vor einem offenen Gebrauch der Putschlegende mitunter zurückgeschaut wird, so soll doch deren grundsätzliche Plausibilität nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Gewalt gegen Gewalt

Der Hauptbezugspunkt jener Variante, die sich auf die Formulierung „putschartige Auseinandersetzungen“ zurückgezogen hat, sind jene Erscheinungen, die als „Ausschreitungen“ in die Geschichte des Oktoberstreiks eingegangen sind. Am ersten Streiktag, dem 26. September



Gegen die KPÖ gerichtete Broschüren von SPÖ (Alfred Migsch) und ÖGB (Fritz Klenner) über den Oktoberstreik

1950, und vor allem in der zweiten Phase des Streiks im Oktober kam es in Wien und Niederösterreich zu Besetzungen von Bahnhöfen und Postämtern sowie zu Verkehrsbehinderungen und Straßenblockaden. In den letzten Streiktagen wurden in Wien am 4. und 5. Oktober Sand und Schutt in Straßenbahngleise abgeladen und Weichen stellenweise sogar mit Zement ausgegossen. Die Arbeiter der Rax-Werke besetzten am 5. Oktober das E-Werk in Ebenfurth und schalteten den Strom ab. Dann fuhren sie mit Lastwägen von Betrieb zu Betrieb, um die dortigen Arbeiter zum Streik aufzufordern. Manche Betriebe wurden mit Druck in den Streik einbezogen, wobei es auch zu Handgemengen und Prügeleien zwischen Arbeitern kam. In Ternitz wollten die Arbeiter der Rax-Werke und des Grünbacher Bergbaus ihre Kollegen von Schoeller-Bleckmann, die im September noch an der Spitze des Streiks gestanden waren, aus dem Betrieb „herausholen“. Gleich danach wurde in einer Vollversammlung der Streik beschlossen.³⁴ In St. Pölten gab es – laut Polizeibericht – „kleinere Plänkeleien“, als Delegationen der Glanzstofffabrik und der Turbinenfabrik Voith nach einer Protestversammlung am Rathausplatz mit 4.000 TeilnehmerInnen in die Eisenbahnwerkstätte eindringen.³⁵

Während die SPÖ-Führung die streikenden ArbeiterInnen als kommunistische Putschisten bezeichnete, prangerte die KPÖ „die verräterischen rechten SP- und Gewerkschaftsführer“ als „Streikbrecher und Organisatoren von Schlägerbanden“ an.³⁶ Angesprochen waren damit jene von SP-Gewerkschaftsfunktionären unter Führung von Franz Olah, Otto Probst und Edmund Reismann aufgestellten mobilen „Prügelgarden“, die in der Stärke von etwa 2.000 Mann ge-



Sperre der Ostbahnstrecke in Wien-Stadlau

gen die Streikenden und DemonstrantInnen zur Niederschlagung des angeblichen „Putsches“ eingesetzt wurden.³⁷ In einem Aufruf des ÖGB vom 5. Oktober 1950 wurde offen dazu aufgefordert, Gewalt mit Gewalt zu beantworten: „Alle Mittel, welche die Terroristen anwenden, um euch zum Streik zu zwingen, müssen auch in der Verteidigung gebraucht werden. Setzt der Gewalt die Gewalt entgegen und verteidigt euren Betrieb!“³⁸ Zu einem solchen Zusammenstoß kam es etwa am 4. Oktober bei der Straßenbahnremise in der Gudrunstraße in Wien-Favoriten, die von Streikenden blockiert wurde. „Da die Kommunisten in der Übermacht waren, griffen Bauarbeiter ein und vertrieben die Kommunisten“, schreibt hierüber Fritz Klenner.³⁹ „Um 10.30 Uhr kam auf vier Lastkraftwagen unter der Führung des Nationalrates Olah eine größere Anzahl von Bauarbeitern, welche in kürzester Frist und unter der begeisterten Zustimmung der Bevölkerung, die Gudrun-, Favoriten- und Laxenburger Straße bis zum Bahnhof von den Demonstranten säuberten“, umschreibt Alfred Migsch die von ihm als „Selbsthilfe“ der Wiener Arbeiter charakterisierte Aktion von Olahs bezahlter Schlägertruppe.⁴⁰ In einer ähnlichen Terminologie wurde die „Selbsthilfe“ in Niederösterreich gewürdigt. Hier wurde die gesamte Bahnstrecke „von dem kommunistischen Gesindel gesäubert“, wie in der *Arbeiter-Zeitung* zu lesen war.⁴¹ Wenige Jahre nach dem Streik nahm die SPÖ für sich das Verdienst in Anspruch, „die Hauptlast des Kampfes gegen den Kommunismus“ auf sich genommen und den „Putsch“ der KPÖ „im Keim erstickt“ zu haben.⁴²

Seitens der Regierung wurde in der zweiten Streikphase die Exekutive gegen die Streikenden aufgeboten, vor allem in den westlichen Bundesländern, wo streikende Betriebe – wie etwa die Steyr-Werke und die Alpine Donawitz – am

4. Oktober 1950 von der Gendarmerie besetzt wurden.⁴³ In Donawitz wurden in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober 1950 angesichts bevorstehender Teilstreiks in diesem Werk zwölf kommunistische Betriebsräte verhaftet. Ihnen wurde – zu Unrecht – vorgeworfen, mit dem Streikbeschluss Sabotage an den Hochöfen zu bezwecken, und Anzeige

wegen Hochverrats erstattet.⁴⁴ Tags zuvor, am 3. Oktober, hatte Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) den gesamten österreichischen Sicherheitsapparat in Permanenzdienst gestellt, um die KPÖ von „der Zerstörung der demokratischen, unabhängigen Republik Österreich“ abzuhalten. Gleichzeitig wurde eine „Hilfspolizei“ aus Feuerwehr, Forstpersonal usw. aufgeboten.⁴⁵ Ziel dieser Maßnahmen war es, dass „Niederösterreich in kurzer Zeit von diesem Janhagel gesäubert“ werde, wie Helmer in der Sitzung des Ministerrats am 5. Oktober angesichts verschiedener Vorfälle in diesem Bundesland ankündigte.⁴⁶ In der *Arbeiter-Zeitung* war am 4. Oktober zu lesen, dass die Sicherheitsbehörden den Auftrag hätten, gegen die „Volksschädlinge energisch einzuschreiten“.⁴⁷ In Wiener Neustadt gab es blutige Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und der Polizei und Gendarmerie. Nachdem die Arbeiter der Rax-Werke am späten Nachmittag des 4. Oktober das Post- und Telegraphenamt besetzt hatten, wurde dieses am Morgen des 5. Oktober von einer aus Wien entsandten Sicherheitswacheabteilung und einer Alarmabteilung der Gendarmerie geräumt, worauf die Arbeiter Verstärkung aus dem Rax-Werk anforderten. Im Zuge der folgenden Auseinandersetzungen wurde der Kommandeur der Gendarmerie Ferdinand Käs von den Streikenden arretiert, ins Rax-Werk gebracht und dann dem sowjetischen Stadtkommandanten übergeben. Dieser gab Käs die Weisung, dass die auswärtige Gendarmerieeinheit wieder abziehen sei und der „status quo“ wiederhergestellt werden müsse. Hierauf kehrten die Streikenden bis zum Abbruch des Streiks am Abend dieses Tages in das Postamt zurück.⁴⁸

Putschartige Ausschreitungen?

Die angeführten „Ausschreitungen“ dienen bis heute als „Beleg“ für die an-

gebliche Putschtaktik der kommunistischen Parteiführung. So könne laut Reinhard Meier-Walser „kein Zweifel bestehen, daß die KPÖ für den Fall der Ablehnung ihrer ultimativen Forderungen durch die Bundesregierung und den ÖGB plante, durch Gewaltaktionen und Terror (vor allem in Niederösterreich und Wien) chaotische Zustände (zu schaffen, um die sowjetische Besatzungsmacht zum Eingreifen zu veranlassen“.⁴⁹ Es entspricht den unterschiedlichen Wahrnehmungsebenen des Kalten Krieges, dass die KPÖ auch umgekehrt von einem ähnlichen Kalkül der Regierungsparteien ausging: die „phantastische Lügenhetze gegen die Kommunisten“ und deren „angebliche Putschpläne“ würden der Regierung dazu dienen, „eine Bürgerkriegsatmosphäre zu schaffen, die den amerikanischen Imperialisten eine willkommene Möglichkeit hätte geben sollen, in den Kämpfen zu intervenieren“, so KPÖ-Vorsitzender Johann Koplenig in seinem Referat in der Sitzung des Zentralkomitees nach Ende der Streikbewegung.⁵⁰ Entgegen der Annahme von Meier-Walser wurden die in der zweiten Streikphase vorkommenden Zwischenfälle und die von manchen Streikenden angewendeten Methoden in den Führungsgremien der KPÖ einer scharfen Kritik unterzogen, was belegt, dass sie nicht auf Anordnung der Parteileitungen erfolgt waren. Zwar wurden am letzten Streiktag die Straßen- und Bahnhofsblockaden in den sowjetischen verwalteten Bezirken in Wien auf Beschluss der lokalen Streikkomitees organisiert,⁵¹ die dabei zur Anwendung gelangten Methoden schossen aber oftmals über das Ziel hinaus. Der niederösterreichische Landesobmann Franz Honner erkannte etwa in Einschätzung der Streikbewegung zwei Fehler: Zum einen „die Fehler von oben mit dem vorzeitigen Streikabbruch in der ersten Streikwoche“, zum anderen die „Fehler in der zweiten Streikwoche von unten“.⁵² Der aus dem ÖGB ausgeschlossene stellvertretende Vorsitzende des niederösterreichischen Gewerkschaftsbunds Fritz Lauscher hielt es zwar für gerechtfertigt, dass in der ersten Phase im September die Streikenden von Großbetrieben in kleinere Betriebe gingen, um auch diese in den Streik miteinzubeziehen, in der zweiten Phase im Oktober wäre dies aber Wasser auf die Mühlen „der Lügenkampagne der SP- und Gewerkschaftsführung“ gewesen.⁵³ Franz Loistl, Zentralbetriebsratsobmann im Zistersdorfer Erdölgebiet, wusste von einer „Reihe von



Straßenbahnblockaden am 5. Oktober 1950 in Wien, links: Schwedenplatz, rechts: Karlsplatz (Ecke Kärtner Straße)

Leuten“ zu berichten, die sich „während des Streiks nicht an die Anweisungen des Streikkomitees gehalten haben und ultra-linke Einstellungen hatten“.⁵⁴

Einigkeit herrschte im Zentralkomitee der KPÖ und den Landesleitungen darüber, dass die Bahnhofsbesetzungen und das „Herausholen“ von ArbeiterInnen aus den Betrieben der Regierung und der ÖGB-Führung Munition geliefert hätten, die Sache so darzustellen, als habe es sich nicht um einen wirtschaftlichen Kampf gehandelt, sondern als sei es der KPÖ tatsächlich um die Volksdemokratie gegangen. Vor diesem Hintergrund distanzierte sich Friedl Fürnberg, der damalige Generalsekretär der KPÖ, in späteren Jahren von diesen Aktionen, die die Parteiführung auch in den Streiktagen nicht gebilligt habe. „Wir beschäftigten uns nicht besonders damit, in Wirklichkeit handelte es sich um Nebensächlichkeiten“, rückte er jedoch gleichzeitig den zeitgenössischen Stellenwert der heute als „putschartige Ausschreitungen“ hochgespielten Ereignisse zurecht.⁵⁵ Auch der FÖJ- und KPÖ-Funktionär Hubert Friesenbichler, damals Kulturreferent im Wiener Kabel- und Metallwerk in Floridsdorf, konnte keine Vorbereitungen zu einem Putsch bemerken: „dass ein Gendarmerieposten in Gänserndorf besetzt worden sei, wurde bei den Gesprächen in der Bezirksleitung eher als heitere Anekdote denn als eine ernstzunehmende Aktion aufgefasst“.⁵⁶ Der damalige niederösterreichische Landessekretär Josef Meisel charakterisiert die „Brachialgewalt während der Kampffaktionen“ ebenso als „nicht der allgemeinen Orientierung“ entsprechend: „Das ist auch keineswegs bei den zentralen Besprechungen festgelegt gewesen, wobei es Äußerungen in einer solchen Richtung selbstverständlich ge-

geben hat, aber die sind im allgemeinen nicht akzeptiert worden.“⁵⁷

Aus all diesen Stellungnahmen wird deutlich, dass diese Aktionen im September zunächst ein spontaner Ausdruck der Empörung der ArbeiterInnen waren und in den letzten Streiktagen im Oktober schließlich auch ein Verzweiflungsakt, nachdem klar geworden war, dass der Streik keine großen Erfolgsaussichten haben werde. So musste etwa – um ein Beispiel zu nennen – am 4. Oktober 1950 in St. Pölten zur Kenntnis genommen werden, dass neben den beiden USIA-Betrieben Voith und der Glanzstofffabrik keine weiteren Betriebe in den Streik treten würden. Laut Polizeibericht erklärten zwar die Betriebsräte kleinerer Betriebe, „mit dem 4. LPA nicht einverstanden zu sein“, die ArbeiterInnen schlossen sich aber dem Streik in dieser Phase nicht mehr an. Erst tags darauf, als die Niederlage der Streikbewegung bereits feststand, wurden vormittags für mehrere Stunden die beiden St. Pöltner Bahnhöfe besetzt und Straßensperren auf der Bundesstraße errichtet.⁵⁸ Zu ähnlichen kurzzeitigen Bahnhofsbesetzungen kam es am 5. Oktober auch in Gänserndorf, Krems, Korneuburg und Schwechat.⁵⁹

Gegenüber jenen, die diese Zwischenfälle als „putschartig“ charakterisieren, macht Hans Hautmann folgenden Maßstab deutlich: „Bei jeder großen Massenbewegung, die aus Wut und Empörung über Provokationen seitens der Herrschenden ausbricht, kam und kommt es in ihrem Verlauf auch zu dem, was man gemeinhin ‚Ausschreitungen‘ nennt.“ Im September und Oktober 1950 waren diese aber „im historischen Kontext der Klassenkämpfe von unten weder sonderlich extrem noch ein Indiz für Putschabsichten“, so Hautmann, der zum Ver-

gleich auf die Ereignisse im September 1911 in Wien verweist, als wegen drastischer Verteuerungen der Grundnahrungsmittel „eine förmliche Explosion an Gewalttätigkeit erfolgte“.⁶⁰ Zu berücksichtigen ist ferner, dass es sich bei der Methode des „Herausholens“ der ArbeiterInnen aus kleineren und umlegenden Betrieben um eine alte Streiktradition der ArbeiterInnenbewegung und nicht um „wohlvorbereitete, organisierte [...] Terrorakte“ kommunistischer „Rollkommandos“⁶¹ handelte, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, sie als „putschartig“ zu charakterisieren. Diese Aktionsform war auch nicht auf die Belegschaften von USIA-Betrieben beschränkt. So war beispielsweise bereits am ersten Streiktag, dem 26. September 1950, ein Teil der Belegschaft des verstaatlichten Stahlwerks Schoeller-Bleckmann in Ternitz nach Wimpasing zur Gummifabrik Semperit, einem Privatbetrieb, gezogen, wo die Niederlegung der Arbeit erreicht wurde. Beide Belegschaften marschierten dann weiter zur Spinnerei in Rohrbach am Steinfeld und zur Schraubenfabrik Brevillier & Urban in Neunkirchen, deren ArbeiterInnen sich dem Streik anschlossen. Der auf 5.000 Menschen angewachsene Demonstrationsszug hielt schließlich vor der Bezirkshauptmannschaft in Neunkirchen, wo eine Resolution übergeben wurde.⁶²

Ebensowenig außer Acht zu lassen ist der Hinweis darauf, dass die „Putschlüge“ zum Zeitpunkt der kritisierten „Ausschreitungen“ am 4. und 5. Oktober ohnehin längst in die Welt gesetzt war und sie auch ohne die nun folgenden Verzweiflungstaten der Streikenden die weitere Auseinandersetzung bestimmt hätte. In dieser Situation glaubten die Streikenden in spektakulären Aktionen ein Vehikel zu erkennen, angesichts des

offensichtlichen Abflauens der Bewegung eine neue Dynamik zu entfachen. „Sie waren Ausdruck des verzweifelten Wunsches, den Streik doch noch irgendwie zu retten“, so Ernst Epler in einer von der KPÖ 15 Jahre nach dem Streik herausgegebenen Publikation.⁶³ Als der spätere kommunistische Stadtrat von Wiener Neustadt Franz Pusterhofer in der Sitzung des Zentralkomitees über die Besetzung des Postamts in Wiener Neustadt und des E-Werks in Ebenfurth berichtete, distanzierte er sich nicht von diesen „Übergriffen“, sondern hob im Gegenteil hervor, dass damit ein „neuer Schwung in die Streikbewegung hineingebracht“ worden sei und die Streikenden „sehr begeistert“ darauf reagiert hätten.⁶⁴

Gespaltene KPÖ?

Hauptinterpret der Putschthese im Bereich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung war seit den 1980er Jahren der bereits zitierte deutsche Politologe Reinhard Meier-Walser, der sie zunächst in seiner 1986 veröffentlichten Dissertation entwickelte⁶⁵ und 1990 in einem ÖVP-nahen Journal wiederholte.⁶⁶ Im Oktober 2000 – zum 50. Jahrestag des Streiks – wurde ihm in der *Neuen Zürcher Zeitung* die Gelegenheit gegeben, sie breitenwirksam zu vertreten. Er fügte dabei dieser Legende ein weiteres Element hinzu, das bemerkenswerter Weise im Jahr 2016 von mehreren Autoren aufgegriffen wurde: Nämlich die These, dass – wenn nicht die gesamte Partei – zumindest „radikale Teile“ der KPÖ Putschabsichten verfolgt hätten. Es könne „kein Zweifel bestehen“, so Meier-Walser, „dass zumindest der radikale Flügel der Partei mit der Initiierung von Gewalt- und Sabotageakten ein Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht zu provozieren versuchte, um die Errichtung einer ‚Volksdemokratie Ost-Österreich‘ durchzusetzen“.⁶⁷ Maximilian Graf überträgt diesen Versuch, die Putschthese wenn nicht für die ganze, so doch für einen Teil der KPÖ am Leben zu halten, auf die Führung der Partei: Seiner Meinung nach seien „zumindest ein Teil der Führung und größere Teile der Mitgliedschaft der KPÖ im Zuge des Oktoberstreiks 1950“ davon ausgegangen, „dass nun eine kommunistische Machtübernahme erfolgen würde“.⁶⁸

Unbestritten ist, dass angesichts der Propaganda von Regierung und Gewerkschaftsführung und der allgemein vorhandenen irrationalen Ängste nicht nur große Teile der österreichischen Bevölkerung den Streik als „Putschversuch“

wahrnahmen, sondern dass auch einzelne KPÖ-Mitglieder die Protestbewegung mit der Hoffnung auf „größere Dinge“ verbanden und manche glaubten, dass es beim Streik „ums Ganze“ gehe, wie es der kommunistische Semperit-Betriebsrat Johann Lechner ausdrückte.⁶⁹ Dies rechtfertigt jedoch nicht die eher groteske Einschätzung von Maximilian Graf und Sarah Knoll in einer kommentierenden Fußnote zum Oktoberstreik, wonach es im Kontrast zur allgemeinen Ablehnung der Putschthese „bedenkenswert“ bleibe, „dass durchaus viele KommunistInnen in jenen Tagen dachten, dass nun die Revolution erfolgen würde“.⁷⁰ Auch theoretisch völlig unbedarfte KPÖ-Mitglieder wussten im Jahr 1950 gewiss zwischen einer Streikbewegung und einer Revolution zu unterscheiden. Fest steht aber, dass es nicht nur bei den kommunistischen „Radikalinskas“⁷¹ im Jahr 1950 eine optimistische Stimmung gab, dass ein volksdemokratischer Entwicklungsweg womöglich doch noch beschritten werden könne und der Oktoberstreik ein wichtiger Wendepunkt sein könnte. Diese Haltungen speisten sich jedoch nicht aus putschistischem Abenteuererturn, sondern aus der allgemeinen Zukunftsgewissheit der österreichischen KommunistInnen, die trotz ihrer Zurückdrängung und Isolierung fest an die Überlegenheit des Sozialismus glaubten und eine sozialistische Entwicklung nicht als eine ferne Perspektive, sondern als etwas nahe Bevorstehendes ansahen. Selbst wenn man die angeführten Beispiele von gewaltsamen Betriebsstilllegungen, Bahnhofsbesetzungen und Straßenblockaden in Betracht zieht, stellen diese keinen Beleg für einen „radikalen Parteiflügel“ dar, der gegen den Willen der Parteiführung eine gewaltsame Eskalation herbeiführen wollte. Solche Aktionen einzelner AktivistInnen in der zweiten Streikphase erklären sich allein aus der Dynamik der Ereignisse und nicht aus einer eigenmächtigen „putschistischen“ Gesamtkonzeption eines festgefügtten Flügels der Partei. Es deutet auch nichts darauf hin, dass unterschiedliche, mit dem Oktoberstreik verfolgte Zielsetzungen die Parteiführung entzweit hätten, geschweige denn darauf, dass im Zentralkomitee oder gar im Polbüro „putschistische“ Tendenzen vorhanden gewesen wären. Beide Behauptungen bleiben auch konkrete Hinweise auf die ihnen zugrunde liegenden Quellen schuldig, und es ist kein Zufall, dass keine Exponenten der KPÖ-Führung namhaft gemacht werden, die 1950 – wie behauptet

– auf eine „Machtübernahme“ orientiert haben sollen.

Wirtschaftlicher versus politischer Streik

Eine ganz allgemeine, bis heute aktuelle Grundlage der Putschlegende besteht in der mechanischen Gegenüberstellung der Kategorien „wirtschaftlicher Streik“ und „politischer Streik“. So findet sich in den meisten geschichtswissenschaftlichen Darstellungen zwar zunächst eine Abgrenzung von primitiven Varianten der Putschthese, wonach es der KPÖ um einen von langer Hand geplanten Staatsstreik gegangen wäre. Relativierend wird jedoch hervorgehoben, dass die Partei mit dem Oktoberstreik sehr wohl politische Ziele vertreten habe. Zumeist stützen sich diese Autoren auf eine erstmals von Manfred Rauchensteiner zitierte Aussage des KPÖ-Generalsekretärs Friedl Fürnberg, in der dieser in den 1970er Jahren – auf eine gezielte Nachfrage Rauchensteiners hin – „eingestand“, dass die KPÖ nicht nur eine Änderung der ökonomischen, sondern auch der politischen Verhältnisse beabsichtigt habe.⁷² Diese Aussage wird von Wolfgang Mueller, Professor am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien, als Beleg dafür gewertet, dass der von der KPÖ vorbereitete Streik mit „putschartige(n) Züge(n)“ nicht nur sozialökonomische, sondern auch politische Ziele wie „die Destabilisierung des ÖGB und der Regierung“ verfolgte.⁷³ Damit wird die simple Tatsache, dass ein ökonomischer Kampf ab einer gewissen Größe automatisch auf die politischen Verhältnisse zurückwirkt, zur Grundlage einer abgeschwächten „Umsturzthese“, als wäre es ein Geheimnis, dass KommunistInnen für eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse eintreten und weder in ihrer Kleinarbeit noch im Rahmen von Massenkämpfen die längerfristige Perspektive aus den Augen verlieren. Zugespitzt kommt diese Argumentation in der 1990/91 von Franz Olah vertretenen „These“ zum Ausdruck, wonach der Oktoberstreik ein „politischer Streik“ gewesen sei, und ein politischer Streik „sei immer ein Putschversuch“⁷⁴ und „die Vorstufe zum Bürgerkrieg“.⁷⁵

Die Langlebigkeit der Geschichtslegende vom „Oktoberputsch“ erklärt sich damit weniger aus einer Analyse der konkreten Ereignisse, sondern vielmehr aus dem allgemeinen Interpretationsrahmen der KPÖ-Politik nach 1945. So bringen selbst renommierte Fachhistoriker die Oppositionspolitik der KPÖ ab

1947, ja kommunistische Politik schlechthin mit Umsturz in Verbindung. Zentraler Bezugspunkt zur Einordnung der KPÖ-Politik sind nicht die – zumeist als „Unruhen“ gekennzeichneten – Klassenauseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit, die die kapitalistische Restauration begleiteten, sondern die kommunistische „Destabilisierungspolitik“, deren Höhepunkt „die Streikunruhen vom Oktober 1950“ dargestellt hätten.⁷⁶ Dass oft bereits die allgemeine Politik und Programmatik der KPÖ dazu ausreicht, einen Zusammenhang zu Putsch, Umsturz und Machteroberung herzustellen, belegt ein Beitrag über den Oktoberstreik im Katalog zur Staatsvertragsausstellung in der Schallaburg im Jahr 2005, wird hierin doch die 1946 in den „Programmatischen Leitsätzen“ des 13. Parteitags festgehaltene volksdemokratische Orientierung als Beleg für die kommunistischen Umsturzpläne gedeutet. Konkret ist dort zu lesen, dass für die KPÖ „die Unruhen ein Ansatzpunkt (waren), die ökonomischen und politischen Verhältnisse auf radikale Weise zu ändern. [...] Das Endziel bestand laut den Programmatischen Leitsätzen der KPÖ von 1946 in der ‚Errichtung einer echten Volksdemokratie‘. Wie die Erfahrungen jenseits des Eisernen Vorhangs lehrten, erfolgte die Etablierung dieser Regierungsform nicht mit demokratischen Mitteln. Dass die österreichischen Kommunisten ebenfalls bereit waren, außerhalb des demokratischen Kanons zu agieren, erwies sich spätestens an den Vorgängen vom Herbst 1950.“⁷⁷ Selbst Gerald Stourzh hält die Tatsache, dass die KPÖ in ihrer Programmatik „ganz offen für die ‚Errichtung einer echten Volksdemokratie‘ in Österreich“ eingetreten sei, für einen erwähnenswerten Gesichtspunkt im Rahmen seiner Problematisierung „kommunistischer Machteroberungsstrategien“.⁷⁸

Tatsächlich ging es beim Oktoberstreik zunächst um die wirtschaftlichen Forderungen der ArbeiterInnenschaft, die von der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz am 30. September 1950 als Ultimatum an die Regierung erhoben wurden: Zurücknahme der Preissteigerungen oder Verdoppelung der Löhne. Es war ein „Kampf um Brot und Lohn, der mit gewerkschaftlichen Mitteln [...] geführt wurde“, und kein unmittelbarer Kampf „für irgendwelche machtpolitischen Forderungen“,⁷⁹ wie die KPÖ unmittelbar nach dem Streik in einer Resolution des Zentralkomitees festhielt. Obwohl in der zeitgenössischen Gegen-



Von der Polizei errichtete Straßensperre in der Wiener Herrengasse am 26.9.1950

propaganda⁸⁰ und auch in der wissenschaftlichen Literatur durchgängig von einem „Generalstreikversuch“ der KPÖ die Rede ist, wurde dieser Begriff von der KPÖ nicht gebraucht. Es gab zwar einen Aufruf zum Streik, aber keine dezidierte „Generalstreikparole“,⁸¹ wie etwa bei Fritz Klenner zu lesen ist. Auch im Rahmen der Betriebsrätekonferenz in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik wurde allein auf der Ebene des gewerkschaftlichen Lohnkampfes argumentiert, und selbst im Zusammenhang mit dem an die Regierung gerichteten Ultimatum wurde der Terminus „Generalstreik“ vermieden, was ganz offensichtlich damit zu tun hatte, der inzwischen die Auseinandersetzung bestimmenden Legende vom kommunistischen Putschversuch keine Nahrung zu geben. „Es hat keinen Generalstreik und keinen Appell zum Generalstreik gegeben. Aber die Arbeiter sind sich klar darüber geworden, daß sie imstande sind, zur gegebenen Zeit den Generalstreik durchzuführen“, war nach dem Streik in einer Propagandaschrift der KPÖ zu lesen.⁸²

Es wäre aber dennoch eine Vereinfachung, von einem rein wirtschaftlichen Abwehrkampf auszugehen. Bereits im Rahmen ihrer Neuwahlkampagne hatte die KPÖ ab November 1946 auch öffentlich davon gesprochen, dass die Teilstreiks und Proteste zu einer *politischen* Massenbewegung gesteigert werden müssten, um auf diesem Weg eine stärkere Beteiligung der KPÖ an den Regierungsgeschäften zu erzwingen.⁸³ Was vier Jahre zuvor auch vom politischen Gegner als legitime politische Strategie akzeptiert wurde, nämlich den Druck der

Straße „politisch“ zu übersetzen, erschien im Herbst 1950 unter veränderten Rahmenbedingungen als Vorbereitung zum Umsturz. Dies ist nicht zuletzt auch deshalb bemerkenswert, als die KPÖ im Rahmen der Streikbewegung zu keinem Zeitpunkt Forderungen nach einem Rücktritt der Regierung erhob und – anders als in den Vorjahren – die Möglichkeit von Neuwahlen nicht zur Diskussion gestellt wurde. Die vorrangig wirtschaftliche Zielsetzung des Streiks kommt auch in der frühzeitig von der KPÖ-Führung betriebenen Streikunterbrechung zum Ausdruck: Deren Hauptüberlegung war, der Regierung die Chance zu geben, doch noch einzulenken. Nach der machtvollen Bewegung des 26. September wurde der Druck der Straße weggenommen, um der Regierung Zeit zu verschaffen, die aus dem 4. Lohn-Preis-Abkommen resultierenden Belastungen rückgängig zu machen. Es ging also um eine Abschwächung des Lohn-Preis-Abkommens auf dem Wege eines Ultimatums und nicht um einen Putsch zum Sturz der Regierung. Es wäre auch ein einigermaßen seltsamer und dilettantischer Putschplan gewesen, auf den Rückenwind einer spontanen Massenbewegung zu verzichten, dem „Gegner“ eine Woche Zeit zur Sammlung seiner Kräfte zu geben und dann angekündigterweise erneut loszuschlagen. „Wunderliche Putschisten, die einen Putsch mit Pausen, einen Putsch in Raten anzetteln, tagelang abwarten, dann ein verspätetes Ultimatum stellen, dann abermals zuwarten, um schließlich die Reste eines zerbrochenen Streiks in einen verlorenen Kampf zu werfen!“, schrieb etwa der

KPÖ-Politiker Ernst Fischer in seinen Erinnerungen.⁸⁴ Ungeachtet des wirtschaftlichen Charakters des Oktoberstreiks werden aber zwei längerfristige politische Zielsetzungen nicht in Abrede zu stellen sein: Einerseits den politischen Einfluss der KPÖ zu stärken und andererseits aus dem ÖGB ein Kampfinstrument der ArbeiterInnenbewegung zu machen. Es ging den österreichischen KommunistInnen im Jahr 1950 zwar primär um eine Verbesserung der ökonomischen Situation der ArbeiterInnen, sie verbanden den Massenstreik aber auch mit der Hoffnung, Kräfteverhältnisse sowohl auf allgemein-politischer Ebene als auch im Gewerkschaftsbund in Bewegung bringen zu können.

Hinsichtlich der Frage nach dem rein ökonomischen bzw. politischen Charakter des Oktoberstreiks ist die von der KPÖ verfolgte Strategie jedoch von nachrangiger Bedeutung gegenüber einem objektiv gegebenen Gesichtspunkt: Allgemeine Zielsetzung der Streikbewegung war es, das von der Regierung gemeinsam mit der Unternehmervertretung und der ÖGB-Führung geheim ausverhandelte Lohn-Preis-Abkommen zu Fall zu bringen. Wäre dieser ökonomischen Zielsetzung aufgrund der Wucht der Streikbewegung ein Erfolg beschieden gewesen, so wären sowohl die Regierung als auch der ÖGB diskreditiert gewesen. Die ökonomische Forderung, den Pakt zu Fall zu bringen, war also objektiv „politisch“, da sie „gegen die Abmachungen von Regierungs- und Gewerkschaftsspitzen gerichtet war“.⁸⁵ Eine Rücknahme der Belastungen wäre eine gewaltige Niederlage für die Regierung Figl-Schärf gewesen, und selbst das System der Sozialpartnerschaft hätte sich wohl nicht dergestalt etablieren können, wie es in den kommenden Jahren der Fall war. Dies ist auch der Grund dafür, warum in den Tagen der Streikunterbrechung alle Mittel aufgeboden wurden, um die Protestbewegung als kommunistischen Putsch zu stigmatisieren. Die Regierung „hätte den Prestigeverlust wahrscheinlich nicht lange überlebt, geschweige denn, daß die Gewerkschaften ihn ungefährdet überstanden hätten“, musste zeitgenössisch selbst Fritz Klenner einschätzen.⁸⁶ Angesichts der „Identität von staatlicher und zentraler gewerkschaftlicher Lohnpolitik“⁸⁷ war die politische Komponente im September und Oktober 1950 von vornherein gegeben und sie musste nicht erst von der KPÖ in die Protestbewegung hineingetragen werden: „Der Generalstreik

hätte, wenn er erfolgreich verlaufen wäre, die sozialpartnerschaftliche Wiederaufbaupolitik und damit die reibungslose Restauration der Marktwirtschaft in Frage stellen können. [...] In einer Situation, in der die Gewerkschaftsführung zum Funktionär einer staatlich gelenkten Lohnpolitik geworden war, mußte jede gewerkschaftliche Forderung in eine politische umschlagen“, so der Wirtschaftshistoriker Fritz Weber in Einschätzung der Protestbewegung.⁸⁸ Umgekehrt war es vor allem das Anliegen von Regierung und ÖGB-Führung, sich „bei der Niederhaltung der Streikbewegung ausschließlich auf politische Argumente“ zu beschränken und „die wirtschaftliche Bedeutung des 4. Lohn- und Preisabkommens beiseite“ zu lassen,⁸⁹ wie der spätere Innenminister Karl Schlögl (SPÖ) in seiner Arbeit über den Oktoberstreik feststellt.

Aufbaumythos

Angesichts der Tatsache, dass auf der Faktenebene keine stichhaltigen Beweise für kommunistische Umsturzpläne gefunden werden können, liegen den bis zum heutigen Tag vertretenen Varianten der Putschthese im wesentlichen geschichtspolitische Motive zugrunde. So bleibt die Legende vom Kommunistenputsch“ vor allem für jene AutorInnen und PolitikerInnen aktuell, die ein vom „Aufbaumythos“ geprägtes Geschichtsbild über die Besatzungszeit vertreten. Ungeachtet aller Ergebnisse der zeitgeschichtlichen Forschung wird in diesen Lesarten an der kommunistischen Bedrohung, am Stereotyp des staatsgefährdenden Kommunisten und am Phantom der Volksdemokratie festgehalten. Demgegenüber erscheint die Zweite Republik als großkoalitionäres Erfolgsprojekt und als erfolgreiches Aufbauwerk von SPÖ und ÖVP. Der Oktoberstreik bleibt in dieser Sicht ein Sinnbild für die unumgängliche Auseinandersetzung mit der KPÖ, ein „Erinnerungsort“ für die erfolgreiche Abwehr des Kommunismus. „Die politische Legitimierungsfunktion des uminterpretierten Geschichtsbildes zeigt sich besonders bei jenen historischen Ereignissen, die das Bild der ‚natürlichen‘ Koalitions- und Harmonieentwicklung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg stören“, analysierte Helmut Konrad bereits 1977 jene politisch motivierten Sichtweisen auf das Besatzungsjahrzehnt.⁹⁰

Positiver Held dieser Erzählung ist Franz Olah, der den „Alleinvertretungsanspruch für die Niederwerfung des

Oktoberstreiks“ an sich riss⁹¹ und zum Retter der österreichischen Freiheit im Herbst 1950 stilisiert wird. Bis in die jüngere Vergangenheit ist diese Sicht vor allem in Politikerreden präsent, nicht nur bei konservativen, sondern auch bei sozialdemokratischen Spitzenpolitikern: So ging der ehemalige Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) im Jahr 1998 davon aus, dass die österreichische Bevölkerung 1950 „geradezu selbstverständlich [...] einen kommunistischen Putschversuch in die Schranken“ gewiesen habe.⁹² Der ehemalige Finanzminister Hannes Androsch (SPÖ) sprach 2005 von einem „putschähnlichen Streik“ und gleich einen Satz weiter vom gescheiterten „Putschversuch“ der KPÖ.⁹³ Nicht anders der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP), der im Jubiläumsjahr 2005 bei einer Veranstaltung der *Europäischen Rundschau* zum 50. Jahrestag des Staatsvertrags in der Raiffeisen Zentralbank behauptete, dass die „Putschpläne der KPÖ“ Realität gewesen seien und er den „mutigen Widerstand dagegen“ würdigte.⁹⁴ Im selben Jahre wurde Olah von Schüssel mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet und als Retter Österreichs vor kommunistischen Umsturzplänen gewürdigt.⁹⁵

Nicht wegzudenken ist die Putschlegende nach wie vor aus zwei weiteren Feldern: zum einen aus massenmedial verbreiteten Zeitungsartikeln, wovon nicht zuletzt groß angelegte Beiträge zeugen, die im Fünf- bzw. Zehnjahresintervall in allen überregionalen österreichischen Blättern über den Oktoberstreik erscheinen. Es ist dies wohl jener Bereich, in dem zeitgeschichtliche Forschungsergebnisse – zugunsten langlebiger Geschichtsmysmen – insgesamt am wenigsten zur Kenntnis genommen werden. Reißerisch aufgemachte Beiträge über den Oktoberstreik rücken in der Regel allein die Frage, ob es sich um einen kommunistischen Putschversuch gehandelt habe, in den Vordergrund, während die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen der Streikbewegung nur am Rande interessieren. Zum anderen nimmt die Putschthese einen anhaltend breiten Raum sowohl in der populärgeschichtlichen und regionalgeschichtlichen als auch in der Memoirenliteratur ein. Alleine die Neuerscheinungen der letzten Jahre aufzuzählen, in denen – ungeachtet zeitgeschichtlicher Forschungen – an der Putschthese festgehalten wird, würde mehrere Spalten

füllen. Stellvertretend sei eine 2015 erschienene Biografie über den damaligen Bundeskanzler Leopold Figl genannt, in der die Preiserhöhungen im Jahr 1950 als „ideale Ausgangslage für die Kommunisten“ charakterisiert werden, „die darauf lauern, die staatliche Ordnung zu erschüttern, um dann mit sowjetischer Hilfe die Macht an sich reißen zu können“.⁹⁶ Der Gendarmeriehistoriker Friedrich Brettnner konnte in einer 1999 vom Innenministerium herausgegebenen Publikation behaupten, dass es sich beim Oktoberstreik „um einen geplanten Putschversuch kommunistischer Anhänger“ handelte, „um in der sowjetischen Zone mit Unterstützung der Roten Armee doch noch an die Macht zu kommen“.⁹⁷ Auch in einer 2002 von Franz Schnabl, dem damaligen Generalinspektor der Wiener Sicherheitswache und heutigem Politiker der SPÖ Niederösterreich, mitverfassten Geschichte der Wiener Polizei ist vom „gescheiterten Kommunisten-Putsch“ zu lesen.⁹⁸ Wenig überraschend erinnert sich Fritz Molden, einer der Hauptprotagonisten des Kalten Krieges, in seinen 2007 erschienenen Memoiren an den „kommunistischen Oktoberputsch“.⁹⁹

Verblässender Erinnerungsort

Demgegenüber gibt es im sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Umfeld seit einigen Jahren merkbare Zeichen einer Entspannung bzw. Korrektur. Im Oktober 2010 luden der ÖGB-eigene *Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung*, das Institut für Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern sowie die *Alfred Klahr Gesellschaft* zu einer gemeinsamen Tagung unter dem Titel „Mythos Putsch“, in deren Rahmen Hans Hautmann auf die Entstehung und Funktion der Geschichtslegende einging. Anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung des ÖGB beschloss der Bundesvorstand Ende Oktober 2015 mit den Stimmen aller Fraktionen, dass die Behauptung, wonach es sich beim Oktoberstreik um einen kommunistischen Putschversuch gehandelt habe, als widerlegt zu betrachten sei. Die nach dem Streik aus dem ÖGB ausgeschlossenen 78 GewerkschafterInnen wurden rehabilitiert.¹⁰⁰ Im Vorwort einer aus diesem Anlass im ÖGB-Verlag erschienenen Publikation schrieb der damalige ÖGB-Präsident Erich Foglar: „Mit dem emotionalen Abstand und neuen Erkenntnissen ist es nun möglich, sich endgültig von bisherigen traditionell eingefahrenen Bildern zu lösen [...]. Die



Kundgebung am Wiener Rathausplatz am 4. Oktober 1950

Quintessenz ist: Der Oktoberstreik 1950 war kein kommunistischer Putschversuch.¹⁰¹ Gewerkschaftsintern wurde damit ein Schlusspunkt gesetzt unter den Mythos vom „Kommunistenputsch“.

Angesichts dieser Festlegung des ÖGB wird der Oktoberstreik als zentraler „Erinnerungsort“ der Zweiten Republik wohl an Bedeutung verlieren. Bei bevorstehenden Jahrestagen wird die Putschlegende in Zeitungsartikeln gewiss weniger häufig anzutreffen sein. Ein ähnlicher Trend wird langfristig betrachtet auch die akademische Geschichtsschreibung prägen: Nicht zuletzt vor dem Hintergrund neuerer Forschungen¹⁰² werden künftig immer weniger HistorikerInnen dazu bereit sein, sich mit erfundenen Putschvorwürfen Richtung KPÖ zu blamieren. Ewig unbelehrbar werden jene bleiben, die die damalige Oppositionspolitik der KPÖ allein als „Destabilisierung“ und versuchten Umsturz einzuschätzen bereit sind und jegliche außerparlamentarische Aktivität als Vorbereitung zur Machtübernahme und zum Putsch deuten. Einer solch eingeschränkten Sicht wird es auch in Zukunft verwehrt bleiben, den Oktoberstreik des Jahres 1950 als das einzuordnen, was er war: legitimer Protest gegen soziale Belastungen und Höhepunkt der Klassenauseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Anmerkungen:

- 1/ Sozialminister Maisel an die Metallarbeiter, in: *Arbeiter-Zeitung*, 29.9.1950, S. 2.
- 2/ Archiv des ÖGB, Protokoll der Sitzung des Bundesvorstands des ÖGB am 19.10.1950, S. 6.

3/ Migsch, Alfred: Anschlag auf Österreich. Ein Tatsachenbericht über den kommunistischen Putschversuch im September – Oktober 1950, hg. vom Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1950], S. 8 und 10.

4/ Klenner, Fritz: Putschversuch – oder nicht? Ein Tatsachenbericht über das 4. Preis- und Lohnabkommen und die beiden gescheiterten kommunistischen Generalstreikversuche im September und Oktober 1950. Wien: Presseferat des Österreichischen Gewerkschaftsbundes o.J. [1950] (Beilage zur „Gewerkschaftlichen Rundschau“).

5/ Konrad, Helmut: Kein Putsch. Legendenkehr aus zum Oktoberstreik 1950, in: *Neues Forum*, 24. Jg. (1977), Nr. 286, S. 39–43.

6/ Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert (Hg.): Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik. Wien 1991, S. 127 (Fritz Klenner).

7/ Cronin, Audrey Kurth: Great Power Politics and the Struggle over Austria, 1945–1955. Ithaca, London 1986, S. 108–111, hier S. 108.

8/ Gärtner, Heinz: Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei. Wien 1979 (Studien zur österreichischen und internationalen Politik, Bd. 3), S. 117.

9/ Ruggenthaler, Peter: Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55, in: Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Beiträge. Graz, Wien, München 2005 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 4), S. 650–726, hier S. 686f. und 709.

10/ Rauchensteiner, Manfred: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung. Wien 2005, S. 188.

11/ Tweraser, Kurt: US-Militärregierung für

Oberösterreich, Bd. 1: Sicherheitspolitische Aspekte der amerikanischen Besetzung in Oberösterreich-Süd 1945–1950. Linz 1995 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs, Bd. 14), S. 401.

12/ Vgl. Knight, Robert: Es war doch kein „D-Day“, in: Ludwig/Mulley/Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950, S. 125–137, hier S. 125; Stourzh, Gerald: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955. Wien, Köln, Graz 2005 (Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 62), S. 194–196.

13/ Höbelt, Lothar: Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Graz, Stuttgart 1999, S. 117.

14/ Rauchensteiner: Stalinplatz 4, S. 182.

15/ Hautmann, Hans: Der Platz des Oktoberstreiks in der österreichischen Geschichte, in: ders.: Von der Permanenz des Klassenkampfes und den Schurkereien der Mächtigen. Aufsätze und Referate für die Alfred Klahr Gesellschaft. Wien 2013 (Quellen & Studien, Sonderband 16), S. 275–285, hier S. 276.

16/ Hans Hautmann: Der „Kommunisten-Putsch“ 1950. Entstehung und Funktion einer Geschichtslegende, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 3, S. 1–5, hier S. 1.

17/ Rathkolb, Oliver: Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015. Wien 2015, S. 34.

18/ Hautmann: Der „Kommunisten-Putsch“, S. 4.

19/ Hanisch, Ernst: Überlegungen zum Funktionswandel des Antikommunismus. Eine österreichische Perspektive, in: Diendorfer, Gertraud/Jagschitz, Gerhard/Rathkolb, Oliver (Hg.):

Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichische Zeitgeschichtetage 1997. Innsbruck, Wien 1998, S. 37–45, hier S. 39.

20/ Kriechbaumer, Robert: Der lange Weg in die Moderne. Ein mentalitätsgeschichtlicher Essay zur Geschichte der Zweiten Republik, in: ders. (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Bd. 1: Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen. Wien, Köln, Weimar 1998, S. 17–48, hier S. 28.

21 Sandgruber, Roman: Das 20. Jahrhundert. Wien 2003 (Geschichte Österreichs, Bd. VI), S. 128.

22/ Brauneder, Wilhelm: Österreichs Staatlichkeit 1945 im europäischen Umfeld, in: Kunštát, Miroslav/Šebek, Jaroslav/Schmoller, Hildegard (Hg.): Krise, Krieg und Neuanfang. Österreich und die Tschechoslowakei in den Jahren 1933–1948. Berlin 2017 (Schriftenreihe der Ständigen Konferenz österreichischer und tschechischer Historiker zum gemeinsamen kulturellen Erbe, Bd. 2), S. 205–217, hier S. 215.

23/ Butschek, Felix: Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart. Wien, Köln, Weimar 2004, S. 25.

24/ Mueller, Wolfgang: Die gescheiterte Volkdemokratie. Zur Österreich-Politik von KPÖ und Sowjetunion 1945 bis 1955, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2005. Berlin 2005, S. 141–170, S. 158.

25/ Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar 2005, S. 180.

26/ Kriechbaumer, Robert (Hg.): Neues aus dem Westen. Aus den streng vertraulichen Berichten der Sicherheitsdirektion und der Bundespolizeidirektion Salzburg an das Innenministerium 1945 bis 1955. Wien, Köln, Weimar 2016, S. 41, Anm. 54.

27/ Stourzh, Gerald: Österreichs Weg zum Staatsvertrag und zur Neutralität, in: Forum Politische Bildung (Hg.): Frei – Souverän – Neutral – Europäisch. 1945 1955 1995 2005. Innsbruck, Wien, München, Bozen 2004 (Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 22), S. 7–20, hier S. 11 (Hervorhebung M.M.).

28/ Stourzh: Um Einheit und Freiheit, S. 194.

29/ Klambauer, Otto: Die sowjetische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945–1955, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 435–450, hier S. 446.

30/ Vocolka, Karl: Österreichische Geschichte. München 2005, S. 115 (4. Auflage 2014).

31/ Schmidl, Erwin A.: „Rosinenbomber“ über Wien? Alliierte Pläne zur Luftversorgung Wiens im Falle einer sowjetischen Blockade 1948–1953, in: ders. (Hg.): Österreich im frühen Kalten Krieg 1945–1958. Spione, Partisanen,

Kriegspläne. Wien, Köln, Weimar 2000, S. 171–192, hier S. 176.

32/ Kriechbaumer (Hg.): Neues aus dem Westen, S. 278, Anm. 242.

33/ Graf, Maximilian: Die KPÖ und Europa: Internationale Stellung und Europapolitik einer Kleinpartei (1945–heute), in: Di Palma, Francesco/Mueller, Wolfgang (Hg.): Kommunismus und Europa. Europapolitik und -vorstellungen europäischer kommunistischer Parteien im Kalten Krieg. Paderborn 2016, S. 240–260, hier S. 243.

34/ Der bewaffnete Terror gegen die Arbeiter, in: *Österreichische Volksstimme*, 8.10.1950, 3.

35/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Archiv der Republik (AdR), BMI, Zl. 124.756–2/51, Bundespolizeikommissariat St. Pölten, Abtlg. Kr. I, 13.11.1950, S. 1.

36/ Bericht des Zentralkomitees über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Referat des Genossen Johann Koplenig, in: Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs im Wiener Konzerthaus, 1. bis 4. November 1951 (Gekürztes Protokoll), hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1952], S. 47–85, hier S. 61.

37/ Mit Streikbrechergarden und Hahenschwänzern gegen die Streikenden, in: *Österreichische Volksstimme*, 5.10.1950, S. 2.

38/ Vgl. Verteidigt euren Betrieb!, in: *Arbeiter-Zeitung*, 6.10.1950, S. 1.

39/ Klenner: Putschversuch, S. 63.

40/ Migsch: Anschlag auf Österreich, S. 41.

41/ Abwehr des Terrors, in: *Arbeiter-Zeitung*, 6.10.1950, S. 1.

42/ Kautsky, Benedikt: Geistige Strömungen im österreichischen Sozialismus. Wien 1953, S. 29.

43/ Gendarmerie besetzt Steyr-Werke, in: *Österreichische Volksstimme*, 5.10.1950, S. 1; Der bewaffnete Terror gegen die Arbeiter, in: *Österreichische Volksstimme*, 8.10.1950, S. 3.

44/ Vgl. Zusammenbruch der neuen Reichstagsbrand-Lüge. Der geplante Staatsstreich zur Verhängung faschistischer Ausnahmegesetze, in: *Österreichische Volksstimme*, 19.10.1950, S. 1.

45/ ÖStA/AdR, BMI, Zl. 134.937–2/50, Runderrlass von Oskar Helmer an den Polizeipräsidenten in Wien, die Sicherheitsdirektoren, die Leiter der Bundespolizeibehörden und Landesgendarmeriekommandanten, 3.10.1950.

46/ ÖStA/AdR, BKA, Ministerratsprotokolle Figl II, Kt. 71, Protokoll Nr. 220a der ao. Sitzung des Ministerrats am 5.10.1950, S. 3.

47/ Warnung vor Sabotageakten!, in: *Arbeiter-Zeitung*, 4.10.1950, S. 2.

48/ Gestern weitere Ausbreitung der Streikbewegung in Wien und Niederösterreich, in: *Österreichische Volksstimme*, 6.10.1950, S. 3.

49/ Meier-Walser, Reinhard: Die gescheiterte Machtergreifung der österreichischen Kommunisten im Herbst 1950, in: *Christliche Demokratie*, 8. Jg. (1990), Nr. 2, S. 81–110, hier S. 97.

50/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 12./13.10.1950, Beilage 1: Referat

Zur Lage der arbeitenden Klasse in der (Corona-)Krise

200 Seiten/Sonderheft
und Ausgabe 4_2020

Mit Beiträgen von Wolfgang Albers (Mda Die LINKE), Rolf Becker, Hans-Peter Brenner, Raimund Ernst, Glen Ford (USA), Wolf-Dieter Gudopp von Behm, Lothar Geisler, Nina Hager, Kai Köhler, Dieter Kraft, Stefan Kühner, Lena Kreymann/Andrea Hornung (SDAJ), Robert Krotzer (KPÖ Graz), Francesco Maringio (Italien), Hans Modrow, Christian Müller (Schweiz), Claudio Ottono, (KP Argentinien) Karl-Heinz Peil, Rainer Perschewski, Ronald Pienkny, Anne Rieger (KPÖ Graz), Werner Rügemer, Eduardo Goncalves Serra (Brasilianische KP), Regina Schmidt-Kühner, Franziska Schneider, Ulrich Schneider (F.I.R.), Volkmar Schöneburg, Conrad Schuhler, Manfred Sohn, Shashi Tharoor (Indischer Nationalkongress), Klaus Wagener, Rob Wallace (USA), Andreas Wehr, Holger Wendt, Sebastian Wisiak (KPÖ Graz), Lucas Zeise, Werner Zimmer-Winkelmann



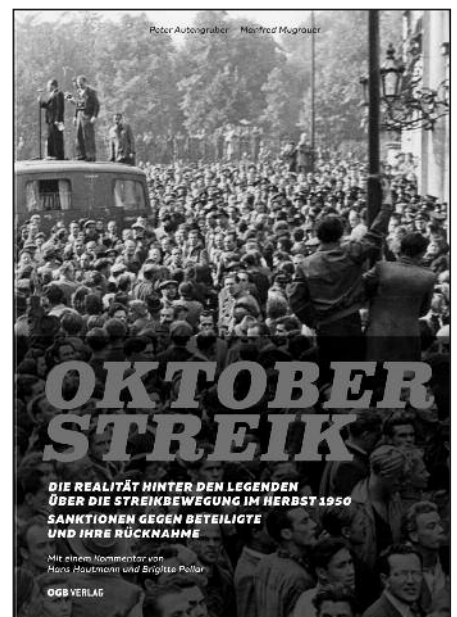
**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

Einzelpreis 12,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

www.marxistische-blaetter.de

- von Johann Koplenig, S. 5.
- 51/ ZPA der KPÖ, Besprechung mit den Bezirksstreikkomitees in Wien am 5.10.1950, S. 1.
- 52/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 3. Landesparteitags der KPÖ Niederösterreich am 6.–8.4.1951, Referat von Franz Honner, S. 20–48, hier S. 28.
- 53/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 31.10.1950, S. 7.
- 54/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 12./13.10.1950, Beilage 13: Franz Loistl, S. 1.
- 55/ ZPA der KPÖ, Interview von Ronald Gruber mit Friedl Fürnberg, 28.5.1973, S. 2f.
- 56/ Friesenbichler, Georg/Friesenbichler, Hubert: Die drei Leben des Hubert F. Vom jungen Nazi-Gegner zum linken Journalisten. Mit einem Anhang zur Parteipublizistik nach 1945. Wien 2014, S. 69.
- 57/ Meisel, Josef: Die Mauer im Kopf. Erinnerungen eines ausgeschlossenen Kommunisten 1945–1970. Wien 1986, S. 119.
- 58/ ÖStA/AdR, BMI, ZI. 124.756–2/51, Bundespolizeikommissariat St. Pölten, Abteilung Kr. I, 13.11.1950, S. 1f.
- 59/ Klenner: Putschversuch, 73.
- 60/ Hautmann: Der „Kommunisten-Putsch“, S. 2f.
- 61/ Klenner: Putschversuch, S. 91; Migsch: Anschlag auf Österreich, S. 45.
- 62/ Fast ganz Niederösterreich im Streik. Der Zugverkehr stillgelegt – Massenkundgebungen in den Industriezentren, in: *Österreichische Volksstimme*, 27.9.1950, S. 2.
- 63/ Epler, Ernst: Der große Streik. Wien 1965, S. 138.
- 64/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 12./13.10.1950, Beilage 7: Franz Pusterhofer, S. 1.
- 65/ Meier-Walser, Reinhard: Der Streikputsch der KP Österreichs und seine internationalen Hintergründe. Die kommunistischen Streikaktionen vom September/Oktober 1950 im besetzten Österreich vor dem Hintergrund der sowjetischen Machtexpansion in Osteuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. München 1986 (tuduv-Studien, Reihe Politikwissenschaften, Bd. 11), S. 68.
- 66/ Ders.: Die gescheiterte Machtergreifung, S. 86 und 97.
- 67/ Ders.: Österreich – eine Volksdemokratie? Scheitern eines kommunistischen Putschversuches in Wien, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.9.2000, S. 5.
- 68/ Graf: Die KPÖ und Europa, S. 243.
- 69/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 31.10.1950, S. 6; Protokoll des 3. ZK-Plenums der KPÖ am 14./15.11.1954, Beilage 14: Johann Lechner, S. 2.
- 70/ Franz Marek. Beruf und Berufung Kommunist. Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte, hg. und eingeleitet von Maximilian Graf und Sarah Knoll. Wien 2017, S. 176, Anm. 380.
- 71/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 25.10.1950, S. 3 (Franz Honner).
- 72/ Rauchensteiner, Manfred: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Graz, Wien, Köln 1979, S. 295.
- 73/ Mueller: Volksdemokratie, S. 158.
- 74/ Olah: Es war ein Putsch. Kritik an heute lehrenden Historikern, in: *Die Presse*, 26.9.1990, S. 6.
- 75/ Olah, Franz: Der KP-Putsch von 1950 aus heutiger Sicht, in: *Conturen*, 11. Jg. (1991), Nr. 2, S. 83–91, hier S. 86.
- 76/ Mueller: Volksdemokratie, S. 158.
- 77/ Benedikter, Christoph H.: Der Oktober 1950, in: Karner, Stefan/Stangler, Gottfried (Hg.): „Österreich ist frei!“ Der Österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallburg 2005. Horn, Wien 2005, S. 210–212, hier S. 212.
- 78/ Stourzh: Um Einheit und Freiheit, S. 588.
- 79/ Resolution des ZK über die politische Lage und die Lehren aus dem großen Kampf der österreichischen Arbeiterschaft, in: Die Beschlüsse des ZK-Plenums vom 12. und 13. Oktober 1950. Die politische Lage und die Lehren aus dem großen Kampf der österreichischen Arbeiterschaft. Die nächsten organisatorischen Aufgaben der Partei. Kooptierungen ins ZK, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1950], S. 3–8, hier S. 4.
- 80/ Der kommunistische Generalstreikversuch gescheitert, in: *Arbeiter-Zeitung*, 28.9.1950, S. 1; Bundesvorstandssitzung des Gewerkschaftsbundes, in: *Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst*, Nr. 256, 23.10.1950, S. 1–4, hier S. 1.
- 81/ Klenner: Putschversuch, S. 46 und 80.
- 82/ Der Raubpakt gegen das Volk, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1950], S. 8.
- 83/ Vgl. Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation. Göttingen 2020 (Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 14), S. 150–161, hier S. 155.
- 84/ Fischer, Ernst: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955. Wien, München, Zürich 1973, S. 330.
- 85/ Gärtner: Zwischen Moskau und Österreich, S. 116f.
- 86/ Klenner: Putschversuch, S. 91.
- 87/ Prader, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945–1950. Wien 1975 (In Sachen, Heft 1), S. 68.
- 88/ Weber, Fritz: Die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des Kalten Krieges, in: Haberl, Othmar Nikola/Niethammer, Lutz (Hg.): Der Marshall-Plan und die europäische Linke. Frankfurt/M. 1986, S. 169–193, hier S. 187.
- 89/ Schlögl, Karl: Der Oktoberstreik 1950. Die Entwicklung Österreichs und die Auswirkungen der Streikbewegung auf die österreichische Innenpolitik. Diplomarbeit Universität Wien 1991, S. 113.
- 90/ Konrad: Kein Putsch, S. 39.
- 91/ Hautmann: Der „Kommunisten-Putsch“, S. 2.
- 92/ Vranitzky, Franz: Gegen den Strom, in: Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte, S. 87–101, hier S. 87.
- 93/ Androsch, Hannes: Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich 1945–2005. Innsbruck, Wien, Bozen 2005 (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive, Bd. 2), S. 26f.
- 94/ Vgl. Brünner, Peter: Aus Vranitzkys und Schüssels Geschichtsbuch, in: *Der Standard*, 1.4.2005, S. 7.
- 95/ APA OTS, URL: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20050329_OTS0137/schuessel-zu-olah-sein-eingreifen-hat-oesterreich-gerettet, 29.3.2005 [1.1.2016].
- 96/ Mosser-Schuöcker, Birgit: Leopold Figl. Der Glaube an Österreich. Wien 2015, S. 155.
- 97/ Brettner, Friedrich: Der Wiederaufbau der Österreichischen Bundesgendarmerie 1945 bis 1950, in: Hörmann, Fritz/Hesztera, Gerald (Hg.): Zwischen Gefahr und Berufung. Gendarmerie in Österreich, hg. vom Museumsverein Werfen und vom Bundesministerium für Inneres, Gendarmeriezentralkommando, Wien. Wien 1999, S. 182–198, hier S. 187.
- 98/ Schnabl, Franz/Seyrl, Harald: 133 Jahre Wiener Polizei. Ein reich bebildeter Spaziergang durch die Geschichte der Sicherheitswache. Wien 2002, S. 163.
- 99/ Molden, Fritz: „Vielgeprüftes Österreich“. Meine politischen Erinnerungen. Wien 2007, S. 71.
- 100/ Der Beschluss des ÖGB ist abgedruckt in: Autengruber, Peter/Mugrauer, Manfred: Oktoberstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme. Wien 2017, S. 150f.



- 101/ Foglar, Erich: Vorwort, in: ebd., S. 7.
- 102/ Mugrauer: Die Politik der KPÖ 1945–1955, S. 582–599 (angebliche Putschpläne 1947/48) und 643–704 (Oktoberstreik 1950).

Hier gilt die Linksregel

Linzer Straßennamen nach KommunistInnen benennen

PETER MÄRZ/LEO FURTLER

Straßennamen sind ein Politikum, sind Propagandainstrument, dienen der Machtdemonstration, haben Erinnerungsfunktion, fungieren als Mahnmal, drücken Herrschaftsfunktionen aus und spiegeln patriarchale Verhältnisse wider. In der NS-Zeit wurden Erinnerungen an fortschrittliche Personen und Begebenheiten radikal getilgt, praktisch in jeder Gemeinde gab es Straßen und Plätze, die nach Adolf Hitler benannt wurden oder die in engem Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Politik und Ideologie standen. Nach der Befreiung vom Faschismus wurden diese rasch entweder wieder mit dem ursprünglichen Namen oder nach tendenziell unpolitischen Gesichtspunkten versehen. Nur punktuell kam es zu Ehrungen von WiderstandskämpferInnen, noch seltener wurde diese Form des Gedenkens KommunistInnen zu teil, die in der NS-Zeit ermordet wurden oder im Widerstand aktiv gewesen waren.

So ehrte die Stadt Linz im zweiten Halbjahr 1945 insgesamt drei Kommunisten, die allesamt im Konzentrationslager Mauthausen ihr Leben lassen mus-



Gedenktafel für Ludwig Haider im ehemaligen KZ Mauthausen

sten, wobei einer davon je nach historischer Lesart auch der Sozialdemokratie zugeordnet werden kann. Dabei handelt es sich um den 1885 geborenen Eisenbahner Ludwig Haider. Die zwischen Dauphinstraße und Flötzerweg gelegene Haiderstraße war erst 1943 nach dem Maschinenbauer August Borsig (1804–1854) benannt worden. Die beiden anderen Straßen beziehen sich auf den 1904 geborenen Schlosser Josef Teufl sowie auf den 1908 geborenen Tischlermeister Josef Stadler. Die ab 1942 nach dem Kampfflieger des Ersten Weltkriegs Max

Immelmann (1890–1916) benannte Straße hieß zwischen 1945 und 2000 Teufelstraße, erst danach wurde die Schreibweise richtig gestellt und das fehlerhafte „e“ im Namen des KPÖ-Lan-



desobmanns gestrichen. Oswald Boelcke (1891–1916), ebenfalls Kampfflieger im Ersten Weltkrieg, war ursprünglicher Namensgeber für die heutige, im Bindermichl gelegene Stadlerstraße. 1999 kam noch der Franz-Kain-Weg in Urfahr hinzu, wobei im Zusatztext und auf der Homepage der Stadt Linz nur seine Tätigkeit als Schriftsteller, nicht jedoch seine Leistung im Widerstand oder als Gemeinderat der KPÖ gewürdigt wird.

Gegen den SS-General Franz Langoth

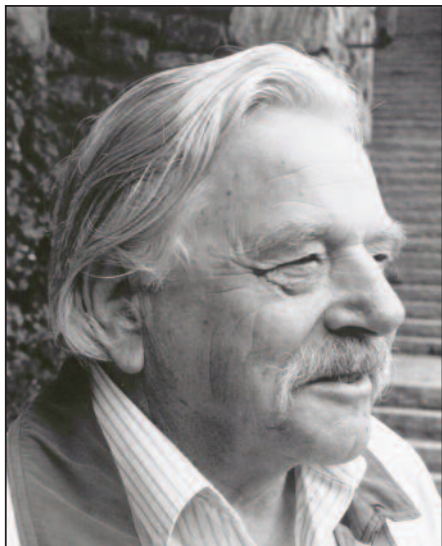
Traurige Berühmtheit erlangte schließlich ein Linzer Gemeinderatsbeschluss des Jahres 1973, der weitreichende Folgen hatte. Ein kleiner Straßenabschnitt in der östlichen Innenstadt erhielt damals den Namen Langothstraße nach dem Landeshauptmann-Stellvertreter und letzten faschistischen Oberbürgermeister von Linz Franz Langoth (1877–1953). Zwölf Jahre später, am 23. Dezember 1985, teilte der damalige Linzer Bürgermeister Schanovsky via *Rathaus-Presse* der Öffentlichkeit mit, dass die Franz-Langoth-Straße demnächst in Franz-Jägerstätter-Straße umbenannt werde. Allerdings verließ die damals noch absolute SPÖ-Mehrheit gleich wieder der Mut: Die Langothstraße wurde nicht nach dem von den Nazis hingerichteten 1907 geborenen Innviertler Mesner benannt (ihm wurde erst 1988 eine Straße im Stadtteil Sankt Magdalena gewidmet), sondern der politisch „harmlosen“ Kaisergasse angeschlossen.

Ungeachtet dessen stellte dieser Schritt einen großen Erfolg eines jahrelangen zähen Kampfes der AntifaschistInnen

und vor allem der Linzer KPÖ dar. Bereits 1977 hatte der damalige Gemeinderat Franz Kain den 1973 einstimmig im Stadtsenat gefassten Beschluss von SPÖ, ÖVP und FPÖ, diese Straße nach dem SS-Brigadeführer Franz Langoth zu benennen, kritisiert. Auf Einwände über die „Verdienste“ von Langoth wies Kain darauf hin, dass der ehemalige großdeutsche Landeshauptmann-Stellvertreter der Ersten Republik ein ausgesprochener Wegbereiter des Faschismus war. Sowohl Gauleiter August Eigruher als auch der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, hoben anlässlich der Einsetzung Langoths als Oberbürgermeister von Linz überschwänglich hervor, dass Langoth für die illegale NSDAP in Österreich stets Vorbild und „verlässliche Stütze“ war. Die KPÖ legte auch ein Dokument aus dem Jahre 1919 vor, in welchem Langoth als Landeshauptmannstellvertreter die Bezirkshauptmannschaften aufforderte, „daß die Meldungs-, Paß- und Aufenthaltsbewilligungsvorschriften aufs rigoroseste gehandhabt werden, um gegen kommunistische Agitatoren mit der Abschiebung oder Landesverweisung vorzugehen“.

Wie hoch das Ansehen Langoths bei den Machthabern des „Dritten Reiches“ war, geht daraus hervor, dass der SS-Reichsführer Heinrich Himmler ihn zum Kommandanten des Konzentrationslagers Sachsenhausen vorschlug und ihn zum SS-Oberführer und später zum SS-Brigadeführer – dies entspricht dem Dienstgrad eines Generals – beförderte. Zur Legende von Langoth als „Retter von Linz“, weil er die Übergabe der Stadt an die US-Truppen angebahnt hatte, ist anzumerken, dass kein einziger Nazi-Oberbürgermeister kämpfend untergegangen ist und auch Langoth seine eigene Haut retten wollte.

Bei einer Festsitzung zum 40. Jahrestag der Befreiung Österreichs vom Faschismus im April 1985 erinnerte Gemeinderat Franz Kain daran, dass in der Familie seiner Frau und seiner eigenen Familie drei Todesopfer im antifaschistischen Kampf zu beklagen waren. Nach keinem dieser Opfer wurde eine Straße oder ein Platz benannt, wohl aber nach jenem Oberbürgermeister,



KPÖ-Gemeinderat Franz Kain

„der noch amtiert hat, als unsere Verwandten Ende April 1945 in Mauthausen erschlagen wurden. Sie werden verstehen, dass wir über diese Herausforderung nur mit größter Bitternis sprechen können und uns niemals damit abfinden werden!“ Der damalige FPÖ-Stadtrat Uwe Seyr und der damalige ÖVP-Vizebürgermeister Carl Hödl – 1987 im Zuge der Waldheim-Affäre durch seinen berüchtigten antisemitischen Brief an Edgar Bronfman, den Chef des *Jewish World Council* unruhlich bekanntgeworden – hielten es für angebracht, sich demonstrativ zur Langothstraße und zu den „Verdiensten“ des SS-Generals zu bekennen“.

In der SPÖ war zu diesem Zeitpunkt hingegen bereits eine starke Bewegung zur Umbenennung der Langothstraße entstanden, weil Langoths Tätigkeit am Nazi-Volksgeschichtshof durch Forschungen namhafter Historiker bekannt geworden war. Zunächst war nur aktenmäßig belegt, dass unter Mitwirkung von Langoth der Arbeiter der Hermann-Göring-Werke Stefan Rambausch im November 1943 zum Tode verurteilt wurde, weil er an seinem Arbeitsplatz „lange Zeit hindurch systematisch defaitistische Reden“ geführt hatte. Dann aber wurden dem *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) aus der DDR eine große Anzahl von Akten des Volksgeschichtshofes übermittelt. Schon eine erste Durchsicht förderte zutage, dass Langoth an der Verhängung von 16 Todesurteilen und der Verurteilung von Widerstandskämpfern zu Zuchthausstrafen von 130 Jahren als Richter beteiligt war. Zu den Opfern gehörten u.a. der katholische Medizinstudent Gustav Ziegler aus Wien, der einem deutschen Offizier gegenüber En-

de 1943 erklärt hatte, dass der Krieg verloren sei. Zu den Opfern gehörten auch die FunktionärInnen des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV), Leopoldine Sicka (geb. 1923), Anna Gräf (geb. 1925), Franz Sikuta (geb. 1921) und Karl Hann (geb. 1924), alle aus Wien, die Flugschriften „teilweise mit defaitistischem Inhalt“ weitergegeben haben und deswegen am 12. Oktober 1943 zum Tode verurteilt wurden. Langoth bekannte sich in seinem Rechtfertigungsbuch „Kampf um Österreich“ ausdrücklich zu den Todesurteilen bei „minderwertigen Subjekten, bei Verrat und Sabotage“. Der Hochverrat an Hitler-Deutschland im Kampf für ein freies und unabhängiges Österreich ist genau ein solcher „Verrat“ auf den sich Langoth bezog.

Es dauerte lange, bis die Linzer „Stadtväter“ endlich ihr Festhalten an der Langothstraße aufgaben. Wie aus einem Schreiben des damaligen wissenschaftlichen Leiters des Wolfgang Neugebauer vom Dezember 1985 hervorgeht, waren der Stadt Linz die Akten über Langoths Bluturteile schon monatelang bekannt, bevor der notwendige Trennungsstrich gezogen wurde. Erst nach der Gemeinderatswahl vom Oktober 1985 rang sich die SPÖ-Mehrheit dazu durch – und selbst dann nur halbherzig.

Gisela Tschofenig-Taurer

Wo aber sind die Frauen in dieser Aufzählung? Die Antwort ist so bitter wie simpel: bis zum Jahr 2006 gab es keine einzige Linzer Straße, die nach einer Kommunistin benannt ist. Erst in diesem Jahr erhielt die im Lager Schörgenhub ermordete Gisela Tschofenig-Taurer (1917–1945) nach langen Vorarbeiten der KPÖ eine Würdigung im Stadtteil Ebelsberg. Gisela Taurer wurde am 21. Mai 1917 in der Gemeinde Landskron im Bezirk Villach in Kärnten geboren. Die Eisenbahnerfamilie war ab 1925 zunächst in Villach wohnhaft, 1935 wurde ihr Vater wegen politischer Unzuverlässigkeit nach Linz versetzt. Ab 1936 wohnte die Familie in Leonding. Von April 1937 bis April 1938 hielt sich Gisela Taurer in Lyon in Frankreich auf. Sie wollte damals mit Margarete Gröbinger (spätere Müller), mit der sie eine enge Freundschaft verband, zu den Internationalen Brigaden nach Spanien, was aber nicht gelang. Sie arbeitete dann eine Zeitlang als Gouvernante in Lyon und erwarb französische Sprachkenntnisse.

Gisela Taurer hatte eine gediegene Schulbildung und war zunächst bei der Reichsbahn beschäftigt. Von 1938 bis



Gisela Tschofenig-Taurer (1917–1945)

1939 war sie als KassiererIn am Hauptbahnhof Linz tätig. Sie war zunächst illegal im KJV aktiv und später in der KPÖ. Sie war eine wichtige Verbindungsperson zum KPÖ-Landesobmann und Mitglied des Zentralkomitees der Partei, Sepp Teufl, für den sie Nachrichten weitergab, Kurierdienste leitete und Flugblätter schrieb, die er entworfen hatte. Auch nützte sie ihre Französischkenntnisse, um mit Fremdarbeitern aus den Hermann-Göring-Werken Kontakt zu halten. Die Zusammenarbeit erfolgte in Gruppen von höchstens fünf Personen, wobei streng geheim blieb, wer mit wem Kontakt hatte. Obwohl Gisela Taurer etwa mit Theresia Reindl engen privaten Kontakt hatte, wussten die beiden Frauen lange Zeit nichts von der illegalen Arbeit der jeweils anderen.

Im Juli 1939 reiste sie nach Belgien und lebte dort in Berchem bei Antwerpen ein Jahr mit ihrer Jugendliebe aus Kärnten und späterem Gatten Josef Tschofenig zusammen, der als gesuchter Aktivist des KJVÖ in Villach nach Antwerpen emigriert war. Als die deutschen Truppen im Mai 1940 in Belgien einmarschierten, wurde Tschofenig verhaftet und in das KZ Dachau deportiert. Gisela Taurer, mittlerweile schwanger, kehrte zu ihren Eltern nach Linz zurück, wo sie am 19. Dezember 1940 ihren Sohn Hermann zur Welt brachte. Am 3. Juni 1944 erfolgte die Heirat mit Josef Tschofenig im Standesamt II in Dachau. Nach der Hochzeit stellte Gisela sofort ein Ansuchen auf Entlassung ihres Ehemannes aus dem Konzentrationslager und beendete ihre illegalen Aktivitäten in Linz. Theresia Reindl erinnerte sich: „Sie hatte auch dann in Dachau geheiratet. Sie hör-

te dann auf. Da hörten dann auch die Nachrichtenüberbringungen auf, weil es zu gefährlich wurde. Wir hatten auch keine Anlaufstelle mehr.“

Um einer möglichen Verhaftung in Linz zu entgehen, zog Gisela Tschofenig im Juli 1944 mit ihrem Sohn nach Kärnten und wohnte bei der Familie Tatschl in der Nähe von Villach. Trotzdem wurde sie am 25. September 1944 in Villach wegen staatsfeindlicher politischer Betätigung durch die Gestapo verhaftet, nach Linz überstellt und in das Frauengefängnis Kaplanhof eingeliefert. Dort traf sie ihre Freundin Theresia Reindl wieder, die so wie sie in die Aktivitäten der kommunistischen Widerstandsgruppe um Sepp Teufl involviert war. Gisela überlebte den Bombenangriff auf das Frauengefängnis Kaplanhof am 31. März 1945 und wurde dann mit den Überlebenden in das Arbeitserziehungslager Schörgenhub gebracht. Am 27. April 1945 wurden – laut Aussage von Theresia Reindl – Gisela Tschofenig, Risa Höllermann (Wels) und eine Frau, deren Name nicht bekannt ist, aufgerufen, die Decken zu nehmen und mitzukommen. In der Nacht hörten die Frauen Schüsse und am nächsten Tag hatte eine der Aufseherinnen die Bergschuhe von Gisela an. Am 3. Mai 1945 wurde das Lager Schörgenhub befreit. Am 13. Mai 1945 exhumierte Vater Taurer mit einigen Nationalsozialisten die sechs Ermordeten.

Henriette Haill

2011 gelang es der KPÖ, eine Straßenbenennung in der Linzer Katastralgemeinde Pichling nach der Schriftstellerin Henriette Haill (1904–1996) durchzusetzen. Haill wurde am 27. Juni 1904 als Kind einer Arbeiterfamilie in Linz am Römerberg geboren. Sie wuchs mit vier Geschwistern in ärmlichen, aber geordneten Verhältnissen am Linzer Römerberg auf. Kaum vierzehnjährig begann sie zu arbeiten als Dienstmädchen bis zur Metallarbeiterin. Noch sehr jung, trat sie bereits 1922 dem KJV bei und gehörte zu dessen engagiertesten Mitgliedern in den stürmischen politischen Auseinandersetzungen der 1920er und 1930er Jahre. In den Zwanzigerjahren wanderte sie mit ihren GenossInnen durch das Mühlviertel und entlang der Donau. Bereits 1924 wurde Henriette Haill Mitglied der KPÖ.

Seit ihrer Jugend war Henriette Haill literarisch tätig. Dem Erleben auf der Landstraße verdanken wir ihre schönsten Landschafts- und Naturgedichte und einfühlsam hat sie die Erfahrungen von

Vagabunden und Stromern nachempfunden. Sie war aber in allem was sie schrieb eine politische Schriftstellerin. Während der Naziherrschaft musste sie miterleben, wie ihre besten Freunde in KZs und Gefängnissen litten und umgekommen sind. Wie durch ein Wunder blieb sie unbehelligt. Ihre Dialektgedichte sind von inniger Wärme gekennzeichnet und ihre Literatur war immer sozial engagiert. Viele ihrer Gedichte bringen die bittere Romantik der Landstraße zum Ausdruck. Vor allem aber war sie auch als Erzählerin erfolgreich.

Obwohl sie ein hohes Alter erreichte, sind zeitlebens von Henriette Haill nur zwei Bücher erschienen. 1946 „Befreite Heimat- Kampf und Friedenslieder“ im KPÖ-Verlag *Neue Zeit* und 1991 der Erzählband „Der vergessene Engel“ in der Edition *Geschichte der Heimat*. Ein Erzählband mit ihren Kindheits- und Jugenderinnerungen, der eigentlich als oberösterreichisches Heimatbuch gelten könnte, für LeserInnen, denen nicht der Sinn nach ergötzlichen Anekdoten steht. Sie selbst schreibt in einem Lebenslauf: „Den Weg meines bescheidenen Schaffens ging ich allein, von niemandem gelenkt oder ermuntert, gehorchte ich meinem inneren Drang zum Schreiben.“ Der Schriftsteller Erich Hackl und die *Buchwerkstatt Thanhäuser* wollten sie zu ihrem 92. Geburtstag noch mit einer schönen Ausgabe ihrer „Straßenballade“ überraschen, die Präsentation hat sie leider nicht mehr erlebt. Hackl schreibt: „Henriette Haill war in fünffacher Weise dazu bestimmt, von der literarischen Öffentlichkeit übersehen zu werden: aufgrund ihrer ärmlichen Herkunft; aufgrund ihrer kommunistischen Gesinnung; aufgrund ihrer Zuwendung zur geographischen wie sozialen Peripherie; aufgrund ihres Geschlechts; aufgrund ihrer Bescheidenheit.“¹

Henriette Haill war Gründungsmitglied der *Mühlviertler Künstlergilde* und eine hochgeachtete Mitarbeiterin deren Zeitschrift. Sie hat viele literarisch-musikalische Veranstaltungen besinnlich-vergnügend bereichert. Haill verstarb nach langer schwerer Krankheit am 22. Februar 1996 in Linz. 2012 wurde nach ihr der Henriette-Haill-Weg in Linz-Pichling benannt.

Defizite in der Aufarbeitung

Die Antworten, warum so wenige Straßen nach kommunistischen Frauen benannt werden, sind vielfältig. Die simpelste Erklärung lautet: Straßen umzubenennen kostet Geld, erfordert zudem eine



Henriette Haill (1904–1996)

ganze Reihe von bürokratischen Maßnahmen und betrifft jede/n einzelne/n Anrainer/in unmittelbar. Daher muss in jedem einzelnen in Frage kommenden Fall intensiv von wissenschaftlichen Einrichtungen geprüft werden, ob eine solche Neubenennung tatsächlich sinnvoll und notwendig ist. In Folge scheint es naheliegend eher zu fordern, Straßen in Neubaugebieten bzw. noch in Planung befindlichen Siedlungsanlagen nach Personen zu benennen, die bislang zu wenig Beachtung im öffentlichen Raum hatten. Dadurch erhalten diese Personen zwar mehr Aufmerksamkeit als bisher, sind jedoch nach wie vor an den Rand, an die peripheren Gebiete einer Stadt gedrängt. Betrachtet man die Bemühungen in der Seestadt Aspern in Wien merkt man rasch, dass diese These nicht von der Hand zu weisen ist. Einfacher und weniger kostenintensiv sind Umbenennungen von Parks und Grünflächen, wobei hier darauf zu achten ist, dass sich diese in möglichst zentraler Lage befinden sollten sowie das Anbringen von Zusatztafeln mit biografischen Angaben. Dennoch ist jede Initiative gegen das Vergessen von hoher Bedeutung. Sicherlich wäre die Signalwirkung ungleich größer und charmanter, wenn etwa der Linzer Hauptplatz zukünftig „Henriette-Haill-Platz“ hieße. Angesichts der politischen Kräfteverhältnisse zu erwarten, dass eine solche Forderung tatsächlich in einer erfolgreichen Umbenennung mündet, wäre jedoch reichlich illusorisch und weltfremd. Kein Wunder also, dass es oftmals eines zähen Ringens bedarf, ehe wieder ein Erfolg verbucht werden kann.

Neben dem gewohnten Rückzug auf finanzielle oder bürokratische Argumen-

te spielen auch Defizite in der wissenschaftlichen Erforschung des Frauenwiderstands eine Rolle. Dieses Spezialgebiet der Widerstandsforschung war lange Jahre auf das Interesse einzelner Frauen, zuerst jener, die selbst im Widerstand aktiv gewesen waren, später auf jüngere Historikerinnen beschränkt. Die Geschichte des kommunistischen Widerstands im Reichsgau Oberdonau ist keine kontinuierliche, da weder zeitlich noch räumlich ein flächendeckendes Widerstandsnetz existierte. Bedeutende Zentren des Widerstands waren Linz, Steyr und Wels sowie das Salzkammergut, wo meist Industriestandorte traditionelle, der Arbeiterbewegung zuzuordnende Organisationsstrukturen hervorgebracht hatten, die die Bildung von Widerstandsgruppen förderten.

Seit Bestehen der KPÖ haben Frauen auch in Linz in allen Kämpfen eine wichtige Rolle gespielt, das gilt insbesondere auch für den antifaschistischen Widerstand. Ihre Zähigkeit und Opferbereitschaft hat es oft möglich gemacht, abgerissene Verbindungen wieder aufzunehmen, und die großen Leistungen in der *Roten Hilfe* sind ohne den unermüdlischen Einsatz der Frauen gar nicht denkbar. Frauen hatten dabei zentrale Funktionen im Widerstand, nach 1945 wurde in der „offiziellen“ Diskussion ihr Anteil jedoch fast völlig negiert. Frauenspezifische Formen des Widerstands (Verstecken von Verfolgten, Unterstützung von Kriegsgefangenen mit Lebensmitteln etc.) blieben aus einer Geschichtsschreibung ausgeblendet, die sich fast ausschließlich am Anteil des Widerstands an der Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit orientierte. Aber selbst dort, wo Frauen beispielsweise am PartisanInnenkampf teilnahmen, wurde ihre Rolle nach 1945 weitgehend ignoriert. Peter Kammerstätter führt als Beispiel hierfür das Erinnerungsbuch von Sepp Plieeseis an, in dem als „Kämpfer“ nur Männer vorkommen, obwohl die „Partisanen der Berge“ nicht nur verhungert, sondern auch militärisch hilflos gewesen wären, wenn ihnen nicht von Frauen aus dem Tal (allen voran Resi Pesendorfer) Essen und Kochgelegenheiten, ja sogar Sprengstoff und Munition gebracht worden wären.

Deutlich wird die Unterbewertung des weiblichen Widerstands auch in den öffentlichen Symbolen und Erinnerungszeichen. Auf den zahlreichen dem antifaschistischen Widerstand gewidmeten Gedenktafeln und Denkmälern scheinen kaum Frauen auf. Cäcilia Zinner wird

auf einem Grabstein am Linzer Barbarafriedhof gewürdigt. Auf dem Areal des ehemaligen Arbeitslagers Schörghenhub gibt es zwar einen Gedenkstein, jedoch nur mit einer allgemeinen Würdigung. Risa Höllermann scheint namentlich auf der Gedenktafel im Pollheimerpark in Wels auf. Abgesehen vom Sonderfall Steyr, wo schon im Sommer 1945 vor allem auch auf Initiative von Auguste Zehetner (geborene Moser) bei der Benennung zahlreicher Straßen im Stadtteil Münichholz nach Widerstandskämpfern auch eine Frau, nämlich Herta Schweiger, berücksichtigt wurde, gab es bis 2001 im ganzen Bundesland keine nach einer oberösterreichischen Widerstandskämpferin benannte Straße. In Ebensee wurde im Jahre 2001 auf Antrag des *Vereins Zeitgeschichte Museum* der Hermine-Schleicher-Weg nach der 1945 im KZ Ravensbrück ermordeten Widerstandskämpferin Hermine Schleicher benannt. Die Linzer Historikerin Martina Gugglberger fasst diese Defizite in ihrem Beitrag *„Versuche, anständig zu bleiben“ – Widerstand und Verfolgung von Frauen im Reichsgau Oberdonau* recht treffend zusammen: „Die Leistungen, Aktivitäten und Protesthandlungen dieser Frauen haben bisher nur wenig Beachtung gefunden, und ihre Darstellung blieb ebenso untergeordnet wie die Einschätzung ihrer Bedeutung für den Widerstand in Oberösterreich. Es geht nicht darum, neue Heldinnen des Widerstands zu stilisieren und diese den männlichen Helden gegenüber zu stellen, sondern darum, Frauen, ihre Handlungen und den Kontext, in dem diese passiert sind, sichtbar zu machen.“²

Linz bekommt einen „Frauen-Stadtteil“

Für die Linzer KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grün ist Gleichberechtigung keine hohle Phrase, weshalb sie im Jänner 2020 eine bemerkenswerte Anfrage nach der Geschlechterverteilung der Straßennamen in der Landeshauptstadt stellte. Die Antwort von Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) fiel ernüchternd aus. Nur 47 von insgesamt 1.152 Linzer Straßen tragen Frauennamen, 510 hingegen die Namen von Männern. Die mangelnde Sichtbarkeit von verdienstvollen Frauen im Stadtbild ist also nicht nur eine Folge jahrhundertlanger patriarchaler Verhältnisse, die Frauen von Ämtern fernhielt, sondern auch eine gehörige Portion Ignoranz gegenüber den Leistungen von Frauen in Politik und Kunst trotz patriarchaler Ausgrenzung.

Unmittelbar vor dem Internationalen Frauentag setzte der Linzer Gemeinderat ein wichtiges Signal zur Sichtbarmachung verdienstvoller Linzerinnen im öffentlichen Raum. Konkret beschloss das Stadtparlament den gemeinsamen Antrag der Grünen und der KPÖ, alle Verkehrswege im künftigen Stadtteil „Garten Ebel“ nach Frauen zu benennen. „Frauen sind im öffentlichen Raum massiv unterrepräsentiert. Es ist höchste Zeit das zu ändern und einen Ausgleich zu schaffen. Dazu ist der erste Schritt jetzt getan“, zeigten sich die Grüne Antragstellerin Rossitza Ekova-Stoyanova und KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grün erfreut. Dank der erfolgreichen Gemeinderatsinitiative wird der in Ebelsberg auf dem Kasernenareal und den angrenzenden Sommergründen entstehende „Garten Ebel“ der erste Linzer „Frauen-Stadtteil“ bezüglich der Präsenz im öffentlichen Raum sein. Dafür hat sich der Gemeinderat im März 2020 mit Stimmen von Grünen, KPÖ, SPÖ, ÖVP und NEOS ausgesprochen. „Welche Personen mit dieser Auszeichnung bedacht werden, muss natürlich noch diskutiert werden. Klar ist, dass genügend Frauen für diese Würdigung in Frage kommen“, bekräftigten Ekova-Stoyanova und Grün nach der Beschlussfassung.

Da der Wohnungsbedarf in den kommenden Jahren hoch sein wird, wird es auch in Zukunft weiterhin genügend Möglichkeiten geben, Straßen nach widerständigen, fortschrittlichen Menschen zu benennen. Idealerweise könnte man dabei das Anliegen, mehr Straßen nach Frauen zu benennen mit jenem koppeln, die Linzer Straßennamen von politisch fragwürdigen AkteurInnen zu bereinigen. Das Archiv der Stadt Linz wurde seitens des Stadtsenats auf Antrag der KPÖ und der Grünen damit beauftragt die Linzer Straßennamen nach problematischen Fällen zu durchforsten. Nach wie vor gibt es in Linz Straßen, die nach antisemitischen, deutschnationalen, nationalsozialistischen Personen benannt sind. Allen voran sei hier die in der Innenstadt gelegene Franz-Dinghofer-Straße angeführt. Die Forderung nach einer möglichst raschen Umbenennung ist da, ob eine solche tatsächlich erfolgen wird, lässt sich aus heutiger Sicht noch nicht abschätzen. An Alternativen mangelt es jedenfalls nicht. Aus kommunistischer Sicht kommen dabei folgende Frauen in Frage: Aurelia Achleitner, Resi Berger, Maria Brunner, Frieda Buchacher, Therese Erhart, Maria Fuß, Maria Gschwandtner, Anni Haider,



Anna Gröbinger

Maria Haider, Maria Hefner, Luise Höglinger, Maria Hohenberger, Anna Gröbinger, Maria (Mitzi) Huber, Eugenie Kain, Leopoldine Kiebachler, Anna Königslehner, Michaela Kühberger, Margarete Müller, Karoline Olzinger (Teufelsbrucker), Elisabeth Rechka, Theresia Reindl, Maria Ritter, Hilde Rotteneder, Michaela Schmiedinger, Rosa Sedlacek, Maria Verosek, Maria Viertl und Tochter, Anni Weissgerber und Cäcilia Zinner.

Anna Gröbinger (1916–2001)

Anna Gröbinger, geborene Huber, kam am 10. August 1916 in Linz als ältestes von vier Geschwistern in einer Eisenbahnerfamilie zur Welt. Sie wuchs in der sehr klassenbewussten Umgebung des Franckviertels auf, wo ihre Kindheit von den großen Entbehrungen der Nachkriegsjahre geprägt war. Nach dem Schulbesuch hatte sie keine Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen. Schon in früher Jugend war sie jedoch politisch aktiv. Über die *Kinderfreunde*, wo sie unter Leitung von Prof. Eduard Macku im Chor sang, und die *Roten Falken* kam sie zum KJV. Nach den Februarereignissen des Jahres 1934 wurde sie Mitglied der KPÖ, der sie bis zu ihrem Tode angehörte.

Nach der Ausschaltung der organisierten ArbeiterInnenbewegung war Gröbinger für die KPÖ illegal tätig. Am 23. März 1936 wurde sie nach der Teilnahme an einer Schulung auf der Postalm wegen Verteilung illegaler Druckschriften im Juli 1935 sowie Gründung einer kommunistischen Frauengruppe im Franckviertel verhaftet, wegen Hochverrats im Rahmen eines der größten politischen Prozesse der austrofaschistischen Ära in Oberösterreich mit

insgesamt 18 KommunistInnen angeklagt und war bis 23. Juli 1936 in Haft. 1937 kam ihre Tochter Margit zur Welt. Nach der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland musste ihr Mann Alois Gröbinger nach Albanien einrücken, Anna Gröbinger wurde nach Andorf evakuiert und kam erst nach Kriegsende in die zerstörte Wohnung zurück. Für ihre Aktivitäten im antifaschistischen Widerstand wurde sie mit dem Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs ausgezeichnet.

1946 wurde ihre zweite Tochter Renate geboren. Nach ihrer Scheidung im Jahre 1950 war Anna Gröbinger Alleinerzieherin und arbeitete in der Linzer Tabakfabrik viele Jahre an der Stopfmaschine. Gestützt auf ihr herzliches und hilfsberechtigtes Wesen war sie mehrere Jahre auch Betriebsrätin. Auch nach ihrer Pensionierung blieb Gröbinger politisch aktiv, unter anderem als Mitglied des oberösterreichischen KZ-Verbands. Trotz schwerer Krankheit in ihren letzten Lebensjahren zeigte sie einen unermüdlischen Lebenswillen. Sie starb am 23. September 2001 nach längerem, schweren Leiden in Linz im 86. Lebensjahr als Folge eines unglücklichen Sturzes, von dem sie sich nicht mehr erholte.

Margarethe Müller (1914–1957)

Am 3. Februar 1944 wurde Margarethe Müller vom Oberlandesgericht Wien zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, wegen „Tragens eines Ringes mit dem kommunistischen Abzeichen“ sowie hochverräterischer Propaganda und weil sie „überdies durch defaitistische Äußerungen die Wehrkraft zersetzt“ habe. Müller war bis Kriegsende im Frauenzuchthaus im bayerischen Aichach eingesperrt. Auslöser für die Verhaftung der am 16. November 1914 in Pasching geborenen Müller war, dass sie „für kommunistische Belange Stimmung gemacht hat“, wie es im Urteil heißt. Margarethe war seit 1940 mit dem Angestellten Alfred Müller verheiratet, der als Soldat der Wehrmacht in Stalingrad vermisst war. Wohl auch in diesem Zusammenhang tätigte sie „staatsabträgliche“ Äußerungen, etwa als sie im Frühjahr oder Sommer 1943 meinte „dass unsere Soldaten nicht wissen, wofür sie eigentlich kämpfen“ oder zu ihren Arbeitskolleginnen meinte, ob „sie als junge Mädchen denn glauben, dass für sie wirklich einmal bessere Zeiten kommen“ würden.

Margarethe Müller, geborene Gröbinger, entstammte einer Linzer ArbeiterInnenfamilie und arbeitete als Zeichne-



Margarethe Müller

rin im Linzer Stadtbauamt. Ihr Vater war im Jahr 1911 Streikführer in der Linzer Schiffswerft. Seine Frau Rosalia Gröbinger blieb mit sechs Kindern zurück, von denen Margarethe das jüngste war. Die vier Töchter und zwei Söhne wurden politisch erzogen und waren in der sozialdemokratischen, nach 1934 in der kommunistischen Parteijugend aktiv. Das familiäre Umfeld von Margarethe Müller war auch Thema beim Sondergerichtsprozess: „Die Angeklagte Margarethe Müller wurde im Elternhaus im marxistischen Sinn erzogen. Sie nahm schon in ihrer Kindheit an den Veranstaltungen des sozialdemokratischen Vereines ‚Freie Schule Kinderfreunde‘ teil und war dann durch einige Jahre Mitglied der marxistischen Jugendorganisation Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ). Seither ist die Angeklagte, soweit erweislich, politisch nicht in Erscheinung getreten. Ihre beiden Brüder Friedrich und Alois Gröbinger waren am marxistischen Feberaufstand 1934 aktiv beteiligt.“

Margarethes Bruder Alois Gröbinger war nach den Februartkämpfen des Jahres 1934 für die KPÖ tätig und deshalb „mehrfach polizeilich und gerichtlich bestraft“. Auch Margarethe Müllers 1911 geborene Schwester Theresia, verheiratet mit dem Eisenbahner Karl Reindl, war von Anfang an überzeugt von der Notwendigkeit, Widerstand zu leisten. Sie arbeitete in einem Krankenhaus und konnte nach dem „Anschluss“ nur mehr mit wenigen Kolleginnen über ihre Ablehnung des politischen Systems sprechen. Nach der Befreiung vom Faschismus arbeitete Margarethe Müller wieder im Magistratsdienst und heiratete Hans Geppert. Sie starb am 20. November



Elisabeth Rechka

1957 nach langem schweren Leiden im 44. Lebensjahr.

Elisabeth Rechka (1908–2006)

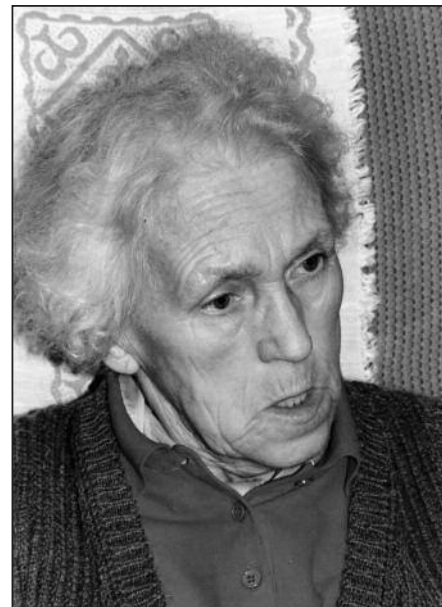
Elisabeth Rechka wurde am 28. Juni 1908 als Kind der Eisenbahnerfamilie Willinger geboren. Ihr Bruder war der Februarkämpfer und Spanienkämpfer Franz Willinger (1912–2001), der bis 1945 im Konzentrationslager Dachau inhaftiert war und nach der Befreiung von 1945 bis 1951 das Amt eines KPÖ-Bezirksobmanns in Linz innehatte. Lisl Rechka erlernte nach dem Schulbesuch den Beruf einer Verkäuferin. Schon frühzeitig kam sie mit der ArbeiterInnenbewegung in Kontakt und war aktiv politisch tätig, so etwa im Arbeiterturnverein Römerberg. Sie kam nach den Februartkämpfen des Jahres 1934 aus Enttäuschung über die Rolle der sozialdemokratischen Führung zur KPÖ und gehörte der Partei über mehr als sieben Jahrzehnte an. Im Jahre 1940 bildete Elisabeth Rechka gemeinsam mit Max Grill, Franz Haider, Franz Haselmayer, Karl Reindl und Landesobmann Sepp Teufl die reorganisierte Landesleitung der KPÖ, konnte jedoch nach deren Zerschlagung durch die Gestapo einer Verhaftung entgehen. Rechka leistete unter gefährlichsten Umständen Hilfe für Gefangene im Gefängnis Kaplanhof, so etwa für Maria Viertl und Tochter. Anfang 1945 unterstützte sie auch Alois Grünberger, den späteren Polizeichef von Urfahr, nach seinem Fallschirmsprung als Kundschafter in Hamburg (Gemeinde Gramastetten) bei der Unterbringung und um seine dort eingerichtete illegale Funkstation wieder funktionsfähig zu machen.

Nach der Befreiung vom Faschismus im Jahre 1945 war Rechka im Rahmen der kommunistischen Frauenbewegung tätig. 1947 übersiedelte sie nach Hainburg in Niederösterreich, wo ihr Gatte Franz Rechka eine führende Position in der Tabakregie ausübte. 1973 kehrte das Ehepaar Rechka wieder nach Linz zurück. Von 1975 bis 1995 gehörte Elisabeth Rechka der Landeskontrolle der KPÖ Oberösterreich an. Auch im hohen Alter war sie noch aktiv, etwa indem sie in Seniorenklubs für sozialen Fortschritt und gegen den neoliberalen Zeitgeist agitierte. Nach einem Schlaganfall war sie in den letzten Wochen ihres Lebens im Pflegeheim untergebracht, wo sie am 9. Mai 2006 starb.

Theresia Reindl (1910–1989)

Noch wenige Tage vor ihrem Tod hatte Theresia Reindl mit KameradInnen im KZ-Verband über die bevorstehende Befreiungsfeier im KZ Mauthausen gesprochen und gemeint, sie möchte dabei sein, „wenn ich noch einmal hinaufschneufen kann“. Die KameradInnen hatten sie beruhigt und ihr vorgeschlagen, dass man sie selbstverständlich im Auto mitnehmen werde. Aber dann hatte ihr Herz doch nicht mehr durchgehalten und für immer zu Schlagen aufgehört. Mit dem Tod von „Resi“ Reindl war ein Leben zu Ende gegangen, das geradezu exemplarisch für ein Leben im 20. Jahrhundert steht, in einer Zeit der Stürme und ungeheuren Opfer. Die 1910 geborene Theresia Reindl stammte aus einer kämpferischen ArbeiterInnenfamilie. Ihr Vater war führend an einem großen Streik der Schiffswerftarbeiter im Jahre 1911 beteiligt und wurde daraufhin gemäßregelt. Er verlor seinen Arbeitsplatz und wurde aus Linz ausgewiesen. Resi war lange Zeit im Spitalsdienst tätig und schon in der Jugend fest in der ArbeiterInnenbewegung verankert. Nach 1934 kam sie zusammen mit ihren Brüdern Alois und Fritz Gröblinger in die KPÖ, der sie dann ein ganzes Leben lang die Treue bewahrte. Fritz ging in die Emigration und fiel als Soldat im Spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republik. Alois war ständig verfolgt und wurde viele Male eingekerkert.

Theresia Reindl war illegal tätig, leistete wichtige Kurierdienste und war das Verbindungsglied zum KPÖ-Landesobmann Sepp Teufl. Im Herbst 1944 wurde sie, ebenso wie ihr Mann, der Eisenbahner Karl Reindl, der 1940 der illegalen Landesleitung der KPÖ angehörte, verhaftet. In der Frauengefäng-



Theresia Reindl

nisbaracke Kaplanhof in Linz, wo sich heute die Pädagogische Akademie des Bundes befindet, erlebte Theresia Reindl den verheerenden Bombenangriff, dem zahlreiche Frauen zum Opfer fielen. Während sie selbst im Lager Schörgenhub schmachtete, wurde ihr Mann Karl noch am 29. April 1945 auf Weisung von NSDAP-Gauleiter August Eigruber im Konzentrationslager Mauthausen ermordet. In Schörgenhub war sie die letzte Gefangene, die Gisela Tschofenig-Taurer lebend gesehen hat, denn am nächsten Tag, nachdem Gisela aus dem Lager gebracht wurde, bemerkte Resi, dass die Aufseherin bereits die Schuhe der Ermordeten trug. Nach der Befreiung Österreichs war Theresia Reindl war viele Jahre im *Bund demokratischer Frauen* tätig sowie als Funktionärin in der KPÖ-nahen Kinder- und Elternorganisation *Kinderland* und im KZ-Verband aktiv. Sie starb am 15. April 1989.

Cäcilie Zinner (1896–1945)

Buchstäblich bis zum letzten Tag seines Bestehens wütete das Naziregime in Hitlers Heimatgau „Oberdonau“ gegen alle GegnerInnen. Noch am 1. Mai 1945, als der Osten Österreichs schon seit rund drei Wochen befreit und am 27. April 1945 in Wien die Zweite Republik proklamiert worden war, wurden auf dem Truppenübungsplatz in Treffling zahlreiche WiderstandskämpferInnen kaltblütig ermordet. Darunter befanden sich auch die KommunistInnen Josef Grillmayr, Karl Hehenberger, Willibald Thalinger und Cäcilie Zinner. In einer Anklageschrift des Oberreichsanwaltes beim Nazi-Volksgerichtshof vom 21. Dezember 1944 wurde Zinner ge-

meinsam mit Aloisia Höglinger, Friederike Buchacher und Josef Stammler beschuldigt, vom Herbst 1943 bis August 1944 „kommunistischen Hochverrat“ durch Unterstützung des 1943 desertierten Kommunisten Ludwig Telfner begangen und „wehrgewaltsetzende Äußerungen“ getan zu haben. Telfner hatte ab Mai 1944 eine nach dem 1934 in Wien hingerichteten Februartagekämpfer Münchreiter benannte Widerstandsgruppe aufgebaut.

Mehrere Frauen unterstützten Telfner mit Geldspenden, fabrizierten Aufnäher und Armbinden mit kommunistischen Symbolen und beherbergten ihn. Vor allem die Witwe Friederike (Frieda) Buchacher, Mutter von drei Kindern und Bürogehilfin bei der Reichsbahn, nahm ihn in ihrer Wohnung auf und verschaffte ihm durch ihre Dienststelle falsche Papiere. Sie vervielfältigte von ihm verfasste Texte und stellte Mitgliedsausweise für die Organisation her. Durch sie lernte Telfner auch Cäcilia Zinner kennen. Laut Anklageschrift war Zinner durch die Hinrichtung ihres Mannes zu einer „fanatischen Gegnerin“ des NS-Regimes geworden und hatte vor allem Verbindungen zwischen WiderstandskämpferInnen hergestellt und Geld zur Unterstützung von Widerstandskämpfern und Opfern des NS-Regimes gesammelt. Außerdem hatte sie rote Armbinden, Blusen und Selbstbinder mit Sowjetstern sowie Hammer und Sichel genäht, offenbar in der Hoffnung auf die nahe Befreiung und als Erkennungszeichen für den organisierten Widerstand.

Die Organisation rund um Ludwig Telfner wurde verraten, worauf die Gestapo Linz am 26. August 1944 rund 40 Personen verhaftete. Sie ging dabei mit voller Härte vor. Im Februar 1945 standen insgesamt 18 Angeklagte beim ersten Volksgerichtshofprozess wegen kommunistischen Hochverrats in Linz vor Gericht. Frieda Buchacher wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden auch Gertrude Grillmayr und Maria Hehenberger, die gemeinsam mit ihren Ehemännern, den ESG-Angestellten Josef Grillmayr und Karl Hehenberger, verhaftet worden waren. Grillmayr war zu diesem Zeitpunkt schwanger und brachte in der Haft noch vor dem Prozess einen Sohn zur Welt. Er kam bei ihren Eltern unter, starb jedoch körperlich geschwächt kurz nach Kriegsende im Juni 1945. Ludwig Telfner, Karl Hehenberger, Josef Grillmayr und Cäcilia Zinner wurden zum Tode verurteilt.

In der *Oberdonauzeitung* wurde Zinner als Volksfeindin und Verbrechergattin stigmatisiert: „Die Schneiderin Cäcilia Zinner, diese Frau, deren Mann im Vorjahr als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher hingerichtet werden musste, stellte sich Telfner in ihrem Hass gegen die deutsche Volksgemeinschaft und deren nationalsozialistischen Staat ganz zur Verfügung, verfertigte Armbinden, Blusen und Selbstbinder, zahlte Mitgliedsbeiträge und hieß überdies in niederträchtigster Weise das Attentat gegen das Leben des Führers gut.“ Am 1. Mai 1945, vier Tage vor der Befreiung durch die alliierten Truppen, wurde Cäcilia Zinner gemeinsam mit Karl Hehenberger, Josef Grillmayr und zehn weiteren Verurteilten von Mitgliedern der Hitlerjugend und des Volkssturms auf dem Schießplatz Treffling (Gemeinde Engerwitzdorf) erschossen. Der Befehl für die Erschießung kam aus Berlin und wurde vom Oberstaatsanwalt des Linzer Landgerichts Wetzl sofort als dringender Auftrag an die Staatsanwaltschaft Linz weitergegeben. Nach Kriegsende mussten sich die Verantwortlichen dafür in einem Volksgerichtsprozess verantworten. An Zinner und die anderen Mitglieder dieser Widerstandsgruppe erinnern ein Gedenkstein in Treffling und ein Grabstein auf dem Linzer Barbarafriedhof.

Anmerkungen:

- 1/ Erich Hackl: Nachruf auf einen vergessenen Engel, in: *Mit der Ziehharmonika*, Nr. 1/1996, S. 10–11, hier S. 10.
- 2/ Martina Gugglberger: „Versuche, anständig zu bleiben“ – Widerstand und Verfolgung von Frauen im Reichsgau Oberdonau, in: Gabriella Hauch (Hg.): *Frauen im Reichsgau Oberdonau. Geschlechtsspezifische Bruchlinien im Nationalsozialismus. Linz 2006 (Oberösterreich in der Zeit des Nationalsozialismus, Bd. 5), S. 281–343.*

Quellen und Literatur:

- Autonomes Frauenzentrum Linz (Hg.): *Linzler Stadtführerin. Frauengeschichtliche Stadtrundgänge*. Grünbach 2004.
- Berger, Karin/Holzinger, Elisabeth/Podgornik, Lotte/Trallori, Lisbeth N. (Hg.): *Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand. Österreich 1938–1945*. Wien 1985 (Edition Spuren).
- DÖW (Hg.): *Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945*, 2 Bände. Linz 1982.
- Ertelt, Ingeborg: *Meine Rechnung geht bis Ende Mai. Das Leben des Widerstandskämpfers Sepp Teufel*. Linz 2008.
- KPÖ Oberösterreich (Hg.): *Ihre Handlungen sichtbar machen. Kommunistische Frauen im Widerstand gegen den Faschismus*. Linz 2016.
- Tidl, Marie: *Frauen im Widerstand*. Wien 1977.

Broschüren der KPÖ Oberösterreich

IHRE HANDLUNGEN SICHTBAR MACHEN...



Oberösterreichische Widerstandskämpferinnen bei einer Frauenkonferenz der KPÖ im März 1946. Sitzend von links nach rechts: Theresia Pesendorfer (Bad Ischl), Anna Teufel (Linz), Maria Sams (Bad Ischl), Helene Tatter (Linz); stehend von links nach rechts: Zaager (Gammels), Gertrude Hübner (Steier), Cilli Langeder (Bad Gastein), Juliane Rötter (Linz), Anni Haider (Linz), Berta Straubinger (Bad Goisern), Maria Pissner (Bad Ischl), Luise Trapp (Linz). Foto: KPÖ-Archiv

KOMMUNISTISCHE FRAUEN IM WIDERSTAND GEGEN DEN FASCHISMUS

ROTE FAHNEN SIEHT MAN BESSER...



STATIONEN IN DER GESCHICHTE DER KPÖ IN OBERÖSTERREICH 1918–2018 EINE DOKUMENTATION DER KPÖ-OÖ

SIE SIND DEN ANDEREN WEG GEGANGEN...



Während 1938 die Mehrheit der Österreicherinnen Hitler zum Heile ins Bild Volksabstimmung am 16. April 1938, bei welcher 99,73 Prozent - die meisten davon keineswegs unter Zwang - dem „Anschluss“ zustimmten, leisteten kommunistische Frauen von Anfang an aktiven Widerstand gegen das Terror des Nazi-Regimes.

OBERÖSTERREICHISCHE KOMMUNIST_INNEN IM WIDERSTAND GEGEN DEN FASCHISMUS

Die Broschüren können bei der KPÖ Oberösterreich (Tel.: 0732/652156, Mail: ooe@kpoe.at) als Printversion oder als pdf-File bestellt werden.

Weit über's Ziel geschossen

Charlotte Eisler: Sängerin, Pianistin, Musikologin, Kommunistin

HANNES HEHER

Am 21. August 1970, also vor 50 Jahren, starb Charlotte Eisler in Wien. Als Mutter des österreichischen Malers Georg Eisler und (erste) Frau des Komponisten Hanns Eisler findet sie zwar in der einschlägigen Literatur hin und wieder Erwähnung, ihre eigenen (nicht zuletzt musikalischen) Fähigkeiten und Verdienste schienen bislang jedoch nur wenig zu interessieren. Dabei ist es hoch an der Zeit, ihre vielfältigen Lebensleistungen nicht nur zu dokumentieren, sondern auch ihrem hohem künstlerischen Niveau und speziellen Gesamtkontext entsprechend zu würdigen.¹

Am 2. Jänner 1894 wurde Charlotte („Lotta“ bzw. „Lotte“) Demant in Tarnopol (heute Ternopil) im damals zu Österreich-Ungarn gehörenden Teil der Ukraine als zweitjüngstes Kind von Ernestine und Josef Demant, eines Gerichtsbeamten, geboren. Sie wuchs mit sechs weiteren Geschwistern auf. Wenige Jahre nach Charlottes Geburt übersiedelte der Vater mit seiner Familie aus beruflichen Gründen nach Czernowitz, der Hauptstadt des habsburgischen Kronlandes Bukowina. In Czernowitz absolvierte sie das Lyzeum mit der Reifeprüfung und begann in dieser Stadt auch ein Musikstudium am dortigen Konservatorium. Das Studium musste sie allerdings weitgehend selbst finanzieren – mit einer Arbeit in einer Bank.² Dass sie bereits als junges Mädchen musikalisch sehr talentiert gewesen sein muss, zeigt die Rezension der am 25. und 29. Mai 1911 stattgefundenen „Schlußproduktion der Musikschule“ des „Vereins zur Förderung der Tonkunst in der Bukowina“: „Über ein respektables Können verfügt schon jetzt Fr. Charlotte Demant, welche durch die tadellose Wiedergabe des B-moll Scherzos von Chopin [...] uns ganz vergessen [machte], daß wir bei einer Schülerproduktion waren.“³

Studium in Wien

Nach der ersten russischen Besetzung von Czernowitz im Herbst 1914 wurde zunächst die örtliche Bank samt Belegschaft (einschließlich der 20-jährigen Angestellten Charlotte Demant) und kurz darauf auch ein Teil der deutschsprachigen Bevölkerung (einschließlich Charlottes Familie) nach Wien evakuiert.

Dort studierte Charlotte bei der Hofopernsängerin Laura Hilgermann und bei dem in diesen Jahren im Wiener Musikleben sehr bekannten Tenor Daniel Andersen Gesang. In Musiktheorie war sie laut eigenen Angaben Schülerin von Hanns Eisler. Darüber hinaus besuchte sie einen Kurs zum Thema „Analyse von Beethovens Sinfonien“ von Anton Webern, den sie als „unvergesslich“ in Erinnerung behielt.⁴ Dass sie im Fach Klavier von Eduard Steuermann unterrichtet worden sei, findet man dagegen nur in der einschlägigen Literatur über Hanns Eisler⁵ – ausgehend von einer von Georg Eisler gegebenen Auskunft, die sich aber nicht anderweitig belegen lässt.⁶

Jahrzehnte später konnte sich Charlotte noch an ihr erstes Zusammentreffen mit Hanns erinnern: „An einem Nachmittag im Jahr 1919 kam ich in eine Gesellschaft von jungen Musikern und Musikliebhabern – in einen Vortrag, den ein junger, soeben aus dem Krieg heimgekehrter Musiker über Gustav Mahler hielt (und zwar über die II. Sinfonie von Gustav Mahler), in Form einer sehr schönen und interessanten Analyse. Vorher wurde ich ihm vorgestellt als junge Sängerin. Er war sehr erfreut, weil er auch einige seiner Lieder in dieser Gesellschaft hatte. Daraufhin fragte er mich, ob ich auch seine Lieder singen könne, und ich habe ihm eine Probe gegeben. Aus dieser Geste erkannte er, dass ich direkt vom Blatt singen kann (ein ganz unbekanntes Lied), was ihm sehr gut gefallen hat und was uns sofort näher brachte.“⁷ Es folgte eine ausgedehnte musikalische Zusammenarbeit, die schließlich zu viel mehr führte: Am 31. August 1920 wurde Hochzeit gefeiert. Vorübergehend lebte das junge Paar in den legendären Grinzing Baracken; über einen längeren Zeitraum unterhielt Charlotte parallel dazu eine eigene kleine Wohnung, kurz war sie auch bei ihren Schwiegereltern in der Sebastian-Kneipp-Gasse in der Wiener Leopoldstadt gemeldet. Ab Februar 1924 wohnten Charlotte und Hanns Eisler in einer gemeinsamen Wohnung am Mozartplatz 2 (Ecke Neumannsgasse).

Politisches Engagement

Aber schon 1925 entschloss sich Hanns Eisler – auch aus wirtschaftlichen

Gründen – nach Berlin zu übersiedeln, Charlotte folgte (spätestens im September) 1927: „Es war so verabredet, dass ich dann, wenn er ein bisschen Fuß gefasst hat, nachkommen würde.“⁸ Ihr Berliner Intermezzo währte allerdings nicht lange, denn wahrscheinlich war sie schon zu Beginn des Aufenthalts schwanger: „Da kam eine Zeit in meinem Leben, wie es eben im Leben einer Frau ist, wo ich mir sagte: Jetzt will ich ein Kind haben. Es kam dann so weit, dass ich schon wusste, dass ich eins bekommen würde, und von der Mutter von Hanns, die inzwischen Witwe wurde, gebeten wurde, nach Wien zu kommen und dort das Kind zu bekommen.“⁹ Georg Franz, der Sohn von Charlotte und Hanns, wurde dort am 20. April 1928 geboren, und Charlotte blieb auch danach in der österreichischen Hauptstadt, weil sie vielerlei Betreuungspflichten übernehmen musste: Die „Sängerin, Pianistin, Musikologin und Kommunistin“ (genau in dieser Reihenfolge umriss ihr Sohn treffend das weite Betätigungsfeld seiner Mutter),¹⁰ übernahm die Pflege der nicht lange nach dem frühen Tod ihres Mannes an einem Herzleiden erkrankten Ida Maria Eisler (die bald darauf, ebenfalls noch relativ jung, starb),¹¹ und natürlich die fortwährende alleinige Obsorge über ihren und Hanns Eislers Sohn. Bis zum Tod der Schwiegermutter im Dezember 1929 lebte sogar noch der junge Friedrich Gerhart Friedländer, das 1917 geborene Kind von Elfriede Eisler (später Ruth Fischer) und Paul Friedländer, viele Jahre in diesem Haushalt.¹²

Zusätzlich engagierte sie sich noch im Rahmen der üblichen (ab 1933 auch der illegalen) Parteiarbeit sowie als vortragende Künstlerin in der Kommunistischen Partei Österreichs. Angeworben durch ihren Ex-Schwager Paul Friedländer war sie seit 1924 oder 1925 auch Mitglied der Partei.¹³ Dazu Georg Eisler: „Wie meine Mutter es dann überhaupt schaffte, mich zu erziehen, neben ihrer musikalischen Schwerarbeit, neben der, vor der Emigration, politischen Arbeit, die immer gefährlicher war, grenzt für mich, heute gesehen, ans Wunderbare.“¹⁴ Die ab 1928 erfolgte fortwährende räumliche Trennung des Ehepaars Charlotte und Hanns Eisler war wohl nur eine Ur-



Charlotte Demant, 1920er Jahre

sache für das Scheitern der Ehe, die schlussendlich am 14. Mai 1935 geschieden wurde.¹⁵ Nichtsdestoweniger blieb der Kontakt letztlich wegen des gemeinsamen Sohnes aufrecht, oft (leider) vorrangig aus finanziellen Gründen: So wird im Berliner Hanns Eisler-Archiv und im Wiener *Georg und Alice Eisler – Fonds für bildende Künstler und Komponisten* eine nicht geringe Anzahl an Briefen aufbewahrt, immer wieder auch offizieller Natur, also von Rechtsanwälten verfasst, in denen es um den Unterhalt von Charlotte und Georg geht. Lassen wir sie zu diesem schwierigen Thema neuerlich selbst zu Wort kommen: „Hanns hat dann in den späteren Jahren sehr schön verdient, aber er hat nichts tun können – und [sich auch nicht] um sein Kind und seine frühere Frau [kümmern wollen]. Hanns war in Geldangelegenheiten kein Musterbeispiel [...]“¹⁶ In den 1950er Jahren musste sogar die Partei, also die SED, eingeschaltet werden, damit endlich regelmäßige Zahlungen erfolgten.¹⁷

Als Sängerin setzte sich Charlotte Eisler jedoch zeitlebens für die Musik ihres (Ex-)Mannes ein. Die erhaltenen Unterlagen belegen Aufführungen der *Sechs Lieder für Gesang und Klavier*, op. 2, der *Zeitungsausschnitte*, op. 11, der *Wiegenlieder einer proletarischen Mutter* und nicht zuletzt von Ausschnitten aus dem *Hollywooder Liederbuch*. Aber es muss wesentlich mehr gewesen sein, denn im

Interview Charlottes mit Hans Bunge findet sich sogar der folgende Satz: „Dann habe ich zwanzig Jahre lang die Lieder, die sonst auch [Ernst] Busch gesungen hat, [...] vorgelesen.“¹⁸ Hanns Eisler jedenfalls war vom Können Charlottes offensichtlich lebenslang begeistert, so bezeichnete er sie noch viele Jahre nach ihrer Trennung als die „musikalischste Frau, die ich kenne“.¹⁹ Gerade durch ihre beeindruckenden Leistungen bei der Interpretation der damals neuesten Musik galt sie als Spezialistin für die Werke der Schönberg-Schule, neben Liedern von Hanns Eisler kamen auch solche von Arnold Schönberg und Anton Webern in den überlieferten Konzertprogrammen vor, im englischen Exil erarbeitete sich

zusätzlich das dortige Repertoire. Daher war es naheliegend, gerade sie Anfang Jänner 1947 für ein Hauskonzert der Universal-Edition zu engagieren, in dem sie Lieder der englischen Zeitgenossen Peter Warlock und Arthur Bliss vortrug.²⁰

Doch kehren wir zurück in die Stadt Wien und in die 1930er Jahre: Seit der Ausschaltung des österreichischen Parlaments im März 1933 durch das Dollfuß-Regime und des nur wenige Wochen danach erfolgten Verbots der KPÖ stellte Charlotte Eisler ihre politischen Aktivitäten für die nun illegale Partei keineswegs ein, ganz im Gegenteil: Ihre Wohnung war zeitweise Unterschlupf für ausländische KP-Funktionäre, und auch nach dem österreichischen Bürgerkrieg vom Februar 1934 half sie nach Kräften. Spätestens Mitte 1936 jedoch wurde die Situation untragbar, und Charlotte Eisler entschloss sich, zusammen mit ihrem Sohn nach Moskau zu emigrieren. Die offenbar vorab in Aussicht gestellte Möglichkeit, beim Staatlichen Musikverlag (MUSGIS) tätig zu sein, wird diese Entscheidung wohl ein wenig erleichtert haben, eine regelmäßige Verdienstmöglichkeit war somit in Reichweite. Involviert in diese Ausreise war selbstverständlich die Partei, also die KPÖ. Mit Hilfe mehrerer Empfehlungsschreiben von Seiten der österreichischen Partei gelang es Charlotte, schon sehr bald mit der Arbeit im Musikverlag zu begin-

nen.²¹ Dort wirkte sie beispielsweise an der Herausgabe des 1937 erschienenen Eisler-Busch-Liederheftes „Pesni bor’by germanskogo proletariata“ (Kampflieder des deutschen Proletariats) maßgeblich mit.²² Laut Erinnerung von Georg Eisler soll sie auch an der Herausgabe von Liedern von Sergej Prokofjew und, eher weniger wahrscheinlich, eine solche Ausgabe ist nämlich nicht nachweisbar, von Liedern von Gustav Mahler beteiligt gewesen sein.²³ Darüber hinaus war sie als Gesangslehrerin tätig.²⁴

Georg Eisler fasste seine Eindrücke über diese Exiljahre mit folgenden anschaulichen Worten zusammen: „Von der Moskauer Kindheit sollen nur einige Erinnerungsfragmente berichten: die Karl-Liebknecht-Schule und die vielen deutschsprachigen Emigrantenkinder, die niedrigen Holzhäuser, deren es damals noch sehr viele gab, die subterranean Paläste der noch ganz neuen Metro, nur durch sich rasch bewegende Rolltreppen zu erreichen, die beiden großen Spiegel am Eingang des Hotels Lux, in denen ich mich, ins Zahllose vervielfältigt immer kleiner werdend, beobachten konnte, das Eiscreme-Essen im klirrenden Frost. Dazu die extreme Polarität der Empfindungen: Ernst Busch, vor uns Schülern singend, der Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges, die Hochgefühle der politischen Veranstaltungen, der zunächst leise, undefinierbare Schrecken, als die Zahl der Lehrer auf geheimnisvolle Weise im Zug der großen Säuberung immer geringer wurde; wie auch aus dem Kreis der Erwachsenen immer mehr Freunde aus dem Gesichtskreis der Kinder verschwanden und man lernte, nicht zu viele Fragen zu stellen. Und vor den Grenzen des Sowjetstaates das Erstarken Hitlerdeutschlands, dessen letale Bedrohung uns allen gegenwärtig war.“²⁵

Exil in Großbritannien

Da Anfang 1938 die Aufenthaltserlaubnis wie für so viele Moskau-EmigrantInnen auch für Charlotte Eisler und ihren Sohn nicht verlängert wurde, hatte sie schon nach nicht einmal zwei Jahren die Rückkehr nach Wien anzutreten, die aber durch den bald darauf vollzogenen „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland zunichte gemacht wurde. In Prag gestrandet (und dort ihren Ex-Mann Hanns Eisler um wenige Wochen verpassend), suchte sie eine Ausreisemöglichkeit in ein weniger gefährdetes Land. Dies gelang jedoch erst kurz vor dem Einmarsch Hitlers in die Tschechoslowakei im März 1939, als Charlotte Eisler

mit Hilfe der Quäker mit ihrem Sohn nach England flüchten konnte, wo sie viele Jahre in Manchester lebte. Dort war es ihr endlich wieder möglich, sich ganz ihrer praktisch-musikalischen Tätigkeit als Sängerin zu widmen, sie gab Liederabende in ganz England, selbstverständlich auch mit Werken der Schönberg-Schule. Als vorzügliche Pianistin war es ihre besondere Spezialität, sich während der Gesangsvorträge sogar selbst zu begleiten. Darüber hinaus spielte sie Kammermusik, u.a. mit dem ebenfalls in die Emigration gezwungenen Cellisten Friedrich Buxbaum, einem ehemaligen Mitglied der Wiener Philharmoniker und Professor am Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde bzw. an der Musikakademie in Wien. Außerdem leitete sie einen Frauenchor und wirkte vier Jahre „als Gesangslehrerin an der weltbekannten Y.W.C.A.“²⁶ Es handelt sich bei dieser Abkürzung um die *Young Women's Christian Association*, die im Rahmen ihrer Ausbildungsprogramme für benachteiligte Frauen auch musikalische Lehrangebote bereithielt. Diese Nähe der Kommunistin Charlotte Eisler zu einer ursprünglich religiösen Organisation überrascht nur auf den ersten Blick, denn sicher war diese Arbeit weniger einer ideologischen Überzeugung (wobei ihr der Einsatz der Y.W.C.A. für Frauenrechte und Frauenbildung sicher nicht missfallen hat) als der Notwendigkeit Geld zu verdienen, und natürlich auch der Möglichkeit, sich endlich wieder musikalisch zu betätigen, geschuldet.

Nahezu allein auf weiter Flur würdigte der Musikwissenschaftler Georg Knepler nach dem Krieg Charlotte Eislers künstlerische Leistungen im englischen Exil. In einem Beitrag für die *Österreichische Volksstimme* mit dem Titel „Österreichische Musiker in London“ bezeichnete er sie als eine der bedeutendsten in der dortigen *Anglo-Austrian Music Society* tätigen MusikerInnen: „[...] Karl Rankl gehört zu den Dirigenten, die man am häufigsten hört, und von den österreichischen Sängern sind es vor allem Marianne Mislap-Kapper, Charlotte Eisler und Ernst Urbach, die sich einen Namen als Liedersänger gemacht haben.“²⁷

Rückkehr nach Wien

In diesen Jahren begann sich Charlottes Sohn Georg intensiv mit bildender Kunst zu beschäftigen, um dann ein Kunststudium an der Stockport School of Art und an der Manchester Academy zu beginnen. Wenig später sollte er mit Oskar Kokoschka einen frühen Lehrer

und Förderer finden. Georgs Vater Hanns war von diesen Plänen erwiesenermaßen wenig bis gar nicht angetan, und so ist es jedenfalls von Seiten der Eltern allein der Mutter Charlotte zu verdanken, dass Georg Eisler heute als eine bedeutende Persönlichkeit auf dem Gebiet der Malerei des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden kann. Sie unterstützte (und finanzierte) seine Entwicklung auch nach beider Rückkehr nach Wien im Jahre 1946, wo Georg mehrere Jahre bei Herbert Boeckl an der Akademie der bildenden Künste studierte und danach Schritt für Schritt die Karriereleiter emporstieg. Charlotte Eisler selbst versuchte gleichfalls, in dieser Stadt künstlerisch tätig zu sein, wieder Anschluss an das musikalische Establishment zu finden; das gelang ihr jedoch unter anderem wegen ihrer politischen Überzeugung nur in sehr beschränktem Maße. So gab sie Liederabende, u.a. in der RAVAG, im Wiener Musikverein oder im Wiener Konzerthaus (hier auch in Zusammenarbeit mit der österreichischen Sektion der IG-NM), und auch beim Hanns Eisler gewidmeten Hauskonzert der Universal-Edition trat sie als Interpretin seiner Lieder auf.²⁸ Nachgewiesen ist darüber hinaus ihre Tätigkeit als Leiterin von Wiener Arbeiterchören, etwa eines Arbeiterchors in Floridsdorf (21. Bezirk),²⁹ aber auch an einen „Jugend-Fabrikschor bei Siemens-Schuckert und dann [an] noch einen“ konnte sie sich im Gespräch mit Hans Bunge erinnern.³⁰ Zudem muss ihre Aufnahmetätigkeit für den österreichischen Rundfunk einigermaßen umfangreich gewesen sein, was nicht nur durch die folgende bittere Bemerkung des Sohnes Georg dokumentiert ist: „Als dann in den Fünfzigerjahren alle die vielen Tonbänder [mit Gesangsaufnahmen von Charlotte Eisler] in der RAVAG gelöscht wurden, aus dem großen Archiv nichts zu retten war, musste ich dies als späten politischen Racheakt ansehen. Diesem letzten Anschlag war sie nicht entronnen.“³¹

An akustischem Material existiert von der Künstlerin Charlotte Eisler nichts mehr, bis auf eine hin und wieder erwähnte, anscheinend aber bislang verschollene Schallplatte mit Debussy-Liedern³² und einige eventuell doch noch im privaten Bereich aufgehobene Kopien



Georg Eisler und Charlotte Eisler in Wien (1946)

von BBC-Tonaufnahmen.³³ Ihre nachweisbaren Auftritte als Sängerin zeigen, wie groß ihr Repertoire auch abseits des Liedschaffens der Wiener Schule und insbesondere der Musik Hanns Eislers war. Dass ihre Karriere als Sängerin und Gesangspädagogin jedoch nicht in der Form fortzuführen war, wie sie sich das wohl gewünscht hätte, lag zum einen an eigenen gesundheitlichen Problemen, die sich im Laufe der Jahre immer mehr häuften, aber auch an einem tragischen Todesfall: Ihr ständiger Klavierbegleiter in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, der Dirigent und Pianist Herbert Häfner (1905–1952), ein Zemlinsky-Schüler und in diesen Nachkriegsjahren einer der wenigen Interpreten, die sich in Wien und Österreich (und über Österreich hinaus) für die Avantgarde stark machten, verstarb völlig überraschend am 28. Juni 1952 in Salzburg während seines Dirigats eines Orchesterkonzertes im Rahmen der dort veranstalteten „Weltmusiktage der ISCM/IGNM“.³⁴ Und nicht zuletzt waren wohl auch politische Umstände für Charlotte Eislers zunehmende Schwierigkeiten verantwortlich, denn nach dem Abschluss des österreichischen Staatsvertrags und aufgrund der eindeutigen Westorientierung der Republik wurden die Möglichkeiten für sich dezidiert als „links“ einordnende KünstlerInnen bekanntlich immer weniger. Nach etwa der Mitte der 1950er Jahre lassen sich auch keine praktischen musikalischen Aktivitäten von Charlotte mehr nachweisen.

Politisch motivierte Ausgrenzung

Eine ganz konkrete politisch motivierte Ausgrenzung der Künstlerin, die nach ihrer Tätigkeit als Sängerin ab 1957 nur noch wenige Jahre als verantwortliche Redakteurin der Musiksektion der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* arbeiten konnte,³⁵ zeigt sich an folgendem Umstand: Nach ihrer Rückkehr aus



Charlotte Eisler, 1950er Jahre

dem englischen Exil bewarb sie sich um eine Lehrstelle für Gesang am damaligen Konservatorium der Stadt Wien, wurde aber entgegen ihrer Befähigung nur an einer der ans Konservatorium angeschlossenen Musikschulen eingesetzt: „[1946] sind wir heimgekehrt. Dann habe ich wieder meine Angelegenheiten in meine Hände genommen. Ich bin ins Konservatorium gegangen und habe gesagt: ‚Ich bin Sängerin und bitte um einen Posten als Lehrerin.‘ Wir hatten da einen sehr anständigen und wunderbaren Musiker als Direktor. Der fragte: ‚Sind Sie bereit, uns eine *audition* zu geben – d.h. uns vorzusingen usw.?’ Ich war einverstanden, habe in drei Sprachen gesungen, mich selbst begleitet und eine Probelektion gegeben. Dann bin ich herausgegangen; der Direktor hat mich wieder hereingerufen, mir die Hand geküsst und gesagt: ‚Sie haben weit übers Ziel geschossen!‘ – Also habe ich den Posten als Lehrerin bekommen, aber mit einem Gehalt...! Das wird nach Stunden bezahlt, zuerst muss man die Stunden sammeln – also es war ein sehr schweres Leben.“³⁶ Direktor und damit für die Einstellung von Charlotte Eisler verantwortlich war damals der Innsbrucker Musikwissenschaftler Wilhelm Fischer, der während der NS-Zeit wegen seiner jüdischen Herkunft als Zwangsarbeiter in einer Wiener Metallfabrik arbeiten musste. Doch auch er konnte Charlotte Eisler keine Professur am Konservatorium verschaffen, sondern lediglich eine Stelle als Gesangslehrerin an der in einem weit entfernten Außenbezirk Wiens gelegenen Musikschule Kagran, also an einer Ausbildungsstätte, die erst auf die Hochschulreife vorbereitete. Eine Übernahme

an das Haupthaus, also an das eigentliche Konservatorium, die für sehr gute und renommierte Lehrende eigentlich die Regel war, fand jedoch nicht statt – man wollte Charlotte offenbar nicht im Zentrum haben.

Spätestens 1953 hatte sich ihre gesundheitliche Situation dann so weit verschlechtert, dass sie nicht mehr regelmäßig Gesangsunterricht geben konnte und somit praktisch „arbeitsunfähig“ geworden war.³⁷ Aus dem selben Jahr 1953 datiert die erste schriftlich niedergelegte Anerkennung einer Unterhaltspflicht gegenüber Charlotte Eisler durch Hanns Eisler.³⁸ Allerdings sollte deren mangelnde bzw. immer wieder in Frage gestellte praktische Umsetzung auch danach noch Anlass zu bitteren Briefwechseln Anlass geben, die auf Charlotte Eisler zermürbend gewirkt haben müssen. Hatte sie doch über all die Jahre erstaunliche Geduld bewiesen, weil sie nicht wollte, „dass der Name des revolutionären Komponisten Hanns Eisler“, dessen künstlerische Qualitäten sie nach wie vor „außerordentlich schätz[t]e“ (wie sie selbst auf dem Höhepunkt der brieflichen Auseinandersetzung betonte) im Zusammenhang mit ihrer eigenen Notlage „in der Öffentlichkeit angeprangert werde“.³⁹

Charlotte Eisler starb völlig vergessen am 21. August 1970 in Wien an einer Krebserkrankung.⁴⁰ In keinem damaligen Medium fand sich ein Nachruf auf die Künstlerin, nicht einmal in der *Volksstimme*, der Zeitung der KPÖ. Ihr umfassendes Wissen, ihre hervorragenden musikalischen Kenntnisse sowie ihre Erfahrungen als Zeitzeugin konnte sie leider nie adäquat weitergeben. Die Musikmachthaber Wiens und Österreichs hatten daran offensichtlich kein Interesse.

Anmerkungen:

- 1/ Der Beitrag wurde auch in den *Eisler-Mitteilungen* veröffentlicht (27. Jg., Nr. 69, April 2020, S. 4–10). Dort ist auch eine Liste mit Konzerten der Sängerin, Pianistin und Chorleiterin Charlotte Eisler abgedruckt (S. 11–13).
- 2/ Akademie der Künste (AdK), Berlin, Hanns-Eisler-Archiv (HEA) 10850, Gespräch von Hans Bunge mit Lotte Eisler über Hanns Eisler, 28.3.1964.
- 3/ *Czernowitzer Tagblatt*, 6.7.1911, S. 4.
- 4/ AdK, HEA 10850.
- 5/ Exemplarisch Jürgen Schebera: Hanns Eisler. Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten. Mainz 1998, S. 26.
- 6/ AdK, HEA 7669, Georg Eisler an Eckhard John, 15.5.1991.
- 7/ AdK, HEA 10850.

8/ Ebd.

9/ Ebd.

10/ Georg Eisler: Skizzen. Schriften und Zeichnungen. Wien 1990, S. 2.

11/ Schebera: Hanns Eisler, S. 51.

12/ Siehe dazu die (unveröffentlichten) Memoiren von Friedrich Gerhart Friedländer (später Fredrick Gerard Friedlander): www.bodhgayanevents.net/pdf/FGF_autobiography.pdf [24.3.2020].

13/ RGASPI 495/187/2030/1–2, Charlotte Eisler an die Vertretung der KPÖ in der KI, 23.7.1936; ZPA der KPÖ, Fragebogen, o.D. [1946].

14/ Georg Eisler: Skizzen, S. 2.

15/ AdK, HEA 3150, Scheidungsurkunde.

16/ AdK, HEA 10850.

17/ AdK, HEA, Teilnachlass Alice Eisler, Charlotte Eisler an Walter Ulbricht, o.D. [Jänner 1951]; HEA 11032, Ministerium für Kultur, Erich Wendt, an Charlotte Eisler, 6.4.1960.

18/ AdK, HEA 10850.

19/ Ebd.

20/ *Österreichische Zeitung*, 11.1.1947, S. 5.

21/ RGASPI 495/187/2030/5, Staatlicher Musikverlag MUSGIS an die Vertretung der KPÖ in der Kommunistischen Internationale, 26.8.1936.

22/ AdK, HEA 3379, Wera Belokrinizkaja an die Deutsche Akademie der Künste, 21.11.1967.

23/ AdK, HEA 7669.

24/ AdK, HEA 10850.

25/ Georg Eisler: Skizzen, S. 31.

26/ *Österreichische Volksstimme*, 12.2.1947, S. 5.

27/ *Österreichische Volksstimme*, 25.1.1946, S. 2.

28/ Thomas Gayda: Zur Auseinandersetzung um Organisation und Ästhetik der zeitgenössischen österreichischen Musik im Konzertleben Wiens in den Jahren nach 1945. Wien 1988, S. 173.

29/ Vgl. Österreichische Nationalbibliothek, Musiksammlung, F14 Füssl 114, „Ho-Ruck nach links“, September 1949.

30/ AdK, HEA 10850.

31/ Georg Eisler: Skizzen, S. 2–4.

32/ Franz Lechleitner: Tonaufnahmen von Angehörigen der Wiener Schule, in: Markus Grassl/Reinhard Kapp (Hg.): Die Lehre von der musikalischen Aufführung in der Wiener Schule. Wien 2002, S. 735.

33/ *Österreichische Volksstimme*, 12.2.1947, S. 5.

34/ Helmut A. Fiechtner: Herbert Häfner, in: *Österreichische Musikzeitschrift*, Nr. 9/1952, S. 2.

35/ Vgl. Manfred Mugrauer: Schostakowitsch in Wien, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 13. Jg. (2006), Nr. 4, S. 1–14, hier S. 3.

36/ AdK, HEA 10850.

37/ AdK, HEA 6328, Charlotte Eisler an Hanns Eisler, 13.3.1953.

38/ AdK, HEA, Teilnachlass Alice Eisler, Unterhaltsvereinbarung zwischen Hanns Eisler und Charlotte Eisler, 15.10.1953.

39/ AdK, HEA, Teilnachlass Alice Eisler, Charlotte Eisler an das Sekretariat des ZK der SED, z.H. Walter Ulbricht, Jänner 1951.

40/ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Verlassenschaft Charlotte Eisler, Zl. 2A 701/70.

„Kirschensaft und Arbeiterblut“

Der Grazer „Kirschenrummel“ am 7. Juni 1920

HEIMO HALBRAINER

Um vom Schweizer Hilfsausschuss Hilfe für die Grazer Kinder und Jugendlichen zu bekommen, verfasste der sozialdemokratische Grazer Gemeinderat Engelbert Rückl im Auftrag der Stadtregierung Anfang des Jahres 1920 einen Bericht über „Lebensnot, Wohnungselend und Hilfsbedürftigkeit in Graz“. Die Situation, die er schilderte, war eine des Mangels, der Not und der Verzweiflung. Zwar gab es – um den Engpässen bei der Versorgung mit Lebensmitteln zu zum Teil überhöhten Preisen überhaupt begegnen zu können – eine Bewirtschaftung mit Bezugskarten. Doch die Realität sah anders aus: „Auf die Mehlkarte, nach der wöchentlich 1/2 Kilogramm weißes Mehl ausgegeben werden soll, wird in Graz 1/8 Kilogramm weißes, 1/8 Kilogramm Maismehl ausgegeben, Brot wöchentlich 1 1/5 Kilogramm (derzeit meist aus Maismehl und Ersatzmitteln gebacken). [...] Fett wird in Graz 12 Dekagramm wöchentlich ausgegeben. Margarine fehlt vollständig. Die Zuckerkarte lautet auf 3/4 Kilogramm im Monate. Die Trennstücke für Jänner konnten Ende Februar noch nicht eingelöst werden. Kartoffel sind gar nicht oder nur im Schleichhandel erhältlich. Fleisch wird im Ausmaße von 15 Dekagramm wöchentlich ausgegeben. Jede dritte Woche ist fleischlos. Frische Milch kommt nur an Kinder bis zum zweiten Lebensjahre und an Schwerkranke zur Austeilung. Kinder bis zum dritten Lebensjahre und Kranke können Kondensmilch um einen ermäßigten Preis einkaufen. Alle übrigen Personen, selbst Greise, erhalten keine Milchkarten. Von 66.000 Litern in der Vorkriegszeit ist die Milchzufuhr nach Graz auf 3500 Liter im Tage gesunken.“ Und weiter hieß es im Bericht: „Zu der Lebensmittelnot kommt die Not an Wäsche, Kleidern und Schuhen. Viele Frauen in den Stadtvierteln an der Stadtgrenze gingen schon im Februar barfuß, Knaben besuchten im Dezember 1919 und im Jänner 1920 vielfach ohne Strümpfe mit blaugefrorenen Beinen und nur mit einer dünnen Kniehose und einer Bluse bekleidet, einzelne sogar barfuß, die Schule. Viele Mädchen und Knaben tragen unter der Kleidung keine Wäsche. [...] Einzelfälle wurden von Schulleitern festge-

stellt, wo die Kinder mangels jeglicher Bekleidung das Bett hüten mussten oder nur abwechselnd die Gasse betreten konnten, da für mehrere Kinder nur ein Kleidungsstück vorhanden war.“¹ Von den 17.000 in diesen Monaten untersuchten Kindern waren nur 6,4 Prozent nicht unterernährt. 93,6 Prozent waren unterernährt, wovon allein zwei Drittel besonders unterernährt bzw. spitalsbedürftig waren.

Dieser Bericht zur Not in Graz um den Jahreswechsel von 1919 auf 1920 zeigt, dass sich die Lage für die Bevölkerung im zweiten Nachkriegswinter nicht gebessert, sondern vielmehr verschlechtert hat. Und immer mehr traf es nun – neben den unteren Schichten – auch kleinbürgerliche Familien und Mittelschichten. Überall in Österreich gäerte es. Im Anschluss an Demonstrationen gegen Lebensmittelknappheit und Preiserhöhungen kam es daher vermehrt zu Plünderungen von Geschäften und immer öfter endeten diese Demonstrationen nun auch blutig. So wurden in Leoben bei einer Hungerdemonstration am 10. Februar 1920 drei Demonstranten erschossen, was die *Rote Fahne* dazu veranlasste, ihren Bericht mit „Blaue Bohnen statt Brot“ zu betiteln.² In Graz wäre es im Zuge einer Hungerdemonstration gegen die Fleischknappheit am 26. März 1920 fast zu einem „Grazer Fenstersturz“ gekommen, als Teile der über 2.000 Arbeiter der Weitzer Waggonfabrik, der Puch- und Styria-Fahrradwerke in das Landhaus eindringen und den christlichsozialen Landeshauptmannstellvertreter Jakob Ahrer und den sozialdemokratischen Landesrat Reinhard Machold tätlich angriffen und drohten, sie aus dem Fenster zu werfen.³ Die folgenschwerste Auseinandersetzung in diesem Jahr war allerdings der Grazer „Kirschenrummel“ am 7. Juni 1920, bei dem sich die Erregung über Wucherpreise für Lebensmittel – in diesem Fall für Kirschen – blutig entlud.⁴

Demonstrationen und Tumulte

Bereits am Samstag, den 5. Juni 1920, war es am Grazer Kaiser-Josef-Markt zu kleineren von Unmut getragenen verbalen Attacken über die hohen Preisen für Kirschen – sie kosteten 15 Kronen pro Kilo – gekommen, wo doch gleichzeitig

die Bäume sich vor Früchten bogen. Kirschen waren angesichts des Zuckermangels und einer Preiserhöhung für Marmelade zu begehrten Früchten geworden. Einige Frauen kündigten daher – sollte der Preis am Montag weiterhin so hoch sein – Demonstrationen bzw. Kaufboykotte an, zumal sie bereits zuvor ergebnislos eine Petition zwecks Einschreitens gegen die hohen Preise für Kirschen und Gemüse an den Grazer Gemeinderat und an die Steiermärkische Landesregierung gerichtet hatten.⁶

Als am Montag die Preise zwar auf 10 bis 11 Kronen gesenkt wurden – dies aber nach Ansicht der Frauen immer noch zu hoch war –, kam es am Kaiser-Josef-Platz erneut zu Unmutsäußerungen, die sich mit ersten Gerüchten über billige Kirschen mischten. Als die Frauen den Stand stürmten, wo angeblich um 3 Kronen Kirschen verkauft werden, begann die Situation am Markt kritisch zu werden. Weder Marktwache noch Polizei konnten sich in dem Gedränge durchsetzen, sodass die Standler derart bedrängt einsehen mussten, „dass das Halten der hohen geforderten Preise zu Gewalttaten unter den aufgeregten Demonstranten führen könne“⁷ und sie deshalb die Preise rasch senkten.

Durch diesen Erfolg ermutigt, verlagerte sich die Demonstration bald auch auf die anderen Märkte der Stadt. Überall kam es im Laufe des Vormittags zu Demonstrationen, wobei laut Zeitungsberichten, sich zunehmend auch andere Personengruppen neben den Hausfrauen an den Protestaktionen beteiligten. Den Händlern wurden nun, wenn sie nicht die Waren zu dem geforderten Preis verkauften, die Stände zusammengeschlagen und bei „den größeren Gemüseständen kam es zu förmlichen Bombardements. Hunderte von Salatköpfen flogen durcheinander und bedeckten den Boden. Unter dem Eindruck der Massenkundgebung verkaufte man dann Kirschen um 3 und 4 Kronen, Salat um 2 und 3 Kronen, Kohlrüben um 4 bis 5 Kronen. Zu diesen Preisen fanden die Waren reißenden Absatz“, wie die *Tagespost* noch in der Abendausgabe des 7. Juni berichtete.⁸

Die Demonstrantinnen zogen alsbald in die Innenstadt, wo sich Arbeiter, Stu-

denten, Gymnasiasten, Offiziere und Demobilisierte den Frauen anschlossen und in den Gassen und auf den Plätzen fanden sich Redner und Rednerinnen, die sowohl für als auch gegen den „freien Handel“ eintraten und die gegen die angebliche „Sozi- und Judenregierung“ schimpften. Immer wieder entstanden dabei Tumulte, die Straßenbahnen wurden angehalten, Fahrgäste herausgeholt, beschimpft und zum Teil verprügelt, bis letztlich der Straßenbahn-Verkehr eingestellt werden musste.

Am Nachmittag verlagerten sich die Kundgebungen – die nun, nicht nur von Deutschnationalen, immer stärker antisemitisch aufgeladen wurden – in die Murvorstadt, vor allem in die Annenstraße, wo Geschäfte von Jüdinnen und Juden und angebliche Schleichhändlerlager geplündert sowie die Einrichtung des Annenhofkinos zertrümmert wurde. Zudem wurden Gendarmen angegriffen, „bespuckt, geschlagen und mit Fußstritten traktiert“⁹ Dabei kam es zu den ersten Verhaftungen, die wiederum neue Protestaktionen hervorriefen. Die *Kleine Zeitung* berichtete: „Die Verhaftung eines jungen Mannes, der sich äußerst renitent benahm, hatte die Demonstranten besonders aufgepeitscht. Da sie die Vornahme der Amtshandlung nicht vereiteln konnten, begannen sie einen ohrenbetäubenden Lärm und begleiteten die Eskorte in das Amtshaus, wo weitergeschrien und gepfiffen wurde.“¹⁰

Die Situation spitzte sich im Laufe des späteren Nachmittags zu: Denn als die Wachebeamten nicht mehr Herren der Lage waren, zog eine 150 Mann starke Gendarmerie-Abteilung und eine Abteilung des Grazer Alpenjägerregiments an den neuralgischen Punkten der Stadt mit Maschinengewehren auf. Zudem begannen sie die Straßen und Plätze vom Jakominiplatz stadteinwärts zu räumen. Am Murplatz, dem heutigen Südtirolerplatz, standen ihnen schließlich einige hundert – die amtlichen Berichte sprachen von einigen tausend – DemonstrantInnen gegenüber. In dieser angespannten Situation – es waren schon mehrfach Steine seitens der DemonstrantInnen auf die Gendarmen und Alpenjäger geworfen worden – eskalierte die Lage. Die *Kleine Zeitung* wusste am nächsten Morgen zu berichten, dass um 19 Uhr ein Schuss „aus der Richtung ‚Hotel Elefant‘ kam – der Schuss des Unbekannten, wie er bei allen blutigen Demonstrationen vorkommt“.¹¹ Wie sich später herausstellen sollte, gab es diesen Schuss seitens der DemonstrantInnen aber gar nicht, sondern „nur“ Steinwürfe.

In einer Telefondepesche des Landesgendarmeeriekommandos Graz an das Staatsamt für Inneres hieß es daher auch: „Mit Rücksicht auf die Steinwürfe [...] und auf das Vordrängen der Menge kam es zum Waffengebrauch, wobei eine Salve und einige Schüsse aus dem Maschinengewehren abgegeben wurden. Bis heute früh zählt man 7 Tote und 12 Schwerverletzte. Der Eindruck des Waffengebrauches war der, dass die Menge auf ca. 80 Schritte zurückwich und ihr die Gendarmerie etwas nach-

folgte. Gleich darauf aber prellte die Menge von hinten vor und nahm wieder Stellung gegen die Gendarmerie. Nachdem der Kommandant fürchten musste, dass er die zwei Kailinien nicht werde halten können, hat er sich bis auf die Murbrücke zurückgezogen und diese gehalten. Die ihm gegenüberstehende Menge war ca. 4.000 Menschen stark; dort standen sie sich bis gegen 1/2 12 Uhr nachts gegenüber, zu welcher Zeit über Verfügung des Landeshauptmanns bewaffnete Arbeiterabteilungen (80 bis 100 Mann) die Gendarmerie ablösten. Hierauf trat Ruhe ein, die im Laufe der Nacht nicht mehr gestört wurde. Gegen 12 Uhr nachts war eine Deputation von 5 Mann (darunter auch der Kommunist Possinger) beim Polizeidirektor und verlangte die sofortige Freilassung der anlässlich der Demonstration verhafteten Personen, welchem Verlangen Folge gegeben wurde.“¹²

Schuldzuweisungen

Die Zahl der Toten sollte sich im Verlaufe der folgenden Tage noch auf 15 erhöhen. Noch bevor am 10. Juni die ersten zwölf Todesopfer unter der Anteilnahme von über 40.000 Menschen und den Rufen „Nieder mit den Mördern“ am Grazer Zentralfriedhof beerdigt wurden,¹³ versuchten die politischen Parteien die Schuldigen für die Ereignisse des 7. Juni namhaft zu machen. Während der christlichsoziale Landeshauptmann Anton Rintelen bereits anlässlich der am 8. Juni einberufenen Sitzung des Landtages von „unverantwortlichen Elementen“ sprach, die „die traurige Notlage der Bevölkerung und deren Erregung für ihre verwerflichen Zwecke missbrauchend, andere Personen vorgeschoben, die zum Teil in Unkenntnis der Konsequenzen sich zu strafbaren Handlungen verleiten



Illustration in der „Kleinen Zeitung“ am 6. Juni 1920, am Tag vor dem „Grazer Kirschenrummel“.

ließen“,¹⁴ und sich hinter den Gendarmerieoberinspektor Arnold Lichem stellte, tat sich die Sozialdemokratie mit der Einordnung der Ereignisse schwerer. Fest stand für sie, dass die hohen Marktpreise zu Erregungen der Grazer Bevölkerung führen mussten. An die Spitze habe sich „eine obskure Galizianerin“ gestellt, die Gräfin Petronella Zedtwitz, da sie das „Bedürfnis fühlte, Volksführerin zu spielen, wozu sie keine andere Fähigkeit besitzt als die Demagogie. [...] Als dann der von der eitlen, krächzenden Galizianerin entfachte Brand sich durch die Straßen wälzte, erschienen alle jene, denen die Ordnung zuwider ist, weil sie aus dem Wirrwarr für ihre Pläne Nutzen zu schöpfen hoffen – das sind Monarchisten und Plünderer – und sie entfachen immer wieder durch demagogische Rufe, durch kurze Hetzreden, durch Ausstreuerung der schamlosesten, aufreizendsten Gerüchte den Brand der Leidenschaften, bis ihn ihr Gendarmeriekommandant im Blut erstickte. Der Plan dieser gewissenlosen Bande ist es, Wirrwarr in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen, denn sie wissen, dass sie dann ihren dunklen Bestrebungen näherkommen, und so arbeiten sie, ohne voneinander zu wissen, mit denselben Mitteln, aber grundverschiedenen Zielen dienend, gemeinsam für das große Blutbad: Monarchisten und Kommunisten, Nationalisten und Plünderer, k. und k. Heimkehrer mit Offizierskappen und Antisemiten, die bei jedem jüdenfeindlichen Ruf gleich die Schnüre ihrer Rucksäcke lockerten.“¹⁵

Da sich herausstellte, dass die DemonstrantInnen – entgegen erster Behauptungen – nie auf die Gendarmerie und das Militär geschossen hatten –, kritisierten die sozialdemokratischen Abgeordneten Hans Muchitsch und Friedrich Adler in

der Nationalversammlung des Parlaments am 8. Juni 1920 ihren Parteigenossen, den Staatssekretär für Inneres, Mathias Eldersch, der sich vor die Grazer Gendarmen stellte und die Annahme zurückwies, dass „die Gendarmerie ohne Not, ohne Überlegung, ohne zwingende Gründe von der Waffe Gebrauch gemacht hätte“.¹⁶ Otto Bauer attackierte Eldersch in der Nationalversammlung, da dieser nicht willens war, „dass jene Funktionäre, die mittelbar oder unmittelbar für den gestrigen Waffengebrauch verantwortlich sind, vorläufig vom Dienste suspendiert“ wurden.¹⁷ Die Kommunistische Partei warf der Sozialdemokratischen Partei aufgrund ihrer Teilnahme an der Koalitionsregierung Mitschuld für das Grazer Blutbad vor: Denn ein „Sozialist, der in eine Bourgeoisregierung eintritt, geht zum Feind über oder er gibt sich in die Gewalt des Feindes, wobei es gleichgültig ist, ob das Motiv seiner Handlungsweise Verrat aus Absicht, Schwäche oder Unkenntnis ist.“¹⁸

Am 10. Juni legten die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung sowie der Grazer Stadtregierung auf Grund der blutigen Ereignisse ihre Mandate nieder. Gleichzeitig trat der sozialdemokratische Parteiobermann Hans Resel aus dem Wehr- und Sicherheitsausschuss der Steiermärkischen Landesregierung aus, da Landeshauptmann Anton Rintelen ohne diesen Ausschuss zu befragen, die Gendarmerie in den Straßen von Graz eingesetzt hatte.¹⁹ Folgen hatte diese späte Geste jedoch keine – niemand wurde suspendiert, denn Landeshauptmann Rintelen stellte sich hinter seinen Gendarmeriekommandanten Arnold Lichem.

Für Rintelen sollten die Grazer Ereignisse ein Nachspiel haben. Als der christlichsoziale Pfarrbauernrat von St. Lorenzen im Mürtal am 8. Mai 1921 eine Versammlung mit dem steirischen Landeshauptmann und dem Landrat Dechant Karl Prisching einberufen hatte, nahmen das die Bergarbeiter aus dem Braunkohlenbergbau Parschlug zum Anlass, dem ihnen verhassten Landeshauptmann eine Lektion zu erteilen. Als Gäste der Versammlung sprengten sie diese, wählten ein Präsidium mit dem kommunistischen Bergarbeiter Adam Plank als Vorsitzenden und fragten daraufhin die Versammlung, ob Rintelen und Prisching sprechen dürfen. Als dies mit großer Mehrheit abgelehnt worden war, bezeichnete ein Bergarbeiter in seinem Diskussionsbeitrag Rintelen als jenen Mann, „der am 7. Juni 1920 in Graz das Blutbad angezettelt hat. Der Mann ist schuld, dass



Holzchnitt von Axl Leskoschek (1955) über den „Grazer Kirschenrummel“.

unschuldige Opfer gefallen sind, er ist ein Massenmörder, ein Bluthund, ein Räuberhauptmann, er ist schuld, dass damals fünfzehn bis zwanzig Menschen unschuldig erschossen wurden, weil er den Auftrag zum Feuern gegeben hat. Das ist heute zu sühnen.“²⁰ Rintelen und Prisching wurden daraufhin misshandelt und aus dem Hochparterre des Versammlungslokales geworfen. Auf der Straße wurden sie weiter geschlagen, ehe ihnen mit Hilfe sozialdemokratischer Vertrauensmänner die Flucht gelang.²¹

Während der Verantwortliche der Grazer Ereignisse, Gendarmeriekommandant Arnold Lichem, weder suspendiert noch strafrechtlich verfolgt wurde, musste sich die von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Medien in seltener Übereinstimmung für die Eskalation am 7. Juni verantwortlich gemachte Petronella Zedtwitz im Dezember 1920 vor Gericht verantworten, wo sie wegen Volksaufwiegelung zu sechs Wochen Kerker verurteilt wurde. Gegen dieses Urteil legte sie Berufung ein und wurde schließlich im Februar 1921 freigesprochen.²² Ein mildes Urteil erhielt auch der damals knapp 19-jährige Karl Drews, der später als Schauspieler und Regisseur erfolgreich war und führend im kommunistischen Widerstand aktiv wurde.²³ Wegen des Verbrechens des Aufruhrs, der gewaltsamen Handanlegung an eine Amtsperson, des Vergehens des Auflaufes und der Beleidigung einer Amtsperson angeklagt, wurde er am 3. Dezember 1920 schließlich nur wegen des Vergehens des Auflaufes und der Wachebeleidigung zu einer Strafzahlung von 500 Kronen verurteilt.²⁴

Anmerkungen:

1/ Engelbert Rückl: Lebensnot, Wohnungselend und Hilfsbedürftigkeit in Graz. Graz o.J. [1920]. Rückl verfasste diesen Bericht im Namen des Grazer Gemeinderats für den Schweizer Hilfsausschuss.

2/ *Rote Fahne*, 11.2.1920. Siehe dazu auch: Die Schießerei in Donawitz, in: *Rote Fahne*, 13.2.1920; Das Leobner Blutbad, in: *Rote Fahne*, 15.2.1920. In den Berichten im *Arbeiterwille* (11. und 13.2.1920) wird den Donawitzer Kommunisten die Schuld für den Tod der Demonstranten gegeben.

3/ Arbeiterdemonstrationen, in: *Arbeiterwille*, 28.3.1920; Jakob Ahrer: *Erlebte Zeitgeschichte*. Wien, Leipzig 1930, S. 53f.

4/ Die Ereignisse werden anhand der Zeitungsberichte rekonstruiert: *Arbeiterwille*, 7.–16.6.1920, *Kleine Zeitung*, 7.–10.6.1920; *Neues Grazer Tagblatt*, 7.–12.6.1920, *Grazer Volksblatt*, 7.–12.6.1920; *Der freie Republikaner*, 12.6., 19.6. und 26.6.1920; *Rote Fahne*, 12.6.1920. Akten zu den Vorfällen existieren nur im Zusammenhang mit der Untersuchung der Schießerei am Abend des 7.6.1920. Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Präsidium (Präs.), E 91/1582/8–1920. Petra Berger: *Frauen in Hunger- und Brotkrawallen am Beispiel des Grazer „Kirschenrummel’s“*. Diplomarbeit Universität Graz 1994; Brigitte Dorfen: „Kirschenrummel“ – Hungerrevolte von Frauen am 7. Juni 1920, in: Bettina Behr/Ilse Wieser (Hg.): *WOMENT! Eine Würdigung der Grazer Frauengeschichte. Dokumentation und Lesebuch*. Innsbruck, Wien, Bozen 2004, S. 166–169.

5/ Ausschreitungen auf den Grazer Marktplätzen, in: *Neues Grazer Tagblatt*, *Abendblatt*, 7.6.1920.

6/ Kirschensaft und Bürgerblut!, in: *Der freie Republikaner*, 12.6.1920.

7/ Stürmische Szenen auf den Marktplätzen, in:

Grazer Volksblatt, Abendblatt, 7.6.1920.

8/ Frauendemonstrationen auf den Marktplätzen, in: *Tagespost*, Abendausgabe, 7.6.1920.

9/ Ein Schreckenstag in Graz, in: *Kleine Zeitung*, 9.6.1920.

10/ Stürmische Szenen auf den Marktplätzen, in: *Kleine Zeitung*, 8.6.1920.

11/ Ein Schreckenstag in Graz, in: *Kleine Zeitung*, 9.6.1920.

12/ StLA, Bundeskanzleramt (BKA) 22/Stmk 1918–1928, II, fol. 340f., Telefondepesche des Landesgendarmierkommandos Graz an Österreichisches Staatsamt für Inneres und Unterricht, 8.6.1920, 9.30 Uhr.

13/ Das Leichenbegräbnis von zwölf Opfern des blutigen Montag, in: *Arbeiterwille*, 11.6.1920; Michael Schacherl: 30 Jahre steirische Arbeiterbewegung, 1890 bis 1920. Graz 1979, S. 302.

14/ Zit. nach: Trauerkundgebung des Landtages, in: *Neues Grazer Tagblatt*, Abendblatt, 8.6.1920.

15/ Das Blutbad in Graz, in: *Arbeiterwille*, 9.6.1920. Petronella Zedtwitz dementierte im *Freien Republikaner* vom 10.6.1920 die Behauptung des Arbeiterwillen. Sie stamme nicht aus Galizien, sondern sei Grazerin und komme aus dem deutschen Reich.

16/ Die Grazer Vorfälle in der Nationalversammlung, in: *Arbeiterwille*, 10.6.1920. Dazu auch: Die blutigen Ereignisse in Graz. Sozialdemokratische Anfrage in der Nationalversammlung, in: *Neues Grazer Tagblatt*, 9.6.1920.

17/ Die Grazer Vorfälle in der Nationalversammlung, in: *Arbeiterwille*, 10.6.1920.

18/ Grazer Blutbad, in: *Rote Fahne*, 12.6.1920.

19/ Rücktritt der sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung und des Landesrates, des Bürgermeisters und der Stadträte von Graz, in: *Arbeiterwille*, 12.6.1920.

20/ Anton Rintelen: Erinnerungen an Österreichs Weg. Versailles, Berchtesgaden, Großdeutschland. München 1941, S. 110; Ein kommunistischer Überfall auf den Landeshauptmann, in: *Arbeiterwille*, 9.5.1921. Dazu auch: StLA, BKA 22/Stmk 1918–1928, Zl. 159.204/21, Überfall auf Landeshauptmann Dr. Rintelen.

21/ In der Folge wurden zwölf Personen vom Bezirksgericht Leoben angeklagt, von denen drei wegen schwerer und leichter Körperverletzung zu zweimonatigen Kerkerstrafen verurteilt wurden (*Arbeiterwille*, 9.7.1921).

22/ Gerechtigkeit!, in: *Der freie Republikaner*, 4.12.1920; Frau Justitia in Genesung, in: *Der freie Republikaner*, 26.2.1921.

23/ Heimo Halbrainer: Karl Drews: Schauspieler, Regisseur und Widerstandskämpfer, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 23. Jg. (2016), Nr. 4, S. 26–29.

24/ *Neues Grazer Tagblatt*, 4.12.1920. Als Karl Drews verhaftet und in das Amtshaus gebracht wurde, zog sich einer der begleitenden Gendarmen eine Verletzung zu, weshalb er auch nach § 81 StG angeklagt wurde.

Ein Brief Hanns Eislers über Beethoven

Soeben erschien im Rahmen der von der *Internationalen Hanns Eisler Gesellschaft* verantworteten Gesamtausgabe seiner Werke der dritte Band der Briefe Hanns Eislers. Er umfasst Dokumente aus den Jahren 1952 bis 1956. Eine Besprechung dieses Bandes erfolgt in der nächsten Ausgabe der *Mitteilungen*. Als „Vorgeschmack“ entnehmen wir dieser Neuerscheinung Auszüge eines bislang unveröffentlichten Briefes von Eisler aus dem Jahr 1952 über Beethoven. Die SED plante damals zum 125. Todestag eine besondere Ehrung des Komponisten als bedeutendes kulturelles Ereignis in der drei Jahre zuvor gegründeten DDR. Dies nicht zuletzt deshalb, um gegenüber der Bundesrepublik zu demonstrieren, dass sich die DDR als neuer Staat auf deutschem Boden die Verteidigung und Bewahrung des positiven und progressiven kulturellen Erbes auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Zugleich sollten jene Traditionen freigelegt werden, die durch den Nationalsozialismus verschüttet und entstellt worden waren. Die Vorlage für die dafür vorgesehene Erklärung des Zentralkomitees der SED sollte der damalige Leiter der Kulturabteilung des ZK, Egon Rentzsch, liefern. Dieser schickte zu Beginn des Jahres 1952 einen zehnteiligen Entwurf an Hanns Eisler mit der Bitte um kritische Durchsicht und „entsprechende Bemerkungen und Ratschläge“.

Bereits wenige Tage später, am 15. Februar 1952, erfolgte die ungewöhnlich lange Antwort Eislers. Dieser Brief ist unter anderem auch deshalb interessant und für Eisler nicht untypisch, weil der befragte Komponist zu Beginn ausdrücklich erklärt, nur „einige Anregungen“ als „eine flüchtige Information“ geben zu wollen, darin aber zugleich tiefgehende Wahrheiten und Urteile verpackt. Der Reiz besteht nicht zuletzt darin, dass es sich gerade nicht um einen geglätteten, widerspruchsfreien Aufsatz handelt, sondern um eine spontane Reaktion. Der Brief beinhaltet daher auch Ungenauigkeiten und mag in mancher Hinsicht über das Ziel hinausschießen, gibt aber dennoch einen treffenden und köstlichen Einblick in Eislers Denken. Was könnte besser zum Ausklang dieses aus mehreren Gründen sonderbaren Beethoven-Jahres passen als Hanns Eislers erfrischende Einwände gegen Schwachsinn, Verlogenheit und Kitsch?

KARL WIMMLER

Lieber Genosse Rentsch [recte Rentzsch]! [...] Versuche doch, Phrasen und Schwulst zu vermeiden. Folgendes ist unmöglich: „Das deutsche Volk lässt sich den Nationalstolz auf seine großen Persönlichkeiten wie Beethoven ... nicht rauben.“ [...] Gewiss meinst Du etwas richtiges, aber so kann man das nicht sagen. [...] Es wird übrigens kaum eine Nation geben, die nicht eine Beethoven-Ehrung und Fälschung veranstalten wird (erinnere Dich, daß die EROICA auf dem faschistischen Parteitag in Nürnberg [...] gespielt wurde). Du mußt auf den Unterschied zwischen der bürgerlichen Beethoven-Ehrung und der unseren hinweisen. Die schwachsinnigen, verlogenen Musikhistoriker und Apologeten der Bourgeoisien wären zu brandmarken. (Wir müssen Geschmack und Niveau zeigen; das ist leider in dem provisorischen Entwurf noch nicht der Fall. Es wimmelt nur so von Zeitungsphrasen.) [...]

Trotz Goethe, Beethoven und anderer Meister ist die bürgerlich-demokratische Revolution und die Einigung Deutschlands bekanntlich nicht gelungen. Du behauptest fast das Gegenteil. [...] Historisch falsch ist: „vielfachen Sympathiekundgebungen deutscher Intellektueller für die Bauernaufstände“. In Wahrheit haben die deutschen Intellektuellen, vor allem Luther, die Bauern verraten. [...] Wir haben es übrigens nicht notwendig und sollten es auch unterlassen, geschichtliche Perioden und Personen für den Tagesbedarf zurechtzuschneiden.

Vermeide kitschige Formulierungen. Nagle Beethoven nicht auf Aussprüche fest, die für ihn nicht charakteristisch sind, wie z.B.: „Mein Vaterland, die schöne Gegend etc.“ [...] Schreibe nicht „Flammende Hymnen“. Es genügt: Hymnen. Den letzten Absatz in III mußt Du neu schreiben. Beethoven kannte nämlich nur wenige Werke Johann Sebastian Bachs. Vertraut war er mit dem „wohltemperierten Klavier“, den „Goldberg-Variationen“ und den „Inventionen“, die er für Unterrichtszwecke benützte. Die großen Meisterwerke, wie die Passionen und die Missa, kannte er nicht. Sie wurden erst von Mendelsson um etwa 1830 entdeckt und aufgeführt. Bach war bekanntlich in Vergessenheit geraten.¹ Es ist für uns heute seltsam, daß Beethoven die Söhne Bachs [...] so hoch schätzte und dem Vater, Johann Sebastian, vorzog. Händel und – selt-

samerweise – Cherubini hielt er für die größten Meister. [...]

Unmöglich ist es, zu behaupten, daß Beethoven vom Schaffen der Komponisten der französischen Revolution und von deren hohem „kämpferischen Arbeitsethos“ beeinflusst war. Bekanntlich hat die französische Revolution keine großen Komponisten hervorgebracht, und was deren „Arbeitsethos“ anbelangt, so ist das so eine Sache. Die revolutionären bürgerlichen Komponisten waren nicht im revolutionären Frankreich, sondern in Wien, dem Zentrum der Reaktion. Das mag Dir unbequem sein, ist aber historischer Fakt, um den man sich nicht herumzudrücken braucht. Wäre es anders gewesen, so wäre Beethoven nach Paris in die Schule gegangen. Er ging aber nach Wien zu seinen Vorbildern, den österreichischen Meistern: Haydn und Mozart, und den bedeutenden Theorielehrern: Albrechtsberger und Schenk. Dort wollte er lernen, und dort hat er den großen revolutionären Stil ausgebildet. (Es ist bezeichnend für die deutsche Misere, daß die bedeutendsten deutschen Musiker Händel und Beethoven nicht in Deutschland lebten, sondern sich an die Höfe ausländischer Großmächte, England und Österreich, begaben.² Sie sind revolutionäre bürgerliche Internationalisten und Humanisten, es hat keinen Sinn, sie zu Patrioten zu machen. Denn ein Patriot, der sein Vaterland meidet, ist eine seltsame Figur und man sollte also nicht von Nationalstolz und ähnlichem herumreden. Man darf einen Mann wie Beethoven nicht in eine Reihe mit dem schwachköpfigen Banausen, dem Patrioten Theodor Körner, stellen, dem Lieblingskind der Chauvinisten.) [...]

Auch folgendes erscheint mir merkwürdig: „Je mehr sich in Österreich und den anderen Ländern Europas die Reaktion festigte, umso eifriger hielt Beethoven Kontakt mit revolutionär gesinnten Kreisen“: Du scheinst vergessen zu haben, daß die Kreise, mit denen Beethoven Kontakt hielt, die Salons der österreichischen Aristokratie waren, und daß er Lehrer am kaiserlichen Hof war. Laß Dir einmal die „Abschiedssonate“ vorspielen, in der Beethoven seinen devoten Kummer ausdrückt, daß sein kaiserlicher Schüler, Erzherzog Rudolf, für einige Wochen auf Reisen geht. Es ist aber trotz dem jämmerlichen Anlaß und der kriecherischen, unangenehmen, verlogenen Widmung ein geniales Werk, neuartig und kühn in seiner Technik. [...]

Beethoven hat Napoleon durchaus nicht mit ‚leidenschaftlichem Haß‘ ver-

folgt, wie Du behauptest; was er nach der Schlacht bei Jena über Napoleon sagte, zeugt eher von Neid und Bewunderung und einer Art ‚Konkurrenzgefühl‘ (man könnte auch ‚Haßliebe‘ sagen), als von patriotischem Haß a la Theodor Körner.

Über die „Missa solemnis“ und die IX. Symphonie wäre noch folgendes zu sagen: Eine „Missa“ wurde als weltliches Werk in den Konzertsaal gebracht. Das war der Beginn des Verfalls der Kirchenmusik und der Aufstieg des bürgerlichen Konzertlebens. Zur IX. Symphonie: Der größte Teil des Werkes drückt Trauer, Verzweiflung und Verlassenheit aus. Das Scherzo ist völlig neuartig in seiner fast zynischen verzweifelten Lustigkeit. Ihm folgt der großartige heroische Schluß. Das ist kein billiges Heludentum. Diese Symphonie ist in Inhalt und Form ein völliges Novum in der Geschichte der Musik. Spießbürger, wie der Komponist Spohr u.a., haben noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts diese Symphonie als verworren, unverständlich und nicht spielbar abgelehnt. Man hat Beethovens Dissonanzen und Kompliziertheit als häßlich empfunden. [...]

Was soll das bedeuten: „Er verkörpert die Ideen der schöpferischen Tätigkeit des Volkes“? Das ist eine Phrase, die alles und nichts besagt. Man sollte nicht sagen, daß die Grundlagen von Beethovens Musik die deutsche Volksmusik bildet, ohne hinzuzufügen: auch die österreichische. Beethoven liefert nicht nur „einen unschätzbaren Beitrag zur Bildung der deutschen Nation“ (übrigens vergiß nicht, daß er in Österreich lebte), sondern er repräsentiert vor allem das internationale revolutionäre Bürgertum. Er war ein großer Humanist. Deine Behauptung des „großen Scharfblicks Beethovens in politischen Situationen“ scheint mir reichlich übertrieben. Auch: „die Notwendigkeit, sich der Metternich’schen Reaktion zum Trotz unmittelbar an die Massen des Volkes zu wenden“, ist ein schöner Wunsch meines Freundes Rentsch. (Er verkehrte im Salon Metternich’s.) [...]

Deine Behauptung, daß Beethoven: „das deutsche Volk erzogen hat, mit allen Völkern in Freundschaft und Frieden zu leben“, ist ein starkes Stück. Das ist Beethoven bekanntlich nicht gelungen, die Vergangenheit und Gegenwart beweist es. Vermeide Geschmacklosigkeiten wie: „Welch erhabenes künstlerisches Ethos spricht ...“.

Zu Seite 10: In Amerika wird Beethoven sehr oft gespielt und sehr geehrt. Es gibt hervorragende Aufführungen sei-



ner Werke. Man darf sich den Kampf gegen die amerikanische Kulturbarbarei nicht zu leicht machen.

„In der Einheit von Mensch und Werk findet jeder aufrichtige Deutsche bei Beethoven dazu die Kraft.“ Das ist leider noch nicht der Fall.

Nach dem Durchlesen finde ich, lieber Genosse Rentsch, daß ich sehr scharf formuliert habe. Das hat wohl mit meiner Krankheit zu tun. Leberleidende sind wilde Burschen. Also nimm es mir nicht zu übel.

Mit sozialistischem Gruß
Dein Hanns Eisler

Nachträglich: [...] er komponierte (übrigens in Wien) „Alle Menschen werden Brüder“, nicht aber „Alle Deutschen werden Brüder“, und das ist denn doch ein Unterschied. [...]

Quelle: Hanns Eisler: Briefe 1952–1956, hg. von Maren Köster unter Verwendung von Vorarbeiten von Jürgen Schebera. Wiesbaden 2020, S. 13–19

Anmerkungen:

1/ Felix Mendelssohn-Bartholdy steht hier stellvertretend für jene Berliner Hofjuden, denen die (Wieder-)Entdeckung Bachs zu verdanken ist. Siehe u.a.: Liliane Weissberg: Münzen, Hände, Noten, Finger. Berliner Hofjuden und die Erfindung einer deutschen Musikkultur. Graz: CLIO 2018.

2/ Hier scheint ein nicht untypischer Eisler’scher Überschwang mitzuspielen, auch in manchen Zungenschlägen des Folgenden, in dem der Österreicher in Eisler möglicherweise ein bisschen mit ihm durchgeht. Es gab zur Zeit Beethovens bekanntlich kein Deutschland als deutsches Reich, und Wien konnte mit einigem Recht auch als „deutsche“ Stadt gelten. Aber Eislers Hinweise an die Deutschen, ihren „Nabel der Welt“ zu relativieren, sind zweifelsohne nicht nur zutreffend, sondern auch sympathisch.

„Im Dienst der Befreiung der Arbeiterklasse“

Ferdinand Strasser: vom Sekretär der SDAP zum Mitglied des ZK der KPÖ

ROBERT STREIBEL

Ferdinand Strasser ist ein Beispiel dafür, wie lange es dauert, bis die Geschichte eines Mannes, der Widerstand geleistet hat, umfassend dokumentiert wird. Das bedeutet nicht, dass sein Name nach 1945 gänzlich aus der Öffentlichkeit verschwunden ist. Im St. Pöltner Stadtteil Wagram gibt es seit 1955 einen Ferdinand-Strasser-Weg, in Steyr wurde eine Wohnhausanlage nach ihm benannt. In Krems, wo er ab 1938 lebte und verhaftet wurde, sucht man jedoch noch vergeblich nach einem Erinnerungszeichen. In der Schuhfabrik Schmitt AG in Krems-Rehberg hatte der kommunistische Betriebsrat einst das dortige Arbeiterheim nach ihm benannt,¹ doch dieses Werk wurde längst geschlossen und abgerissen. Aber Gedenken kann auch eine Form des Vergessens sein, vor allem dann, wenn nicht die gesamte Geschichte erzählt wird. Bisher blieb unbeachtet, dass im ehemaligen Archiv der Kommunistischen Internationale in Moskau ein umfangreicher Lebenslauf von Ferdinand Strasser vorhanden ist. Ebensovienig wurden seine Briefe ausgewertet, die sich in Privatbesitz befinden.

Das von Strasser verfasste autobiografische Dokument dürfte 1935 verfasst worden sein. Es umfasst 22 einzeilig beschriebene Seiten und ist mit dem Titel „Meine Biographie“ überschrieben.² Transkribiert resultieren daraus 38 Seiten mit mehr als 83.000 Anschlägen. Die Biografie wurde in Moskau geschrieben und muss im Zusammenhang mit seiner Flucht nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 gesehen werden: „Ich merkte in den ersten Tagen meiner Emigration sofort, wie viel es geschlagen hatte. Viele ‚Genossen‘, die in Österreich kaum ein Gewehr im Februar gesehen hatten, erzählten Wunder von ihren Heldentaten und ließen sich feiern, und wurden gefeiert. [...] Ich persönlich kannte solche Genossen, die im Februar rein gar nichts getan haben, ja die vor einer noch so geringen Aufgabe feige ausgerissen sind, in der Emigration plötzlich Helden geworden waren. Bei diesen konnte ich wirklich nicht mit, denn ich hatte ja nur meine proletarische Pflicht, und wahrscheinlich auch die ungenügend und schlecht erfüllt, denn sonst hätten wir besser gekämpft. Und so schwieg ich. Ich bin

aber der einzige der Teilnehmer an den Kämpfen in St. Pölten, der Überblick über die Kämpfe hatte.“

Schülerpolitik

Ferdinand Strasser wurde am 3. April 1901 in Krems geboren. 1911 verteilte er im Alter von zehn Jahren als ältestes Kind einer sozialdemokratischen Familie Flugzettel für die Wahl. Als einziger Mittelschüler trat er 1915 dem *Verband jugendlicher Arbeiter*, der damaligen sozialdemokratischen Jugendorganisation, bei und wurde bald darauf zum Obmann gewählt. In der Schule im k.k. Staatsgymnasium, dem heutigen Piaristengymnasium in Krems, hatte er dadurch mit Anfeindungen zu kämpfen. Laut einem Erlass des Unterrichtsministeriums aus dem Jahr 1917 wurde den Kindern ärmerer Eltern nahegelegt, das Studium aufzugeben und ein Handwerk zu erlernen. In dieser Zeit „versuchte man, mich auf Grund dieses Erlasses mit Gewalt aus dem Gymnasium zu entfernen“. Während der Streikbewegung im Jänner 1918 gelang es Strasser, die fünf bis sechs Kremser Betriebe in der Kriegsproduktion lahm zu legen. Nur durch einen Zufall entging er der Verhaftung. Die Gendarmen nahmen seinen jüngeren Bruder, der als Zündstiftdreher in der Pfannl-Fabrik im Kremstal arbeitete, mit, da sie einen Mittelschüler nicht als Drahtzieher der Bewegung vermuteten. Als der Irrtum aufflog, sollte Strasser von der Schule relegiert werden, was durch den Zusammenbruch der Monarchie verhindert wurde. Um Geld zu verdienen, spielte Strasser bei den Heurigen der Umgebung auf seiner Violine.

Über die ersten Wochen nach der Gründung der Republik schreibt Strasser: „Sofort nach dem Zusammenbruch 1918 organisierte ich eine große Mittelschülerversammlung aller drei Mittelschulen in Krems – Gymnasium, Realschule und Lehrerbildungsanstalt – und dort gründete ich nach einer heftigen Abrechnung mit dem vollzählig erschienenen Professorenkolleginnen eine Organisation sozialistischer Mittelschüler, der ich in kurzer Zeit kleine Gruppen in Horn und Waidhofen a. d. Thaya angliedern konnte.“ Die vielen Ortgruppen der jugendlichen Arbeiter, die unter Stras-

sers Leitung in Rehberg, Senftenberg, Spitz/Donau, Stein/Donau, Marbach, Mautern, Rohrendorf, Hora, Eggenburg, Sigmundshergberg, Schrems, Heidenreichstein gegründet werden konnten, bildeten die Basis für die Kreisorganisation. Am 1. Mai 1919, nachdem er das 18. Lebensjahr erreicht hatte, trat er der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) bei und gründete eine Ortsgruppe der *Kinderfreunde* in Krems. Als er an einer Gelenksentzündung erkrankte, musste er im Herbst eine Nachtragsprüfung machen, die nur bei ihm drei Stunden dauerte. Der Mathematikprofessor rächte sich so für die Mittelschülerversammlungen und ließ ihn durchfallen. „Ich erklärte ihm, ich verzichte sowohl auf das Zeugnis wie auf die Schule und er persönlich könne mich. Ich konnte mich einfach nicht mehr zurückhalten. Das war mein wenig rühmlicher Abgang von der Schule“, so Strasser.

Bauernredner

Nach seiner Tätigkeit als Bezirksfürsorgegerat begann Strasser im Parteisekretariat der SDAP in St. Pölten zu arbeiten und wurde 1921 im Alter von 20 Jahren zum Parteisekretär bestellt. Er widmete er sich vor allem der Arbeit unter den Kleinbauern und organisierte eine starke Pächterbewegung, u.a. konnte er einen Kollektivpachtvertrag mit dem Grafen Montecuccoli abschließen. „Es war der erste Kollektivvertrag und damit waren für 10 Jahre – dies die Dauer des Vertrages – alle individuellen Verhandlungen, bei denen bekanntlich die ganze Schwäche des Pächters, des Großgrundbesitzers gegenüber zum Ausdruck kommt, ausgeschaltet. Dabei wurde aber noch weitergegangen. Im Vertrag wurde außerdem festgelegt, dass der Pachtzins nicht von einzelnen Pächtern – sondern den Großgrundbesitzern zu bezahlen ist.“

Das Beispiel machte Schule und es wurden eine Reihe von Pächtervertragsgruppen organisiert, so in Mank (Bezirk Melk) auf den Besitzungen des Freiherrn Isbary, auf den Besitzungen des Freiherrn von Geymüller (Hollenburg in Krems), im Bezirk St. Pölten auf den Besitzungen des Grafen Falkenhayn (Walpersdorf) und des Fürsten und Prinzen Auersperg (Goldegg), um nur einige zu

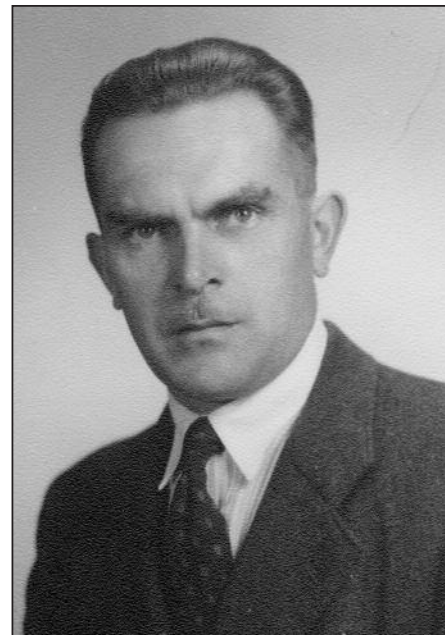
nennen. Strasser führt eine Reihe von Aktionen an, mit denen er versuchte, „die Werkbauern immer fester mit ihren wirtschaftlichen Interessen an die Arbeiter zu binden“. Im Zuge dieser Arbeit avancierte er zum Bauernredner: „Es gelang mir tatsächlich selbst in Orten, in denen bis dorthin jeder sozialdemokratische Redner verjagt worden war, oft genug auch unter Prügel, wie beispielweise in den Orten Haag-Landgemeinde (1926), Purgstall (1930), Steinkirchen/Forst und Randegg im kleinen Erlaufthal, Frankenfels, Mank, Ruprechtshofen, St. Peter, um nur einige zu nennen, oft sehr große Bauernversammlungen zu organisieren.“

Für die SDAP gehörte Strasser dem Bezirksstraßenausschuss, einem Ausschuss der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten, an. Auch in seiner diesbezüglichen Arbeit gelang es ihm, das Werben um die Kleinbauern fortzusetzen. „Der Straßenausschuss wurde bald ein brauchbares Instrument in unseren Händen, die Scharfmacher unter den Christlichsozialen traten nacheinander aus und ließen Bauern an ihre Stelle, mit denen bald ein enges Zusammenarbeiten möglich war. Ich ließ solche christlich-sozialen Bauern allein als Vertreter des Bezirkes zu Kommissionären, ja ich ersuchte sie sogar darum, besprach vorher mit ihnen genau über die Sache und beeinflusste sie. Bei den Kommissionen taten sie dann immer das, was ich wollte, ja erklärten ganz offen, ‚der Obmann wolle es so und sie hätten sich durch den Augenschein überzeugt, dass die Meinung des Obmannes richtig sei‘. Dies erhöhte die Autorität der Partei unter den Bauern, da ich immer als Repräsentant der Partei auftrat und machte die Bauern weitgehend der politischen Beeinflussung durch die Partei zugänglich.“ Diese politische Arbeit bewährte sich später auch während der Februarkämpfe, als eine Reihe von Bauern die Kämpfer unterstützten: „Im Zusammenhang mit den Feber-Ereignissen wurden mehrere christlich-sozialen Bauern des Bezirkes St. Pölten zu 6 und 8 Monate schweren Kerker verurteilt, weil diese den Schutzbündlern sowohl im Kampf, wie auch nach dem Kampf werktätige Hilfe gebietet haben.“

Strasser befreite den Bezirksstraßenausschuss vom überragenden Einfluss der Lieferanten und Unternehmer, schaffte eine moderne Zehn-Tonnen-Motorwalze und einen Asphaltsprengeapparat an und konnte so die Herstellungskosten um 20 bis 35 Prozent gegenüber dem Unternehmerpreis senken.

In den Jahren 1927 bis 1932 bezahlte der Bezirksstraßenausschuss die höchsten Hilfsarbeiterlöhne im Bauwesen des Bezirkes. Betroffen davon waren 200 bis 400 Straßenarbeiter, die von April bis Oktober jeden Jahres durchgängig beschäftigt waren. Bei den Schotterlieferungen achtete Strasser darauf, dass Klein- und Mittelbauern Zuschläge bekamen. Auch bei den Flussregulierungen beschränkte er neue Wege und bekämpfte die Korruption, die zwischen Privatunternehmern und Landesregierung herrschte. Strasser gelang es, einen Kollektivvertrag mit der Bauerngewerkschaft für alle Regulierungsarbeiten abzuschließen. „Diese Maßnahmen machten Geld frei für viele Arbeiten. In den fünf Jahren wurden über 40km Straßen befestigt, davon 12km mit Granitstockpflaster. Über 30 größere und kleinere Betonbrücken wurden gebaut. In 24 Gemeinden wurden ganz neue Kanalisierungen durchgeführt. Um nur einiges zu nennen. Als ich am Ende des Jahres 1932 die Bezirksstraßenverwaltung meinem Nachfolger übergab, war sie die einzige große Verwaltungskörperschaft Niederösterreichs, die vollständig schuldenfrei war, und nebenbei noch ein Vermögen von über S 300.000, die Steuerrückstände nicht eingerechnet, besaß.“ Strasser resümiert seine Arbeit im Bezirksstraßenausschuss: „Es war freilich innerhalb des Kapitalismus Verwaltungsarbeit, es war reformistische Arbeit, dennoch konnte unter gegebenen Umständen, auch für die Arbeiterschaft viel durchgesetzt werden. Es gelang mir den Nachweis zu erbringen, sodass bei entsprechender Führung solche Körperschaften sie vor allem in der Krise manchen Aufgaben erfüllen können.“

Neben seiner Arbeit im Parteisekretariat der SDAP und im Bezirksstraßenausschuss war Strasser auch Obmann des Arbeiterturn- und Sportvereins (ATV), Funktionär des Republikanischen Schutzbundes und ab April 1933 – bis zum Verbot der Sozialdemokratischen Partei – Vizebürgermeister von St. Pölten. Im Februar 1934 ergriff er nicht – wie viele andere führende Sozialdemokraten – die Flucht, sondern versuchte, mit klugen strategischen Schachzügen der Übermacht zu trotzen. Nachdem er von den Schüssen in Linz gehört hatte, organisierte er eine Besprechung mit den Funktionären der Betriebe und des Schutzbundes. Es wurde der Streik beschlossen, auch wenn die Vertreter der Gewerkschaft aus Wien dagegen opponierten. „Der Hauptbetrieb Voith ging nachmittags nicht mehr zur Arbeit, im E-



Ferdinand Strasser (1901–1942)

Werk ruhte die Arbeit, und die städtischen Autobusse fuhren von der Strecke direkt in die Garage“, so Strasser in seinem Lebenslauf. Rund 500 Schutzbündler standen 3.400 Mann der Exekutive und 1.000 Mann des Militärs gegenüber. Ferdinand Strasser versuchte St. Pölten konzentrisch einzunehmen, um so auch die Schutzbündler in Traisen zu entlasten. Nach anfänglichen Erfolgen mussten sich die Schutzbündler zurückziehen. Vergeblich versuchten sie am nächsten Tag, die Verhafteten im Kreisgericht vor dem Standgericht zu bewahren. „Wir waren aber zu wenig, und gegen die Übermacht viel zu schwach. Dennoch war das auch ein erbitterter Kampf.“

Exil in der Tschechoslowakei

Wie viele sozialdemokratische FunktionärInnen, die über die Politik des Parteivorstands enttäuscht waren, trat Ferdinand Strasser nach dem Februar 1934 zur KPÖ über. In einer vom damaligen KPÖ-Vorsitzenden an Georgi Dimitroff, den Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, gerichteten Notiz heißt es über Strasser: „Er gehört zu den besten Genossen, die nach dem Februar 1934 aus der Sozialdemokratischen Partei gekommen sind.“³ Auffällig an Strassers Bericht über seine Rolle sowohl vor dem Februar 1934 als auch in der Emigration ist die Tatsache, dass er keineswegs versucht, sich plötzlich als Kommunist zu gebärden: „Es wäre die Unwahrheit, wenn ich behaupten würde, ich hätte nicht gegen die Kommunisten gekämpft. Ich war Sozialdemokrat von frühester Jugend auf, ich bildete mir aber auch ein und war stolz darauf Marxist zu

sein. Ich hatte kein anderes Ziel, als der Sozialdemokratie wohl in aller Bescheidenheit – es war mir nie gelegen, mich vorzudrängen und ins Rampenlicht zu stellen – aber mit allen meinen Kräften zu dienen.“ Charakteristisch ist eine Passage, in der er über die Wegweisung von einzelnen Flüchtlingen aus dem Lager in der Tschechoslowakei berichtet. Strasser war am 16. Februar 1934 aus Österreich geflüchtet und befand sich zuerst in einem Lager geflüchteter Schutzbündler in Znaim. Nach zwei Monaten wurde er im Emigrantenlager Chocerady als eine Art Leiter bestellt, wie er 1941 im Verhör mit der Gestapo 1941 berichtete: „Das ändert freilich nichts an der Tatsache, dass manche, die sich vordem als ‚überzeugte‘ Sozialdemokraten gebärdet hatten, im selben Moment, als ich ihnen sagte, sie müssten wegen absoluter Nichtgefährdung das Lager verlassen und wieder heimfahren, plötzlich ihre ‚kommunistische‘ Einstellung entdeckten und zur Roten Hilfe gingen, wo sie sich als Märtyrer ihrer Überzeugung ausgaben und auch ohne Überprüfung aufgenommen wurden. Je größere Schauer-märchen sie über mich und meinen Terror erzählten, desto lieber wurden sie in den Berichten der Roten Hilfe aufgenommen.“⁴

Ferdinand Strasser biederte sich keineswegs an und erklärte auch, dass er nicht bereit sei, eine Erklärung bloß deshalb zu unterschreiben, um nach Moskau weiterreisen zu können. Als Beispiel dafür, dass die Unterschrift unter derartigen Erklärungen keinen Wert hatten, merkte er an: „Es gab viele junge österreichische Arbeiter in den Lagern der tschechischen Emigration, die, ohne an den Kämpfen beteiligt gewesen zu sein, nur mit dem Ziel weggegangen waren aus Österreich, in die Sowjetunion zu kommen. Die waren natürlich bereit, alles und jedes zu unterschreiben. So hat beispielweise auch Radl in einer solchen Erklärung ein Bekenntnis zum Kommunismus abgelegt, ist nach Russland gefahren, wenige Monate später kam er wieder zurück, schimpfte über das Sowjetland, und lieferte fünf gute Genossen und Schutzbündler für je 5 Jahre in den Kerker. Man konnte also auf die Dauer mit solchen Erklärungen, eben weil sie nicht in jedem Fall einer gefertigten Überzeugung entsprachen, keine Agitation betreiben. Eher waren einzelne hervorragend geeignet, der Sache zu schaden.“

Dies sei nun seine dritte Biografie, die er in kurzer Zeit geschrieben habe und er denke nicht daran, noch eine weitere zu

schreiben, weshalb diese sehr umfangreich ausgefallen sei: „Ich habe eine sehr ausführliche Darstellung meines Lebenslaufes gegeben. Die erste zum Glück kurz, ohne konkrete Daten, vor allem nicht über den Feber, befindet sich durch Arnold Panzierer in den Händen der österreichischen Polizei. Die zweite ist in den Archiven der MOPR [Internationale Rote Hilfe, Anm.]. Ich denke nicht, noch eine weitere Biographie zu schreiben, deshalb habe ich diese, sehr ausführlich, vielleicht zu ausführlich gehalten.“ Am Ende des umfangreichen Lebenslaufs stehen die Worte „Ich hoffe auf jeden Fall, so wie bisher auch weiterhin, meine schwachen Kräfte in den Dienst der revolutionären Befreiung der Arbeiterklasse stellen zu können.“

Exil in Moskau

Ab 1935 befand sich Ferdinand Strasser im politischen Exil in der Sowjetunion. Im einem Brief vom 11. Dezember 1935 an seine Frau Maria beschrieb er seine Fahrt von der Tschechoslowakei nach Moskau: „So und nun willst Du von mir wissen, von der Fahrt usw. Ich bin am 5.11. um $\frac{3}{4}$ 3 Uhr Nachmittag in Prag mit dem Schnellzug weggefahren. Um ca. 10h abends waren wir an der Grenze in Polen, von dort bin ich ohne umsteigen zu müssen direkt bis Warschau, wo ich am 6. Nov. Um ca. 7h früh ankam. In Warschau umsteigen mit 2 Stunden Aufenthalt, gerade Zeit, um einige Kopeken einzuwechseln. Nach 2 Stunden geht's wieder mit dem Schnellzug weiter, die ganze Nacht durch, Ankunft in Moskau um ca. $\frac{1}{2}$ 12 Vormittag am 7. November. Aber beinahe 2 Tage lang gefahren und allein. Es war aber auch einmal überstanden.“

Ferdinand Strasser schilderte in diesem Brief auch seine Eindrücke von der Reise und stellte bereits beim Überschreiten der sowjetischen Grenze einen Unterschied zwischen den Ländern fest: „Und welcher Unterschied, wenn du dann über die polnisch-russische Grenze kommst. Die Dörfer erstrahlen im elektrischen Licht. Sowohl in den Häusern wie auf den Dorfstraßen, gepflegt. Straßen – du weißt, dass ich dafür ganz besonders ein Auge habe. Die Häuser sind wohl auch aus Holz, wie gesagt, dass ist hier, wo es die unermesslichen Wälder gibt, der Baustoff, aber wenn möglich neu gebaut, gefällig angestrichen, mit einer Art Eternit-Deckung, im Dorf ein Ziegelhaus neu und gefällig angestrichen.“ Er wendet sich direkt an sein „Mizzerl“: „Du weißt, ich war immer sehr kritisch und bin nicht

von allem leicht begeistert – Temperamentsausbrüche liegen mir nicht – aber es ist mir ein recht eigenartiges Gefühl gekommen, als ich diesen Unterschied miterlebt habe.“

Mit diesem ersten Brief aus der Sowjetunion gibt er die Richtung vor: „Hier in Moskau ist alles fieberhaft tätig, und alles freudig. Fast kein Tag vergeht wo man nicht berichten kann, dass wieder eine Schwierigkeit gemeistert ist. Das eine mal hat die Schwerindustrie ihren Plan erfüllt, heute wird berichtet, dass die Eisenbahnen ihre Leistungspläne vorfristig erfüllt und die Lebensmittelindustrie ihre geplanten Produktionsziffern überschritten haben.“ Er verspricht: „Im nächsten Brief werde ich Dir den Inhalt dieser Bewegung erklären.“ Im Jänner 1936 schildert er seine Unterbringung und Verpflegung: „Ich bewohne – die Wohnungsnot ist in Moskau noch groß, ist doch die Bevölkerung von 1918 bis jetzt von 1 $\frac{1}{2}$ Millionen auf über 4 Millionen gestiegen – ein wenn auch nicht allzu großes, doch ein sehr nettes Hotelzimmer, zum Unterschied von denen die noch nicht arbeiten, die zu viert oder fünft in einem Hotelzimmer wohnen. Mit 1. Dezember habe ich bereits das Zimmer allein für mich bekommen. Hunger brauche ich nicht zu leiden, denn der Zins fürs Hotelzimmer wird von der Arbeitsstätte bezahlt. Und das Essen ist gut – an manche typisch russische Speise muss man sich gewöhnen – und billig. Für eingekochte Rindsuppe, Braten oder Geflügel, Salat, Brot und Nachspeise zahle ich ca. 3 Rubel. Obst ist sehr reichlich und auch sehr billig, Zigaretten – 25 Stück von 35 Kopeken bis 65 Kopeken und 1 $\frac{1}{2}$ Rubel.“

Wie bereits am Beginn seines Lebens bleibt das Lernen wichtig für Strasser, und er behält auch den Blick auf das Leben der Bauern: „Meine Arbeitszeit ist von 10 Uhr vormittags bis $\frac{1}{2}$ 5 nachmittags mit ca. einer halben Stunde Mittagspause, dann heißt es abends lernen und lesen. Du hast keine Ahnung wie die Russen lernen und mit welchem Eifer sie dabei sind. Da könnte manches unserer früheren Genossen sich ein Beispiel nehmen. Aber freilich, die Russen wissen, das alles, was sie schaffen, ihrer Klasse, der Arbeiterklasse zugutekommt, das nicht für irgendeinen Kapitalmagnaten geschuftet wird, zudem für die ganze Klasse der Arbeiter und das alles den werktätigen Menschen zugutekommt. Ich erlebe gerade, wie die russischen Kollektivbauern mit eisernem, unerhörtem Elan dabei sind, die auf die sozia-



Ferdinand Strasser mit seiner Frau Maria

listische Grundlage aufgebaute Landwirtschaft zu entwickeln und da gibt es kein Hindernis.“

Wurde Ferdinand Strasser durch Anschauung, durch eigenes Erleben zum Kommunisten? „Die Stachanow-Bewegung gibt der technischen Entwicklung neue, ungeahnte Möglichkeiten, die mit allen Mitteln zur Erhöhung des Lebensniveaus der schaffenden Menschen ausgenutzt werden. Jetzt habe ich einen guten Anschauungsunterricht, was Sozialismus wirklich ist, welch ungeheuer starke Kräfte es in den Menschen weckt, welch gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten für ein Volk es in sich birgt. Um freilich dort hinzukommen, ist ein hoher Einsatz erforderlich. Auch die russischen Arbeiter mussten ihn bringen, gewaltige Hindernisse sind zu überwinden, aber das Ziel lohnt alle Mühen, alle Beschwerden.“

Maria Strasser dürfte getrennt von ihrem Mann, allein gelassen mit dem 1933 geborenen Sohn Manfred, an der Liebe von Ferdinand zu zweifeln beginnen. Ferdinand Strasser versuchte sie in einem Brief Ende Jänner 1936 zu beruhigen: „Was Du da zusammenfäselst von nicht mehr liebhaben, das ist ja ein ganz großer Blödsinn. Und das wirst Du auch noch erwarten können, dass Du Deine ‚ewige Ruhe‘ hast. Schließlich verstehe ich das ja, das viel in der letzten Zeit auf Dich eingestürmt ist, dass Du viel mitzumachen hattest, aber solche Zustände der Resignation dürfen, auch wenn sie manchmal verständlich sind, nicht eine permanente Erscheinung werden. Solange man jung und kräftig ist, gibt man den Kampf mit dem Leben nicht auf.“

Laut einer Notiz im Archiv der Komintern arbeitete Strasser für die Moskauer Hochschule für Flugwesen.⁵ Seiner Frau wollte er den Namen des Instituts, für das arbeitete, nicht verraten: „Du willst über mich viel wissen, also höre: ich arbeite in einem wirtschaftlichen Institut, und wenn ich auch noch nicht russisch genügend kann, so doch so viel um mich zu verständigen, außerdem gibt es Dolmetscher und im Büro sprechen einige auch deutsch, einige Französisch. [...] Mit jedem

weiterem Tag meines Hierseins werden diese Verständigungsmöglichkeiten besser. Ich vermag das drüben praktisch gelernte gut zu verwerten, auch meine buchhalterischen Kenntnisse, sowie meine verwaltungstechnischen. Ich glaube, dass bald wieder die Zeit kommen wird, wo Dein Ehrgeiz eine Befriedigung findet. Der Name des Büros tut ja wohl nichts zur Sache, es ist ein Amt, das mit dem gesamten Aufbau der Sowjetunion in Verbindung steht.“

Verteidigung der Sowjetunion

Offenbar wurde Strasser in den Brief seiner Frau immer wieder mit Kritik konfrontiert, die er zu entkräften versuchte: „Was man bei Euch von der Wegnahme der Kinder redet, ist ja ein großer Unsinn. Gerade in der Sowjet-Union wird die Familie mit allen Mitteln gepflegt und nicht zuletzt aus diesem Grund ist der Bevölkerungszuwachs in Russland vor allen europäischen Staaten. Glaubst Du, die Menschen in Russland, die einen ausgeprägten Familiensinn haben, würden Kinder gebären, wenn sie ihnen diese wegnehmen würden? Gewaltige Spielzeugläden sind überall eingerichtet – wozu würde man die brauchen, wenn die Kinder vom Staat ‚weggenommen‘ werden? Es gibt viele und große Kinderbuchhandlungen, und erst jetzt ist ein großer Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden, zur Erzeugung von spezifischen Kindernährmitteln. Jeder größere Betrieb, jedes größere Kollektivdorf hat einen Kindergarten, wo von den arbeitenden Müttern, die Kinder abgegeben und nach der Arbeitszeit wieder nach Hause mitgenommen werden.“

Im Mai 1936 war Ferdinand Strasser im Ural und schulte dort Buchhalter in den Betrieben: „Befinde mich, wie ich bereits im letzten Brief schrieb, im östlichen Ural, und habe viel zu tun. Ich arbeite hier als Betriebsbuchhalter, und organisiere in einer Reihe von Betrieben die buchhalterischen Einrichtungen. Bin neugierig, wohin nach Beendigung meiner hiesigen Einheit, die Reise geht. Werde wahrscheinlich mehrere Monate auf Reisen sein.“⁶ Im August 1936 schrieb er aus Samara und versicherte, dass es ihm gut gehe und die Eisenbahnen sicher seien. Kurz zuvor, am 28. Juli, hatten Zeitungen in Österreich von einem schweren Eisenbahnunglück in Sibirien berichtet.⁷ „Und schließlich ist der Ort, wo der Unfall war, von mir viel weiter entfernt als von Euch, Paris oder gar London. Und die sibirischen Eisenbahnen sind nicht unsicherer als die Eisenbahnen wo anders auch. Freilich wird so ein Fall in Russland besonders aufgebauscht, denn die Herrn Faschisten sprechen sich da Mut zu.“ In diesem Schreiben kommentierte er auch das Juli-Abkommen zwischen Deutschland und Österreich: „Mit meiner Prophezeiung habe ich sehr schnell Recht bekommen, und heute sieht man bereits, wohin die faktische Einigung zwischen Italien und Deutschland führt. Der Pakt Österreich-Deutschland war ja nichts anderes als die Einigung zwischen Mussolini und Hitler und jetzt beginnen beide bereits in der Welt, vorläufig in Spanien heranzuzündeln.“

Im November 1936 meldete sich Strasser aus Ufa. Seine Frau hatte zuvor offenbar Meldungen über eine Hungersnot in der Sowjetunion erwähnt, über die in den heimischen Medien zu lesen war.⁸ „Die Hungersnot hier schaut so aus: der Konsum an Zucker, Milch, Butter, Brot hat sich heuer, gegenüber 1935 verdoppelt. Ebenso der Konsum an Fleisch, der an Eiern, hat sich vervierfacht! Gleichzeitig sind auch heuer die Preise weiter gesunken, durchschnittlich um 20 Prozent – Lebensmittel sind genug vorhanden. Und da Arbeitslosigkeit hier ein unbekannter Begriff ist, die Löhne durchwegs gut sind, kann sich jeder satt essen. Die Ernte war heuer im Allgemeinen besser als im Vorjahr. Also, dass auch in Zukunft von einer Lebensmittelnot, wie etwa in Deutschland keine Rede sein kann. Also keine Angst, wenn auch noch so gehetzt wird.“

Auffallend ist, dass Ferdinand Strasser zwar auf kritische Fragen einging, die seine Frau aufgeworfen hatte, er jedoch



Franz Urban, der Direktor der Schuhfabrik Franz Schmitt A.G. in Rehberg, überreicht Maria Strasser, der Witwe von Ferdinand Strasser, einen Geschenkkorb.

nicht auf die Moskauer „Schauprozesse“ Bezug nahm, über die auch in den österreichischen Medien berichtet wurde. Wissen konnte man, was in Moskau im September 1936 passierte. Die *Neue Freie Presse* druckte zum Beispiel auf der ersten Seite einen Bericht von Winston Churchill mit dem Titel „Die Lehre des Moskauer Tribunals“ ab: „Was bedeute das alles? Manche, die keinen Grund haben, über die lang hinausgeschobene Ausrottung der Schreckensmänner, die selbst ohne zu zögern ungezählte Tausende in Tod geschickt haben, erschüttert zu sein, waren trotz alledem entsetzt über die vollendet durchgeführte Farce des Scheinprozesses.“⁹ In der illegal erscheinenden *Arbeiter-Zeitung* wurden im Artikel „Der Moskauer Prozess“ viele Fragen gestellt, um am Ende zur Überzeugung zu kommen: „Aber gerade deshalb sind wir entsetzt über die Wirkungen, die dieser Prozess unabwendbar haben muss: über die Schändung der Geschichte der großen russischen Revolution durch diesen Prozess, über die Zerstörung von so viel Hoffnungen und so viel Vertrauen, die die Wirkung dieses Prozesses sein wird, über die moralische Kluft, die er aufreißt, über die Argumente, die er allen Faschisten, allen Reaktionen, allen Spießern, allen Gegnern der Einheitsfront bietet.“¹⁰

Rückkehr nach Österreich

Bis November 1937 liegen keinerlei Briefe von Ferdinand Strasser vor. In der Zwischenzeit war er mit gefälschten

Papieren nach Österreich zurückgekehrt, um die politische Arbeit unter den Bauern anzuleiten. Im August 1937 wurde er auf der in Prag tagenden Reichskonferenz der KPÖ ins Zentralkomitee der Partei gewählt. Dieses Gremium trat jedoch nur zwei Mal zusammen „und konnte somit nie die Funktion eines tatsächlichen Führungsgremiums wahrnehmen. Zum jeweiligen Zeitpunkt dieser vier Tagungen war die gewählte Zusammensetzung des Zentralkomitees infolge von Verhaftungen, Ausschlüssen und Enthebungen

bereits vielfach überholt.“¹¹ Darüber hinaus gehörte Strasser dem dreiköpfigen „Sekretariat“, der damaligen Inlandsleitung der illegalen KPÖ, an. Am 27. August 1938, kurz nach seiner Rückkehr nach Österreich, wurde Strasser verhaftet.¹² Am 18. November 1937 schrieb er seiner Frau aus dem Gefängnis: „Ich bin die 2. Woche hier, und noch nicht verhört.“ Da ihm Rudolf Hilferdings „Finanzkapital“ als Lektüre verboten wurde, lernte er Französisch, beschäftigte sich in der Zelle mit Mathematik und las aufmerksam die Zeitungen, die ihm erlaubt waren. Mit Interesse verfolgte er einen Vortrag des Jesuiten und Nazi-Gegners Friedrich Muckermann: „Es ist vor allem bekannt, dass in gewissen Ländern politische Prügeleien nur gesucht werden, zur Befriedigung sexueller Triebe.“ Er verschwieg freilich, in welchen Ländern das geschah. Aber man kommt etwas näher, wenn man ihm weiter hört: „Die Rohheit des Individualismus wurde durch die Rohheit des Kollektivismus abgelöst, die tausende Unschuldiger Menschen mit Methoden quält, die in der Geschichte menschlicher Verworfenheit nicht ihres gleichen haben.“¹³ Die Worte verdeutlichen, dass der verworfene Kollektivismus, der prügelt, nur um sexuelle Triebe zu befriedigen, der Faschismus ist.

Im Februar 1938 wurde Strasser im Zuge einer Amnestie aus dem Gefängnis entlassen. Seiner Frau teilte er mit: „Liebste! Komme am Samstag, den 19.2. um 13.46 nach Krems. Wenn Du

kommst, erwarte mich mit Manfred. Bin donnerstagabends losgeworden. Meine Sehnsucht ist groß. Freue mich schon unendlich auf ein rechtfreudiges und herzliches Wiedersehen.“ Was im März 1938 geschah, ist dem späteren Verhör mit der Gestapo im Jahr 1941 zu entnehmen: Nachdem Ferdinand Strasser in Krems keine Arbeit fand, versuchte er es in St. Pölten, doch auch hier suchte er acht Tage vergebens. Am 10. oder 11. März 1938 erhielt er eine Nachricht, sich im Café Hutterer einzufinden. Eine ihm unbekannte Frau erklärte ihm, dass er umgehend nach Wien fahren solle, um eine Funktionsstelle in der *Sozialen Arbeitsgemeinschaft (SAG)* einzunehmen und in der Folge an politischen Verhandlungen mit der Regierung Schuschnigg teilzunehmen. Weiters sei vorgesehen, dass er eine Ansprache an die Arbeiter im Radio halten solle. „Als er unmittelbar vor der Annexion durch die allgemeine Amnestie frei kam, entfaltete er eine große Aktivität zur Organisation der Widerstandsbewegung in St. Pölten und war als Sekretär der SAG für ganz Österreich vorgesehen“, berichtete die KPÖ-Führung später an die Kaderabteilung der Komintern.¹⁴ In einem Café in der Wiener Josefstadt trafen Strasser und die ihm unbekannte Frau jedoch niemanden an, in einem Café am Rennweg waren sechs bis acht „Angehörige der ehemaligen SPÖ“: „Ich hatte kaum im Caféhaus Platz genommen, wurde unter der Tischrunde allgemein bekannt, dass Schuschnigg zurückgetreten und Dr. Seiß-Inquart die Regierungsgeschäfte übernommen habe.“¹⁵ Damit waren die Pläne hinfällig geworden.

Im Mai 1938 wurde Ferdinand Strasser eine Arbeit als Hilfsarbeiter in Krems vermittelt, er verrichtete dort jedoch Kanzleiarbeiten und war auch für die Lohnverrechnung zuständig. Als sein Aufenthalt in der Sowjetunion bekannt wurde, wurde er aus der Technischen Zeuganstalt entlassen. Am 1. November 1938 begann er als Buchhalter in der Zimmerei Karl Steiner zu arbeiten, bis er am 15. April 1941 aufgrund seiner illegalen antifaschistischen Arbeit verhaftet wurde. In den Verhören durch die Gestapo wurden viele Details der Organisation des kommunistischen Widerstands dokumentiert, was zur Anklage gegen Ferdinand Strasser, Franz Zeller und Johann Hoffmann führte. Dass mit Ferdinand Strasser ein Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ verhaftet wurde, blieb den Nazis unbekannt. Es gelang ihm auch, seine Rolle in der Sowjetunion als völlig



Grabstein von Ferdinand Strasser in der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof

unpolitisch darzustellen. Genützt hat ihm dies nichts. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurden alle drei am 12. Juni 1942 vom nationalsozialistischen Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 30. September 1942 im Wiener Landesgericht vollstreckt.

Anmerkungen:

- 1/ Werks-Zeitung der Schuh- und Lederfabrik Rehberg, 22.3.1947, S. 3.
- 2/ RGASPI 495/187/2140, Ferdinand Strasser: Biographie, o.D. [1935]. Ich danke Hans Schafranek für die Zurverfügungstellung dieses Dokuments. Wenn nicht anders angemerkt, so stammen die Zitate im vorliegenden Beitrag aus diesem Papier.
- 3/ RGASPI 495/187/2140, Johann Koplenig an Georgi Dimitroff, 14.10.1942.
- 4 Bundesarchiv Berlin, R 3017/24539.
- 5/ RGASPI 495/74/9/15, Auskunft von Below über Ferdinand Strasser, 19.5.1938 (Kopie in DÖW 22.865/42).
- 6/ Brief an seine Frau und Schurly. 18.5.1936.
- 7/ *Allgemeiner Tiroler Anzeiger*, 28.7.1936, S. 4.
- 8/ *Alpenländische Rundschau*, 12.9.1936, S. 4.
- 9/ *Neue Freie Presse*, 6.9.1936, S. 2.
- 10/ *Arbeiter-Zeitung*, 30.8.1936, S. 5.
- 11/ Manfred Mugrauer: Die „Moskauer Clique“ – und weitere Legenden. Zur Struktur der KPÖ-Führung nach 1945, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 24. Jg. (2017), Nr. 1, S. 13–28, hier S. 19.
- 12/ ZPA der KPÖ, Bundespolizeidirektion in Wien an die Staatsanwaltschaft Wien I, Pr. Zl. IV–6941/37 v. 25.9.1937.
- 13/ DÖW 15.831.
- 14/ RGASPI 495/187/2140, Johann Koplenig und Friedl Fűrberg an die Kaderabteilung [der Kommunistischen Internationale], 19.2.1940.
- 15/ Bundesarchiv Berlin, R 3017/24539.

Thomas Neuhold/Andreas Praher: *Widerstand, Verfolgung, Befreiung. Zeitgeschichtliche Wanderungen. Salzburg: Verlag Anton Pustet 2020, 248 S., 45.– Euro*

Die geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Bergen hat viele Facetten: Sport- und Freizeitgeschichte, Alltag im alpinen Raum, die ökonomische Erschließung von Bergen oder die Alpen als Schauplatz von Auseinandersetzungen und Kriegen. Eines jedenfalls sind die Berge, trotz entsprechender Klischees in der Tourismuswerbung, nie gewesen: ein vom politischen Geschehen abgetrennter Raum ursprünglichen Naturerlebens. Das vorliegende antifaschistische Wanderbuch dient als Begleiter auf Spaziergängen und Bergtouren ebenso wie als Einführung in die Geschichte der alpinen Regionen Österreichs und Südbayerns während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. Seit den 1930er Jahren spielte sich die Geschichte von Faschismus und antifaschistischem Widerstand auch in den abgelegensten Tälern und auf den höchsten Gipfeln ab. Nach dem Verbot der NSDAP durch das austrofaschistische Regime im Jahr 1933 etwa diente Bergsport oft als Fassade für Nazi-Aktivitäten. Viele Skivereine waren von „Illegalen“ dominiert. Bergsport deshalb als genuin völkische Aktivität abzutun, wäre aber falsch. Die beiden Salzburger Autoren, der Journalist Thomas Neuhold und der Historiker Andreas Praher, zitieren im Vorwort ihres Buches die kommunistische Widerstandskämpferin Rosa Hofmann: „Sehnsucht habe ich nach Euch und den Bergen“, schrieb die erst 23-Jährige in ihrem letzten Brief, kurz bevor sie von den Nazis ermordet wurde. Für die von den Faschisten eingekerkerte Salzburgerin war der Gedanke an die geliebten Berge eine Erinnerung an bessere Zeiten.

Die Alpen wurden in den Jahren des NS-Faschismus zum „Fluchtgelände“ ebenso wie zu einem „Experimentierfeld für das nationalsozialistische Terrorregime“, so die beiden Autoren. Und auch nach dem Ende des Kriegs blieb dieser Doppelcharakter bestehen: „Jüdische Überlebende des Holocaust erlebten die Krimmler Tauern als Übergang in ein freies, selbstbestimmtes Leben. Von dort aus gelangten sie nach Palästina.“ Und gleichzeitig „nutzten berüchtigte NS-Kriegsverbrecher das Salzkammergut als Rückzugsbasis und Fluchtpunkt vor Verantwortung und Nachkriegsjustiz.“ In 35

Wegbeschreibungen skizzieren Neuhold und Praher, die beide im Salzburger KZ-Verband engagiert sind, diese widersprüchliche Geschichte. Die Autoren stellen bekannte Orte wie den „Igel“ im Toten Gebirge im Salzkammergut vor, wo sich Sepp Pließeis mit seiner Partisangruppe versteckt hielt. Sie gehen aber auch in Regionen, deren zeithistorischer Bezug nur wenigen bekannt sein dürfte. Orte des Widerstands werden ebenso vorgestellt wie solche, an denen sich Vertreter der NS-Eliten aufhielten oder der Faschismus wütete. Der Obersalzbberg in Berchtesgaden und Hermann Görings Aufenthalte im Lungau sind hier ebenso zu nennen wie das Konzentrationslager Gusen oder andere Orte des NS-Terrors. Die Autoren folgen den Spuren von Einzelpersonen, deren Aktivitäten in der NS-Zeit mit den Bergen verbunden waren. Ernst Pikes beispielsweise war Ortsgruppenleiter der KPÖ in Wald im Salzburger Pinzgau. Er wurde von den austrofaschistischen Behörden und später von der Gestapo jeweils zwei Mal verhaftet. Nach der Flucht aus der Gestapo-Haft, die ihn vor dem Konzentrationslager rettete, verbarg er sich in den Bergen, unterstützt von Bauern und seiner Freundin.

Auf jeweils vier bis sechs Seiten skizzieren die Autoren die historische Bedeutung des jeweiligen Ortes und beschreiben Anstiegs- und Wandermöglichkeiten, Umgebungskarten ergänzen jedes Kapitel. Das Buch erschließt die historische Bedeutung von Orten, deren Geschichte Vorübergehenden ansonsten verborgen bliebe. Für jene, die lieber zu Hause bleiben, eignet sich der Band zur Auseinandersetzung mit der Geschichte von Widerstand und Verfolgung in Salzburg, Oberösterreich, Südostbayern und dem Ausseerland.

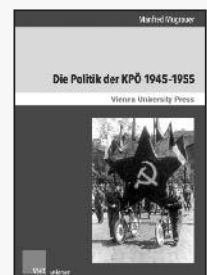
SIMON LOIDL

Manfred Mugrauer: **Die Politik der KPÖ 1945–1955**

Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation

(Zeitgeschichte im Kontext, hg. von Oliver Rathkolb, Bd. 14)

Göttingen:
V&R Unipress
2020
833 S., 75 Euro



Lernen, sich aufzulehnen

Zu Michael Scharangs Roman „Aufruhr“

SIMON LOIDL

Wer sich mit österreichischer Literatur und der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung auseinandersetzt, stößt unausweichlich auf die Werke Michael Scharangs. In dutzenden Romanen, Hörspielen, Drehbüchern und Essays hat sich Scharang während der vergangenen Jahrzehnte in Debatten eingemischt oder solche angestoßen. Er verstand sich dabei stets als Teil der Linken, niemals als abseits stehender Intellektueller, sondern als aktiver Teil der ArbeiterInnenbewegung. Deren Siege und Niederlagen widmete er auch einige seiner Werke – etwa im 1984 von ORF und ZDF produzierten Fernsehfilm „Die Kameraden des Koloman Wallisch“, für dessen Drehbuch und Regie Scharang verantwortlich zeichnete. Auch die fiktiven Protagonisten seiner Werke sind stets Personen, die sich gegen die Zumutungen der kapitalistischen Verhältnisse zur Wehr setzen – von Charly Traktor aus seinem gleichnamigen ersten Roman (1973) bis zu Anna Bauer und ihren KollegInnen und Kampfgefährten in Scharangs jüngstem Roman „Aufruhr“.

Scharang ist einer der wenigen im österreichischen Literaturbetrieb, der sich stets politisch positionierte – auch und gerade in Zeiten, als dies nicht den zeitgeistigen Vorstellungen davon entsprach, wie LiteratInnen zu schreiben haben. Dass Scharang an ebendiesem österreichischen Literaturbetrieb nicht mehr teilnimmt – die letzte öffentliche Lesung liegt viele Jahre zurück –, ist kein Zufall.

„Aufruhr“ ist, so wie auch Michael Scharangs vorangegangene Romane es waren, eine präzise Zeitdiagnose, die gerade deshalb, weil sie von der scheinbar aussichtslosen Lage der Linken ausgeht, heiter und unverdrossen ist. „Wir sind Nullen, und wir beginnen bei null“, lässt Scharang eine seiner Figuren sagen, „Alles ist kaputt, die Arbeiterbewegung, die Studentenbewegung, die kommunistischen Parteien, die Gewerkschaften. Wir haben es leicht. Wir wissen, was unsere Vorgänger richtig und was sie falsch gemacht haben. Ihr Fehler war, dass sie den Kampf eingestellt haben, bevor er gewonnen war. Sie haben Waffenstillstandsangebote akzeptiert, die Waffen niedergelegt – und sind erschossen worden. Wir werden unerbittlich sein: kein Frieden mit

den Kriegsfreunden, keine Freundschaft mit den Menschenfeinden.“

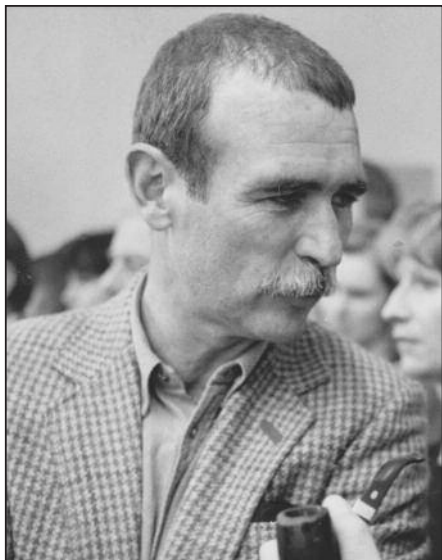
Eine derartige Haltung ist ein Skandal, immerhin ist sie nichts anderes als revolutionär. Folgerichtig dreht sich der Roman auch gerade darum, wie eine Revolution, oder zumindest ein Aufruhr, beginnen könnte. Genau darum geht es: zu beginnen. Der Rest ergibt sich dann aus der Abfolge der Ereignisse. Die ist im Fall des Romans so schnell erzählt, dass sie der Autor im ersten Satz des Buches zusammenfasst: „Diese Geschichte begann in New York, fand ihre Fortsetzung in Wien und endete damit, dass die österreichische Regierung ins Ausland flüchtete.“ Dazwischen findet ein Arbeitskampf in einem Kaufhaus statt, der durch allerlei Tricks der Beteiligten eskaliert, andere inspiriert und durch weitere Tricks zu einer Bewegung anwächst, die binnen weniger Tage zumindest vorübergehend die Geschicke Österreichs lenkt und diese jedenfalls dauerhaft beeinflusst. Was in der Zusammenfassung – und auch beim Lesen des Romans – skurril wirkt, ergibt sich aus der Logik der Verhältnisse, in welche die Figuren eingreifen. Die Welt, die Scharang schildert, ist keine idealisierte Welt voller Revolutionäre, die nur darauf gewartet haben, die Verhältnisse umzustürzen. Es ist unsere eigene Welt der permanenten Krise, die von den Herrschenden als Vorwand dafür genutzt wird, die Ausbeutung immer weiter zu verschärfen: „Der Kapitalist jammert, dass er kein Geschäft macht. Eigentlich müsste er das Unternehmen schließen, dann aber hätten die Leute keine Arbeit. Das würde er sehr bedauern. Er bietet ihnen an, auf einen Teil des Lohns zu verzichten. So würde die Firma erhalten bleiben und auch die Arbeitsplätze; wenn auch nicht alle. Das nennt man Reform. Reform, das hieß einmal Verbesserung einer Situation, heute bedeutet es Verschlechterung.“

Eben dieser permanenten Verschlechterung widersetzen sich Scharangs Protagonisten. Hilfreich ist für sie dabei das Bewusstsein darüber, dass der schlechte Zustand der Welt im Wesentlichen allen Beteiligten bekannt ist. Das, worüber die Linke in früheren Jahren aufklären musste, gehört heute zum Allgemeinwissen: „Die Kommunisten wussten, was wirk-

lich geschah auf der Welt, und hatten Wörter dafür: Klassengesellschaft, Ausbeutung, Unterdrückung. Heute weiß das jeder, nicht durch Lektüre und Aufklärung, sondern aus Erfahrung. Wenn heute jeder weiß, wandte Spatz ein, dass er ausgebeutet wird, ist jeder ein Kommunist. So ist es, sagte der Fahrer, die meisten Leute sind Kommunisten, aber sie wissen es nicht, denn sie haben keine kommunistische Partei, keine Gruppe von Berufsrevolutionären. Warum ist das so?, fragte Spatz. Das ist eben so, war die Antwort.“

Was „eben so“ ist, davon muss man ausgehen, anstatt sich bessere Ausgangsbedingungen herbei zu phantasieren. Auch wenn die Berufsrevolutionäre fehlen, so gibt es doch viele, die sich gegen die Zumutungen wehren. Jene wiederum, die sich nicht wehren, können dazu ermutigt werden. So bedarf die kämpferische Betriebsrätin Anna Berg nur einer kleinen Finte, um ihre KollegInnen dazu zu bringen, sich gegen Lohnkürzungen im Betrieb zu wehren. Sobald die Angst davor, sich für die eigenen Interessen einzusetzen, überwunden ist, läuft der Aufruhr wie von selbst – wenn auch nicht immer genau so, wie es sich die Anstifter vorgestellt haben. Scharangs Figuren wissen sehr genau über die Verhältnisse Bescheid, und sie wissen auch, dass diese sich nur ändern, wenn man diese Veränderung in Gang setzt. Was allerdings passiert, nachdem dieser Prozess begonnen wurde, ist offen. Mitten im Arbeitskampf, der durch die Teilnahme vieler Personen eine Eigendynamik entwickelt, fragt die Betriebsrätin Anna den Protagonisten Maximilian Spatz, der ihr mit seinen Einfällen unter die Arme greift, ob er verstehe, was im Kaufhaus gerade passiere. „Nein, antwortete Spatz, ich habe den Überblick verloren, und ich glaube nicht, dass irgendjemand einen Überblick hat.“ Die Aktivitäten entfesseln eine Dynamik, die von denen, welche die Ereignisse angestoßen haben, nicht mehr kontrolliert werden können. Das Wissen darum macht ihre Stärke aus: „Wir sind ein gut eingespieltes Team. Einer weiß nicht, was der andere will, er handelt aber so, als wüsste er es.“

Scharang knüpft an die Geschichte der Linken im allgemeinen, der kommunistischen Bewegung im Besonderen an.



Auf fast jeder Seite des Buches finden sich Einsichten, die nützlich sind und die großen Debatten der vergangenen Jahrzehnte widerspiegeln. Scharang wendet sich dagegen, dass die Linke ihre eigene Geschichte und zusammen mit dieser ihr Selbstbewusstsein verliert – gerade in Zeiten, in denen die Hegemonie der Rechten fast unüberwindlich erscheint und die Linke sich deshalb den Spielregeln der Herrschenden beugt: „Europa ist nicht nur ein faschistischer Kontinent, sondern auch ein linker. Die Linken haben verloren, sie sind im Kampf untergegangen. Oder sie haben mit Wahlen versucht, an die Macht zu kommen, zum Gaudium der Mächtigen. Wenn diese Menschen, es sind viele Millionen, an ihre Vergangenheit anknüpfen, und das werden sie eines Tages tun, dann werden sie von Anfang an den revolutionären Kampf suchen.“

Im historischen Recht sind jene, die sich auflehnen, ohnehin. Sie müssen sich dessen nur bewusst werden, und sie müssen ihre Ängste vor dem vermeintlich übermächtigen Gegner ebenso überwinden wie sie dessen glitzernde Lügen über die bestehenden Verhältnisse überwinden müssen. Aus dieser Perspektive sind die Menschen auch selbst schuld, wenn sie sich nicht befreien: „Die Anzahl der Menschen, denen diese neue Welt gehört, wird immer kleiner. Und immer mehr besitzen immer weniger. Ich bemitleide sie nicht. Kraft ihrer Zahl hätten sie die Möglichkeit, die Macht der Wenigen zu brechen, aber sie tun es nicht. Sie behaupten, die Wenigen hätten zu ihre Schutz einen gewaltigen Militär- und Polizeiapparat aufgebaut. Lächerlich, hat Tante Ehrenreich gesagt. Das war immer so. Aber heute glitzert es auch noch überall.“

Das Bewusstsein um die eigene Geschichte und das Selbstbewusstsein,

den Kampf nicht aus Furcht vor dem Gegner und dessen vermeintlicher Übermacht aufzugeben, ist auch deshalb so dringend, weil die andere Seite sehr genau weiß, was sie tut: „Wir sind die letzte Ordnungsmacht“, sagt der Kaufhausmanager Kreuzteufel in „Aufruhr“, „auf uns folgt das Chaos. Um die Ordnung aufrecht zu erhalten, bedarf es ungeheurer Mittel. Für die Leute bleibt nicht viel, aber sie verstehen den Zusammenhang. Denn uns gehören auch die Medien. Die Nazis würden uns beneiden. Sie haben es mit Gewalt versucht und sind gescheitert. Außerdem haben sie ein tausendjähriges Reich angepeilt. Wir sind froh, wenn wir es noch ein paar hundert Jahre schaffen.“

Doch wie lehnt man sich auf in nicht-aufrührerischen Zeiten, in denen Anpassung gepredigt wird, um den eigenen schlechten Arbeitsplatz nicht auch noch zu gefährden? Man macht es einfach, weil die Menschen es immer gemacht haben. Die Vorgaben jener, die ein Interesse am Status quo haben, muss man beiseiteschieben: „Sich an der Wirklichkeit zu orientieren ist die Aufforderung des Sklavenhalters an den Sklaven.“ Und wie geht das konkret?, wendet Maximilian Spatz an dieser Stelle ein. Sein Gegenüber antwortet erneut mit Bezug auf die Geschichte: „Ich muss es erst lernen, so wie jede und jeder andere auch. Uns aufzulehnen, haben wir verlernt, es wurde uns ausgetrieben, und wir haben es geschehen lassen. Die große Arbeiterbewegung dieses Landes, was hat sie nicht alles erkämpft! Wir bauen nicht auf nichts auf, wenn wir uns auflehnen.“

Bald unterstützen die vielen kleinen Gruppen den Arbeitskampf, die nur wenig gemeinsam zu haben scheinen. Fahrradaktivisten etwa, deren Thema die Verkehrsflächen sind. Zunächst haben alle Beteiligten Verständigungsprobleme: „Die jungen Leute hatten Mühe, mir zu folgen. Ich hatte Mühe, mich verständlich zu machen. Sie traten mutig auf und waren doch ängstlich. Sie standen ein für das Selbstverständliche und taten so, als wäre, wofür sie protestierten, abwegig.“ Aber sie protestieren eben, sie wehren sich, und sie haben eine vage Vorstellung davon, wie es besser sein könnte. Darauf baut die Verständigung der Personen und Gruppen auf. Denn eine Erkenntnis ist ihnen allen gemein: „So wie bisher geht es jedenfalls nicht weiter.“

Michael Scharang: Aufruhr. Ein Roman. Berlin: Suhrkamp Verlag 2020, 306 S., 24,70 Euro

Michael Driever: Auf den Spuren von... Karl Marx & Friedrich Engels. Reiseführer. Bielefeld: Reise Know-How Verlag 2020, 252 S., 14,90 Euro

Brandneu in den Buchhandlungen liegt ein Reiseführer mit dem spannungsgeladenen Titel „Auf den Spuren von Karl Marx & Friedrich Engels“. In Zeiten einer weltumspannenden Pandemie, verbunden mit der sich dadurch verschärfenden Weltwirtschaftskrise, gewiss eine etwas eigenartige Lektüre. Doch sie ist überaus lohnend und macht tatsächlich große Lust, sich mit Hilfe des schmalen Bandes auf die Suche nach Wirkungsstätten, Denkmälern, Museen, Statuen und Plaketten der beiden Denker und Revolutionäre zu machen.

Michael Driever stellt zehn Rundgänge vor, beginnend in Trier und Wuppertal über Berlin und Köln nach Paris, Brüssel, Manchester und schließlich London. Zahlreiche weitere Orte mit Sehenswürdigkeiten werden kurz in alphabetischer Reihung angeführt und je nach Bedeutung mit ein bis drei geballten roten Fäusten gekennzeichnet. Als besonders lobenswert sei hervorgehoben, dass sich am Ende des Reiseführers nicht nur ein Stichwort- und Personenverzeichnis, sondern auch ein Schriftenregister findet. Einziger Kritikpunkt: es gibt einleitend keine übersichtlichen Biografien der beiden Gründungsväter des Marxismus.

Herausragendes Merkmal des Reiseführers ist die Detailgenauigkeit. Mit Michael Driever ist ein Autor am Werk, der sowohl die beiden Protagonisten ausgezeichnet kennt als auch die jeweiligen Städte. Die historische Einbettung ist nicht zuletzt dank zahlreicher Zitate aus den Werken von Marx und Engels gut gelungen, ebenso lässt das Kartenmaterial die Vermutung zu, dass man sich vor Ort nicht allzu oft verlaufen dürfte. Driever hantelt sich einer Fragenkette entlang, die bei Spurensuche und historischer Einbettung helfen soll: „Wie und wo wuchsen Marx und Engels auf? Wer prägte sie? Wo entstanden *Das Kommunistische Manifest* und *Das Kapital*? Wo traf sich die Arbeiterbewegung? Wo hat Marx randaliert? Wo stand Engels auf den Barrikaden?“

Absoluter Höhepunkt ist definitiv die Karl-Marx-Kneipentour, bei der einem allein beim Lesen der Mund wässrig wird und der Körper nach einem Pint zu lechzen beginnt. Im April 1854 streuten Karl Marx, Edgar Bauer und Wilhelm Liebknecht durch die Tottenham Court Road in London mit dem hehren Ziel, in



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der
Geschichte der Arbeiterbewegung

100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz

Symposium von Alfred Klahr Gesellschaft
und transform!



Am 1. Oktober 1920 wurde von der Konstituierenden Nationalversammlung das Bundes-Verfassungsgesetz beschlossen. Das gemeinsame Symposium von *Alfred Klahr Gesellschaft* und *transform!* beleuchtet historische und aktuelle Aspekte der österreichischen Verfassungsgeschichte.

Alfred J. Noll:
Vom Wert der Verfassung in der Klassengesellschaft

Walter Baier:
Bundesverfassung und Klassenkampf. Die revolutionäre Nachkriegskrise in Österreich und ihre Interpretationen

Manfred Mugrauer: Die Verfassungsdiskussion im Kabinettsrat der Provisorischen Regierung Renner

Nikolaus Dimmel:
Sozialpolitik ohne verfassungsrechtliches Fundament?

Tamara Ehs: Demokratie und Verfassung im Krisenmodus

Samstag, 17. Oktober 2020, 14 bis 18 Uhr
transform!, **Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien**

Buchpräsentation



Hans Hautmann:
Die österreichische Revolution
Schriften zur Arbeiterbewegung
1917 bis 1920

Wien: Promedia 2020, 256 S., 19,90 Euro

Diskussion mit den beiden HerausgeberInnen **Claudia Kuretsidis-Haider** und **Manfred Mugrauer** sowie mit dem Historiker **Florian Weninger** (Leiter des Instituts für Historische Sozialforschung).

Dienstag, 10. November 2020, 19 Uhr
Kulturcafé 7Stern
Siebensterngasse 31, 1070 Wien

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Leo

Furtlehner, Heimo Halbrainer, Hannes

Heher, Simon Loidl, Peter März, Manfred

Mugrauer, Robert Streibel, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

jeder der dortigen Kneipen zumindest ein Bier zu heben. Liebknecht dazu: „Bei der gewaltigen Anzahl von Kneipen in jenem Stadtstrich [...] eine sehr schwierige Aufgabe.“ Voll wie Strandhaubtzen/Häusltschick legten sie sich im Laufe des Abends mit einer Gruppe ebenfalls betrunkenere Engländer an, zerschmissen mehrere Gaslaternen (Erich Mühsam lässt grüßen) und flüchteten letztlich vor der Polizei. Um derlei zu vermeiden, beschränkt sich die Auswahl des Autors auf sechs Kneipen.

Mit einer gehörigen Portion Respekt sowie einer ordentlichen Dosis Sputnik V in der Blutbahn ist die Reise auf einer der beschriebenen Routen eventuell im Sommer 2021 machbar. Sonst bleibt nur, im Reiseführer zu blättern oder sehnsüchtig auf die Devotionalien vergangener Touren in der hoffentlich zu Hause vorhandenen Marx-Engels-Gedenktrivine zu blicken.

PETER MÄRZ